



# AIB

Januar  
Nr. 1/1977  
1,50 DM  
8. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## Nürnberger Verhandlungen

26. November 1976,  
Kleine Meistersingerhalle

REVOLUTION IN  
ALGERIEN

Verbrechen  
in Chile

# Inhalt

## Nürnberger Verhandlungen:

Nichts wird vergessen werden!	S. 3 – 6
John Fried	
Die Nachahmer des Hitlerregimes	S. 4
Clodomiro Almeyda	
Das Gerichtsverfahren ist eröffnet!	S. 6
Nürnberger Abschlußerklärung	S. 7 – 8

## Argentinien

Peter Hiedl	
Der heimliche Bürgerkrieg	S. 9 – 12
Kommunistische Partei Argentiniens	
Demokratische Alternative	S. 11

## Algerien

Rainer Falk	
Vom Befreiungskrieg zur sozialen Revolution	S. 13 – 18
Die algerische Nationalcharta	S. 19 – 24

## Südafrika

Tsietsi Mashinini	
Wir kämpfen um die Macht	S. 25 – 27

## Äthiopien

Georg Polikeit	
Entscheidung über den zukünftigen Weg Äthiopiens (2. Teil)	S. 28 – 31
Teferi Benti	
Eritrea und das Nationalitätenproblem	S. 31

## Naher Osten

Wolfram Brönner	
Zweischneidige Lösung im Libanonkonflikt	S. 32 – 35
Friedensplan von Riad	S. 33

## Chile

Luis Corvalan	
Botschaft an die Landsleute in Chile	S. 35
Ivan Ljubetic	
Die Freilassung Corvalans	S. 36

## IMPRESSUM:

Antimperialistisches Informationsbulletin  
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH  
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,  
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,  
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer,  
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,  
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönner,  
Wolfram Brönner (presserechtlich verantwortlich),  
Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky,  
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,  
Liebigstr. 46, Tel. 06421 / 24672.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung  
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Mitgliedern des Redaktionskollektivs arbeiteten mit:

B. Brinkmann, D. Fendt, R. Hegewald, M. Hellmann,  
H. Kiehl, H. Mayer, H. Merkelbach, K. P. Müller, M. Passolt,  
B. Pflug, M. Preuss, G. Ritter, U. Rupp, J. und G. Scheer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 2. Januar 1977

Anzeigen und Beilagen:

- Elan-Sonderheft „Jugend 77“
- Januar-Ausgabe der roten blätter
- Chile-Wandkalender des Antimperialistischen Solidaritätskomitees
- PLO-Kalender von Ismail Shammout
- AIB-Bestellkarte
- AIB-Katalog 1976



Die Januar-Ausgabe der roten blätter ist da und bringt u. a.:

- 5 Jahre Berufsverbot – 5 Jahre Verfassungsbruch (titelstory)
- Hexenjagd in hessischer Idylle – Silvia Gingold im Schuldienst
- Front gegen das HRG wächs. – Berichte von den VDS-Aktionstagen
- Vertreter Zimbabwes über die Entwicklung der Befreiungsbewegung
- rb-Serie: Ja – so leben die Russen, 4. Folge
- Vietnam: Aufbau und Klassenkampf, ein Reisebericht
- Betrifft: Freiheit in Ost und West
- rb-Diskussion: Wie weiter in unserem Lande? Mit einem Diskussionsbeitrag von Arno Klönne
- Harry Belafonte: Sänger gegen Rassismus und Krieg – ein rb-Gespräch
- Die ganze Welt auf 5 Pfund Papier – eine Morgner-Besprechung
- Zwei Kurzgeschichten
- Eine Bildbesprechung eines Wandgemäldes des Mexikaners Siqueiros

Die roten blätter erhält man bei jedem Spartakisten, in allen collectiv-Buchläden und für 1,50 DM plus 0,70 DM Porto bei rote blätter, Postfach 2006, 5300 Bonn 1.

# Nürnberger Verhandlungen: Nichts wird vergessen werden!

Es war der „Beginn eines formellen internationalen Gerichtsverfahrens gegen Pinochet und seine direkten Komplizen“ – mit diesen Worten charakterisierte der ehemalige Vizepräsident der Regierung Allende und jetzige Exekutivsekretär der Unidad Popular, Clodomiro Almeda (vgl. beigefügten Redeauszug), die herausragende Bedeutung der „Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“, die vom 24. bis 26. November 1976 in Bonn und Nürnberg im Beisein der Führung der Unidad Popular sowie zahlreicher angesehenen in- und ausländischer Experten tagte. Prof. Gerhard Stuby und Prof. Erich Wulff – beide Mitglieder der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta und Initiatoren der Veranstaltung – begründeten in ihrem Eröffnungsbeitrag, warum gerade die Bundesrepublik Deutschland der geeignete Schauplatz für ein solches Anklageforum gegen den Faschismus ist. Nicht nur die historischen Erfahrungen des deutschen Volkes mit dem Hitlerfaschismus, auch und vornehmlich das internationale Gewicht, das der BRD heute als zweitstärkstem politischem und ökonomischem Faktor der westlichen Welt hinter den USA zukomme, sollten für unser Land Grund genug sein, einen positiven Beitrag zur Beendigung der faschistischen Herrschaft in Chile zu leisten.

## Parallelen von Pinochet- und Hitlerfaschismus

Die historische Parallelität zwischen deutschem Faschismus und dem Chile der Pinochet-Junta wurde immer wieder und von verschiedenen Seiten beleuchtet und nachgewiesen. Besonders augenfällig ist die Gleichartigkeit beider Systeme an

Besonders augenfällig ist die Gleichartigkeit beider Systeme an ihren Unterdrückungsinstrumenten sowie an ihren Verfolgungs- und Repressionspraktiken gegen die Arbeiter- und

Volksbewegung. Die Arbeit der **Kommission I**, die sich mit dem Thema „**Die Menschenrechtsverletzungen im Chile der Junta**“ befaßte, zeigte einen detaillierten und gerade deshalb so erschütternden Einblick in das ganze Ausmaß des Terrors, dem das chilenische Volk unterworfen ist.

Wie die Gestapo in Hitlerdeutschland, so ist die Geheimpolizei Pinochets, die DINA, in Chile zu einem allgegenwärtigen Terrororgan der Diktatur geworden. Sie ist – wie Karl Schabrod, Präsidiumsmitglied der VVN/Bund der Antifaschisten aufwies – geschaffen zum Krieg gegen das eigene Volk und übertrifft, was den Grad der Perfektioniertheit und Verwissenschaftlichung ihrer Methoden betrifft, sogar noch die Gestapo Hitlers. Über die DINA hat die Junta die Folter zum System erhoben. Nicht nur in der berüchtigten „Villa Grimaldi“, sondern in zahlreichen, teils der Öffentlichkeit verborgenen Folterzentren praktiziert die DINA ihre Schreckensherrschaft.

So berichtete der Generalsekretär der Internationalen Chile-Kommission, Hans Göran Franck, von einem DINA-Zentrum mit dem Namen „Colonia Dignidad“: „In Colonia Dignidad wurden Gefangene nach Berichten Folterexperimenten unterworfen, die den Gebrauch von Hunden einschlossen, die darauf trainiert sind, sexuelle Aggressionen zu begehen und die Geschlechtsorgane zu zerstören. Experimente mit Drogen und Versuche mit verschiedenen Methoden der Folter, um die Grenzen der Widerstandskraft zu erforschen, haben ebenfalls in diesem Zentrum stattgefunden.“ Auf diese Weise wurde, wie Franck betonte, „eine ganze Folter-„Kultur“ mit ihrer eigenen Technologie“ geschaffen. Dies alles fand seine glaubhafte Bestätigung in den Aussagen der chilenischen Zeugen Jorge Canto, Benito Rodriguez und Jaime Solari, die mutig und stellvertretend für tausende Opfer der Repression, der Militärdiktatur und ihren Terrorinstrumenten den Schleier vom Gesicht rissen.



Prof. Erich Wulff bei der Eröffnung der Nürnberger Chile-Verhandlungen (linkes Foto); im Präsidium von Nürnberg (v. l. n. r.): Hans-Göran Franck, Prof. Gerhard Stuby, Hortensia Bussi de Allende und Clodomiro Almeyda

## Über 2500 Patrioten sind „verschwunden“

Nicht nur zur Aufhellung der Folterpraxis trugen die Zeugenaussagen wertvolle Informationen zusammen; sie brachten auch Licht in das gravierendste Problem des heutigen Chile: die Praxis des „Verschwindenlassens“ politischer Gefangener. Wie die Gestapo in „Nacht-und-Nebel“-Aktionen ihre Gegner verschwinden ließ und die Verhaftungen einfach ableugnete, geht in Chile heute die DINA vor. Diese Praxis wurde zur Hauptmethode des Pinochet-Regimes bei der Verfolgung von chilenischen Patrioten, da es ihr nicht gelang, eine tragfähige Anklage gegen Luis Corvalan und seine Mitangeklagten zustandezubringen und da die Proteste der Weltöffentlichkeit gegen die Masseneinkerkerungen immer mehr

zunahmen. Es ist realistisch davon auszugehen, daß es heute in Chile mehr als 2500 „Verschwundene“ gibt.

Zahlreiche dieser Fälle, deren Existenz die Junta und die offiziellen Stellen in Chile abstreiten, sind durch Zeugenaussagen und Untersuchungsergebnisse internationaler Kommissionen, die Chile besucht haben, bewiesen. So bezeugte in Bonn und Nürnberg – um nur ein Beispiel zu nennen – Jorge Canto die Verhaftung von Victor Diaz, des stellvertretenden Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chiles, den er in der Nacht, als die Verhaftung stattfand, beherbergte und später in verschiedenen Folterzentren und Konzentrationslagern wiedersah.

Neben der DINA ist das Militär ein Hauptrepressionsinstrument der Junta. Nachdem alle Waffengattungen mit bru-

## John Fried

## Die Nachahmer des Hitlerregimes

1. Die Unterdrückungspolitik des chilenischen Junta-Regimes, die vor allem auch die Politik „des Verschwindenlassens“ beinhaltet (die illegale Verhaftung, Folter, illegale Inhaftierung unter grausamen und unmenschlichen Bedingungen, illegale Gerichtsverfahren, ohne die Minimalerfordernisse eines gerechten Prozesses, sowie Mord umfaßt – all das verschärft durch Geheimhaltung zur Terrorisierung der Bevölkerung), zeigt enge Parallelen zu der entsprechenden Politik des Nazi-Regimes während des Zweiten Weltkriegs, wozu vor allem Hitlers „NN“ („Nacht und Nebel“-) Programm gehörte.

2. Das Nürnberger Tribunal, das sich mit dieser Nazipolitik befaßte, sah sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, gemäß der Nürnberger Charta von 1945, und verurteilte z. B. Feldmarschall Keitel, Oberkommandierender der Wehrmacht (OKW) zum Tod durch Erhängen und Franz Schlegelberger, Staatssekretär im Reichsjustizministerium zu lebenslänglicher Haft, wegen ihrer Rolle unter anderem bei der Durchführung von Hitlers „Nacht und Nebel“-Programm.

3. Das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal verhandelte nur Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Zusammenhang mit Krieg (d. h. während des Zweiten Weltkrieges, oder in Vorbereitung von Hitlers Kriegen) begangen worden waren. Das „NN“-Programm begann mit Hitlers Erlaß vom 9. Dezember 1941. Die meisten Opfer waren Zivilpersonen aus den deutschbesetzten westeuropäischen Ländern.

4. Die Tatsache, daß eine ebensolche Politik des „Verschwindenlassens“ der Junta nicht mit Krieg im Zusammenhang gestanden hat, kann nach allen Spielregeln von Gesetz und Moral, nicht zur Milderung herangezogen werden. Die Tatsache, daß sie zu Friedenszeiten und gegen das eigene Volk durchgeführt wurde, macht sie allenfalls noch verwerflicher.

5. Der einzige Grund, warum der Internationale Nürnberger Gerichtshof die Massenverbrechen des Hitlerregimes wie Folter, illegale Inhaftierung unter grausamen und unmenschlichen Bedingungen usw., die vor dem Weltkrieg gegen Deutsche innerhalb Deutschlands begangen wurden, nicht berücksichtigte, bestand darin, daß die Nürnberger Charta von 1945, die die Rechtsprechung dieses Tribunals umschrieb, dem Gerichtshof keine diesbezügliche Machtbefugnis erteilte (in der juristischen Fachsprache: diesem Tribunal nicht die Gerichtsbarkeit übertrug), diese zu befassen. Wie schon der Name der Nürnberger Charta sagt, lag dem die Absicht zugrunde, Kriegsverbrechen vor Gericht zu bringen.

Aus diesem Grund ist es unmöglich zu erfahren, was die Entscheidung des Tribunals bezüglich der Greuelpolitik des Hitlerregimes in der Vorkriegszeit gewesen wäre, falls die Prozesse die rechtliche Befugnis besessen hätten, sich mit ihr zu befassen.

6. Seit der Zeit der Nürnberger Prozesse vor einer Generation hat die internationale Gemeinschaft durch eine Vielzahl von Aktionen – angefangen mit der universellen Erklärung der Menschenrechte des Jahres 1948 über die Internationale Konvention über die Bürgerrechte und politischen Rechte von 1966 bis hin zu der übereinstimmenden Erklärung gegen die Folter von 1975, wie auch durch Konventionen und Resolutionen der Vollversammlung der UNO, durch UN-Untersuchungen und UN-Pro-



Prof. John H. E. Fried (USA) zählte zu den Teilnehmern der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse 1945/46

teste (einschließlich jener gegen die 'Politik der Junta, seit sie an die Macht gekommen ist) – ein wachsendes Bedürfnis gezeigt, sich zu schützen und die fundamentalen Menschenrechte auszuweiten. Und sie hat eine wachsende Empfindlichkeit und Verachtung gegenüber den „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gezeigt, ohne die internationale Anklage auf solche Greuel zu beschränken, die in Verbindung mit Krieg geschahen.

Der Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ an sich ist ein Vermächtnis des Hitlerismus. Die Verbrechen des Hitlerregimes waren so groß, so schockierend und so beispiellos, daß ein neuer gemeinsamer Name („Verbrechen gegen die Menschlichkeit“) erfunden werden mußte. Seither versteht man unter „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ die Art von Verbrechen, die schrecklich für die Menschheit als solche sind; die eine Beleidigung der Menschenwürde über den Kreis der Opfer hinaus und daher Verbrechen sind, die die internationale Gemeinschaft nicht dulden kann.

7. Dem Nürnberger Gerichtshof lagen keine Präzedenzfälle vor, auf denen er aufbauen konnte. Er verwarf entrüstet und richtigerweise die Behauptung, die angeklagten Naziführer hätten „nicht gewußt“, daß ihre Politik verboten oder kriminell war. Solche Entschuldigungen oder Ausreden können fortan auf keinen Fall mehr vorgebracht werden, da das Nürnberger Tribunal sein Urteil gefällt hat und die Prinzipien von Nürnberg ein fester Bestandteil der Rechtsordnung in der Welt geworden sind.

(Quelle: John H. E. Fried, The Policy of Secret Disappearance in Chile in the Light of Nuremberg Precedents. Conclusions, Hektographiertes Manuskript, Bonn, 24. 11. 1976, S. 24–26)

taler Gewalt von demokratischen und verfassungsloyalen Militärangehörigen gesäubert worden waren, kehrte die Junta ihre Militärmaschinerie gegen das eigene Volk und stellte besonders die Militärgerichte – unter Verletzung der militärischen Gesetzmäßigkeit – in den Dienst ihrer Pläne zur Ermordung der Angeklagten, deren einziges Vergehen in ihrer verfassungsgetreuen Haltung zur demokratisch gewählten Regierung bestand. Umso beeindruckender war es deshalb für die Teilnehmer der Nürnberger Verhandlungen, als Sergio Poblete, ehemaliger General der chilenischen Luftwaffe, eine lange Liste von verantwortlichen Militärangehörigen vorlegte, die sich der Folter an ihren Kameraden und Zivilgefangenen sowie anderer Verbrechen schuldig gemacht haben. Erst wenn man in Rechnung stellt, daß die Mordkommandos der Junta – wie der Fall Prats zeigt – gerade auch im Ausland lebenden demokratischen Militärangehörigen bedrohen, kann man den Mut dieses „großen Patrioten“, als den ihn die Nürnberger Verhandlungsleitung würdigte, ermessen.

### Ein System von Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Um ihren Verbrechen einen Schein von Legalität zu verleihen, hat die Junta, wie besonders die Expertenaussagen von Adrana de Politoff, Alicia Herrera, ehemalige Richterin am Obersten Gerichtshof von Chile, sowie den Rechtsanwälten Peter Becker, Joachim Schwammborn, Jacques Bourgaux (Belgien) und Annie Tzweck (Frankreich) nachwies, das gesamte Rechtssystem ihren Herrschaftsbedürfnissen angepaßt. Dabei konnte sie auf die aktive Mithilfe der Instanzen der Rechtspflege, wie des Obersten Gerichtshofs, der Anwaltskammer usw., zählen. Diese Organe wurden in Bonn und Nürnberg der bewußten Komplizenschaft mit der Junta überführt. Das ist besonders gravierend im Hinblick auf das Verschwundenenproblem, hat doch der Oberste Gerichtshof de facto das Recht auf Haftfeststellungsantrag („Habeas Corpus“) außer Kraft gesetzt und so die Willkürherrschaft der DINA gedeckt. Und die fortschreitende Demontage der Gesetzmäßigkeit richtet sich zusehends – wie Pfarrer Horst Stuckmann analysierte – auch direkt gegen kirchliche Organe und Christdemokraten.

Alle diese Verbrechen verdichten sich im Chile der Junta zu einem einzigen System des Verbrechens, auf das die völkerrechtlich gültigen Prinzipien und Rechtsnormen des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals von 1946 Anwendung finden müssen. Auffallend ähnlich sind die Untaten, derer die Hauptkriegsverbrecher Keitel, Schlegelberger u. a. vor 30 Jahren angeklagt und abgeurteilt wurden, mit denen der chilenischen Junta und ihrer Komplizen. Das arbeitete besonders Professor John Fried aus den USA, der als Berater der amerikanischen Delegation am historischen Tribunal von Nürnberg teilgenommen hat, an Hand einer Fülle von Einzelbeispielen heraus. Die Verbrechen der Junta sind trotz historisch verschiedener Umstände, unter denen sie verübt werden, ebenso wie die Verbrechen der Hitlerfaschisten, **Verbrechen gegen die Menschlichkeit**, die von der internationalen Gemeinschaft nicht geduldet werden können (siehe beige-fügte Schlußfolgerungen John Frieds).

### Westliche „Wirtschaftsaggression“ gegen Chiles Volk

Die „wirtschaftliche Aggression“ gegen das chilenische Volk, ihre sozialen Auswirkungen und die ausländischen Hauptstützen des chilenischen Faschismus offenzulegen, war das Grundanliegen der Expertenberatung in **Kommission II**. Hier arbeiteten der Generalsekretär der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT, Luis Meneses, der ehemalige Vizepräsident der chilenischen Nationalbank Hugo Fazio, der Vizepräsident der Internationalen Chile-Kommission Prof. Friedrich Kaul,

die Professoren Robert Cole (USA), James Petras (USA) und Dieter Paas, Wilhelm Breuer, Ivan Ljubetić, Dietz von Meyerinck und Willi Hüfsmann heraus: sowohl die Herbeiführung des Sturzes der Regierung Allende über eine ökonomische Destabilisierung als auch die Errichtung eines faschistischen Systems durch die Stützung des Pinochet-Regimes sind auf das gemeinsame enge Zusammenwirken von westlichen Konzernen, Finanzinstitutionen und Regierungen mit der chilenischen Oligarchie zurückzuführen.

Insgesamt wird die Kapitalhilfe der Westmächte – voran der USA – für die Junta im Zeitraum 1974–1976 auf 1,8 Mrd Dollar (\$) und allein für das Jahr 1976 auf 480 Mio \$ geschätzt. Parallel kam es vor allem seitens der USA, der BRD und Japans zu einer drastischen Ausweitung der Handelsbeziehungen.

Die Bundesrepublik entwickelte sich zum größten Käufer chilenischer Rohstoffe und Waren, vorab von Kupfer und Nahrungsmitteln. Die westdeutschen Importe chilenischen Kupfers stiegen im ersten Quartal 1976 um 59 %. Überdies unterhält Bonn in beachtlichem Maße technische Hilfsprojekte für die faschistische Junta, von aufwendigen Universitätspatenschaften über die Ausbildung von Offizieren bis hin zu den jüngst enthüllten Formen nuklearer Zusammenarbeit einschließlich der projektierten Ausbeutung chilenischer Uranvorkommen, was in fataler Weise an das bundesdeutsche Atomkomplott mit dem südafrikanischen Rassistenregime erinnert. Damit einher geht eine sprunghafte Steigerung von Kapitalinvestitionen bundesdeutscher Konzerne, die sich seit dem Militärputsch gegenüber der Periode von 1945–1973 mehr als verdoppelten.

### Die Wirtschaftskonzeption der „Chicagoer Schule“ und die Folgen

Die Pinochet-Junta entbot ihrerseits mit der Preisgabe der Rohstoffe Chiles, der Gewährleistung höchster Investitions Garantien und einer unmenschlichen Ausbeutung der chilenischen Arbeiter optimale Profitbedingungen für das Auslandskapital, das während der Allende-Regierung unter die Kontrolle von Staat und Arbeitern gestellt war. Die Auslieferung Chiles an die egoistischen Interessen multinationaler Konzerne spiegelt sich wider in Entschädigungszahlungen für Unternehmen wie ITT, in umfangreichen Reprivatisierungsmaßnahmen, in der Rückeroberung der wirtschaftlichen Schlüsselbereiche seitens der US-Konzerne. Das zutiefst antinationale Wesen der Wirtschaftspolitik der Junta setzt sich in ihrem intensiven Streben nach einer Aufhebung der Beschränkungen für Auslandskonzerne auch im Rahmen des Andenpaktes fort, aus dem die Junta im Oktober 1976 schließlich austrat.

Die Anwendung der Wirtschaftskonzeption der „Chicagoer Schule“ durch die Junta hat – wie Robert Cole und Hugo Fazio überzeugend nachwies – ein „Laissez faire“ für die Konzerne in Gestalt eines vorrangigen Sichstützens auf Auslandsinvestitionen und die völlig einseitige Ausrichtung der chilenischen Wirtschaftsentwicklung auf deren neokolonialistische Profit- und Exportbedürfnisse zum Hauptinhalt. Die von dem Pinochet-Berater und Nobelpreissträger Milton Friedman auf dieser Grundlage angeratete „Schocktherapie“, die u. a. eine Reduzierung der staatlichen Wirtschaftsfunktionen verordnete, hat die erklärten Versprechungen einer Beschleunigung von nationaler Kapitalbildung und Wirtschaftswachstum, einer raschen Beseitigung von Inflation und Arbeitslosigkeit ins Gegenteil verkehrt, führte sie doch das Land in die tiefste ökonomische Strukturkrise seit 1930/31. Während der Prozeß der Eigentumskonzentration auf die Spitze getrieben wird, erlebt Chile einen Wirtschaftsrückgang von ca. 25 % (1975/76), eine Verzehnfachung der Arbeitslosigkeit, eine schwindelerregende Inflationsrate ebenso wie eine

# Clodomiro Almeyda

## Das Gerichtsverfahren ist eröffnet!

Vor 30 Jahren war diese Stadt Nürnberg Zeuge eines außerordentlichen Ereignisses in der Geschichte der Menschheit. Zum ersten Mal verurteilte ein Internationaler Gerichtshof eine Gruppe von Kriegsverbrechern, die durch ihr verbrecherisches Tun den Frieden zwischen den Völkern gefährdet und systematisch die fundamentalsten Menschenrechte verletzt hatten. Der Umfang der begangenen Verbrechen und Mißbräuche, die Grausamkeit und der Vorbedacht, mit denen sie ausgeführt wurden, sowie die schrecklichen Folgen, die sie für die Menschheit mit sich brachten hinsichtlich des Verlustes an Menschenleben und das Leid für Millionen von Unschuldigen, die Zerstörung von Gütern und die Ausdehnung des Elends auf große Teile der Erde, rechtfertigten damals die Einleitung einer völlig neuen Etappe im Völkerrecht, als man hier in Nürnberg daranging, den Verantwortlichen solcher Vernichtung, den Urhebern so vielen Unheils den Prozeß zu machen.

Vor wenigen Wochen hat die Ad-Hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen einen dokumentarischen und objektiven Bericht über die Lage der Menschenrechte in Chile veröffentlicht. Nach der Darstellung der zahlreichen, wiederholten und schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte, für die die Mitglieder der Militärjunta, die unser Land unterdrückt, verantwortlich sind, macht die genannte Ad-Hoc-Arbeitsgruppe den Vorschlag, ein internationales Gericht zu bilden, um die Verantwortlichen für die Folterungen, die nicht nur ein Verbrechen gegen das chilenische Volk, sondern auch gegen die Menschheit darstellen, zu verurteilen und zu bestrafen. Wir hoffen, daß dieser Vorschlag der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen angenommen, vertieft und gefördert wird, damit der Weg für die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen die Verantwortlichen für Schmerz und Elend des chilenischen Volkes geöffnet wird.

Daher schätzen wir, schätzt der chilenische antifaschistische Widerstand, die Unidad Popular, ein, daß die „Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“ von grundlegender Bedeutung sind und den Beginn eines formellen internationalen Gerichtsverfahrens gegen Pinochet und seine direkten Komplizen bedeuten, das in dem Moment seinen Höhepunkt erreichen wird, in dem unser eigenes Volk mit der Unterstützung der internationalen Solidarität, die Freiheit wiedererringt und selbst Gerechtigkeit üben kann, indem es die Schuldigen an der Tragödie, die unser Vaterland heute durchlebt, bestraft. (. . .)

### Die Schuldigen der Tragödie bestrafen

Wir haben in diesen Tagen eine unvergeßliche antifaschistische und internationalistische Tagung der Solidarität des Volkes der Bundesrepublik Deutschland mit dem chilenischen Widerstand erlebt.

Die Unidad Popular bringt ihren Organisatoren, den Gästen, die von außerhalb kommen und z. T. sehr weit gereist sind, um ihre Unterstützung für unser Volk zu bekunden, sowie den Bürgern dieses Landes, die diese Aktivitäten mit einer Atmosphäre der Brüderlichkeit und des Kampfes umgeben haben, ihre Anerkennung zum Ausdruck.

Diese Anstrengung ist nicht umsonst gewesen. Wie viele andere Initiativen ähnlichen Charakters, die in den verschiedenen Teilen der Welt unternommen werden, wird das, was Sie für uns getan haben, dazu beitragen, den Tag näher zu bringen, an dem – wie Präsident Allende nur wenige Augenblicke, bevor er hingerichtet fiel, mit unvergänglichen Worten sagte – an dem das chilenische Volk von neuem mit festem Schritt und erhobenen Hauptes über die Alleen der Freiheit schreiten kann.

(Quelle: Konferenzmaterialien, Nürnberg, 17. 11. 1976)

durch die Reprivatisierungen und die soziale Demontage (Kürzung der Sozialausgaben um fast 50 %) verursachte Umverteilung des Nationaleinkommens für die Periode 1974 bis 1976 von 7,4 Mrd \$ zugunsten des Auslandskapitals und der einheimischen Oligarchie. Der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Volkseinkommen sank im gleichen Zeitraum von 60 % unter 40 % ab, das Prokopfeinkommen der chilenischen Bevölkerung fiel um 5,3 % hinter den Stand von 1965 zurück. Die extreme Armut erstreckt sich heute – bei einer Gesamtbevölkerung von 9 Mio – auf 3 Mio Chilenen. Die Juntaherrschaft hat Chile in der Tat um Jahrzehnte zurückgeworfen.

### „Nichts für die Junta – Nichts von der Junta!“

Die Tragödie dieser gewissenlosen Wirtschaftspolitik wird ergänzt durch eine zutiefst nazistisch geprägte Kultur- und Außenpolitik.

Wie die Repräsentanten des chilenischen Widerstandes und die Veranstalter der Nürnberger Verhandlungen gleichermaßen betonten, haben die ökonomisch-militärischen Stützungsmaßnahmen der westlichen Hauptländer nur die soziale Lage des chilenischen Volkes verschärft und die Verlängerung einer unumschränkten Militär- und Konzernherrschaft bewirkt. Um diese wirtschaftlich-soziale Aggression einem möglichst raschen Ende zuzuführen, wurde die Durchsetzung eines umfassenden internationalen Boykotts gegen das faschistische Chile als unabdingbar bezeichnet.

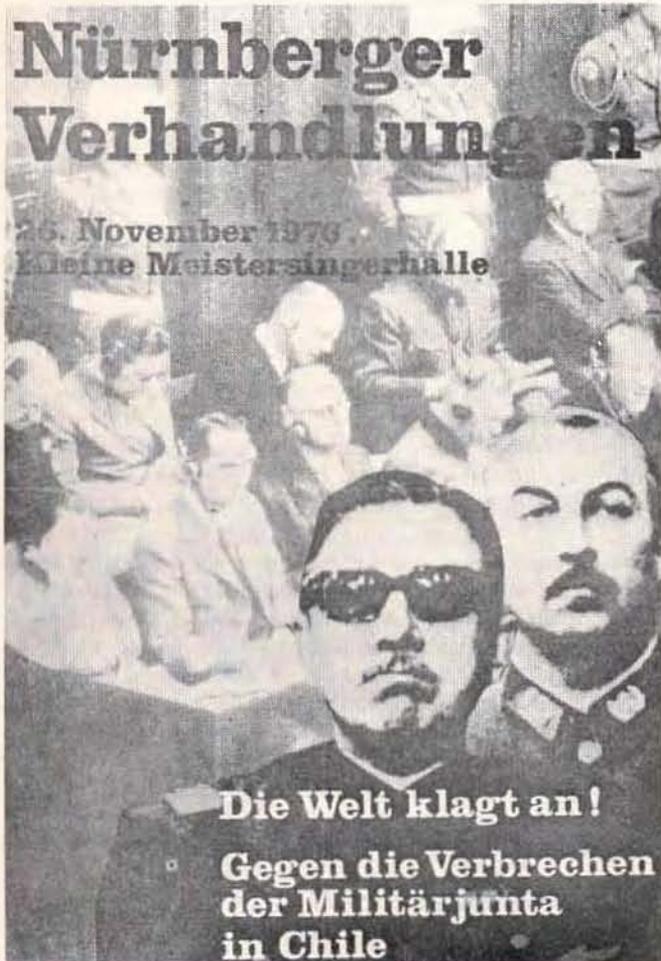
Die Initiatoren der Nürnberger Verhandlungen, G. Stuby und E. Wulff, unterstrichen die Notwendigkeit aktiver Solidarität gerade in unserem Land angesichts der „fortgesetzten politischen, wirtschaftlichen und selbst militärischen Unterstützung der Bundesregierung und der westdeutschen Wirtschaft für das faschistische Regime“. G. Stuby erhob in seinem Nürnberger Schlußwort entschiedenen Protest sowohl gegen die soeben praktizierte BRD-Stimmhaltung im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO, wo 98 Staaten die Junta verurteilten, als auch gegen die skandalösen Einreiseverweigerungen Bonns gegenüber geladenen Experten aus Kuba, Polen und der UdSSR, darunter dem sowjetischen Teilnehmer an den Kriegsverbrecherprozessen und Völkerrechtler, Arkadi Poltorak.

E. Wulff knüpfte hieran die aktuelle Orientierung für die bundesrepublikanische Solidaritätsbewegung: „Mit unseren politischen Forderungen treten wir ein für die sofortige Freilassung aller politischen Häftlinge in Chile und insbesondere für die restlose Aufklärung des bedrückenden Schicksals aller von der Junta verschleppten Patrioten. Wir treten ein für einen umfassenden Boykott der faschistischen Junta auf allen Ebenen. Für uns in der Bundesrepublik heißt das vor allem: Schluß mit der Unterstützung des Pinochet-Regimes durch die Bundesregierung!“

Dieses klare Bekenntnis zu einem aktiven Antifaschismus und Antiimperialismus fand Eingang auch in die von den 500 Teilnehmern einmütig verabschiedete – und im Wortlaut dokumentierte – Abschlusserklärung der Nürnberger Verhandlungen. Das als Anklageschrift gehaltene Schlußdokument kennzeichnet die Juntaherrschaft als „verbrecherisches System im Sinne der Rechtsnormen des Nürnberger Urteils“, das an konkreten Institutionen und Organisationen festgemacht wird. Der Schuldspruch lautet auf Mord, willkürliche Verfolgung, Inhaftierung und Verschleppung, Folter und Entrechtung auf der einen, auf brutalste wirtschaftliche Ausplünderung und sozial-kulturelle Niederhaltung auf der anderen Seite, was sich als ein „umfassender, zusammenhängender Herrschaftsmechanismus“ darstellt.

Wie die Verbrechen des Hitlerfaschismus, so wurden auch die der faschistischen Militärjunta Chiles in Nürnberg unter Strafe gestellt.

# Nürnberger Abschlußerklärung



Wir, die Teilnehmer der Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile wenden uns von Nürnberg aus, der Stadt, in der vor 30 Jahren die nationalsozialistischen Hauptkriegsverbrecher abgeurteilt wurden, an die Vereinten Nationen und an alle anderen internationalen Organisationen, an alle Völker und Regierungen, an die gesamte Weltöffentlichkeit und erklären folgendes:

Die Rechtsnormen und Prinzipien, nach denen das internationale Tribunal in Nürnberg vor 30 Jahren die Greuelthaten des deutschen Faschismus ahndete, sind von weitreichender historischer Bedeutung. Sie kamen nicht nur in der Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher zur Anwendung, sondern wurden Bestandteil der Tätigkeit der Vereinten Nationen (UNO), des internationalen Strafrechtes und nationaler Gesetzgebungen und Rechtssprechungen.

In Nürnberg standen nicht nur Einzelpersonen vor den Schranken des Gerichts, sondern verbrecherische Gruppen und Organisationen, ja ein ganzes verbrecherisches System.

Die moralischen, politischen und juristischen Prinzipien der Nürnberger Prozesse fanden Eingang in das Bewußtsein, in das Gewissen der Völker. Sie wurden so zum Maßstab, nach dem auch das Pinochet-Regime sich beurteilen lassen muß.

Nach eingehender Prüfung von umfassendem Beweismaterial, nach der Anhörung von Zeugen, nach Gutachten international anerkannter Experten und unter Heranziehung des Untersuchungsergebnisse der Ad-Hoc-Gruppe der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten

(OAS), der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile und anderer internationaler Gremien **steht fest, daß die zur Zeit Chile beherrschende Militärjunta der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Errichtung eines verbrecherischen Systems im Sinne der Rechtsnormen des Nürnberger Urteils schuldig ist.**

Das unter verräterischem Bruch der chilenischen Verfassung an die Macht gelangte Regime unter Führung des Generals Pinochet hat über drei Jahre ohne Unterbrechung und in krassem Gegensatz zur Verfassung des Landes den Ausnahmezustand verhängt. Der Kongreß wurde aufgelöst, die Junta hat alle verfassungsmäßige exekutive und legislative Gewalt usurpiert. Parteien und andere politische Organisationen mit Ausnahme der faschistischen sind verboten. Die Gewerkschaften wurden aufgelöst und verfassungsmäßig garantierte soziale Errungenschaften der Arbeiter rückgängig gemacht. Die grundlegendsten politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Bürger wurden suspendiert.

## Verbrecherische Instrumente der Diktatur

Gleichzeitig haben die Putschgenerale eine ganze Reihe von Institutionen zu Instrumenten ihrer Diktatur gemacht. So sind insbesondere als **verbrecherische Institutionen und Organisationen** anzusehen:

- **Die vierköpfige Militärjunta**
- **Die DINA**, eine Pinochet direkt unterstellte und nur ihm verantwortliche Geheimpolizei, welche immer deutlicher die Züge der Gestapo trägt und die inzwischen zum Hauptinstrument des Terrors, von Verhaftung, Verschleppung und Folter wurde. Dabei schreckt die DINA nicht einmal davor zurück, auch im Ausland chilenische Demokraten zu bespitzeln und – wie das Attentat auf Bernardo Leighton und der Mord an General Prats und Orlando Letelier zeigen, den Terror auch über die Grenzen zu tragen.
- **Faschistische Organisationen**, die mit Straßenterror, Denunziantentum etc. zu Hilfstruppen der Diktatur wurden.

Gleichzeitig werden heute traditionelle Institutionen von der Junta mißbraucht, wie z. B. der Oberste Gerichtshof (Corte Suprema), der unter eklatanter Rechtsbeugung dem Willkürregime einen Schein von Legalität verleiht.

Mit Hilfe dieser Instrumente übt die Junta unter Bruch jeglicher Rechtsstaatlichkeit eine Willkürherrschaft aus, die die grundlegenden Menschenrechte der Bürger des Landes mißachtet. Die Aktivitäten der DINA haben sogar dazu geführt, daß sich das Klima von Angst und Terror auch in zunehmendem Maße in den Streitkräften auszubreiten beginnt.

## Das faschistische Regime ist schuldig

- **mehr als 30 000 Menschen ermordet zu haben**, die seit dem Putsch dem Terror von Militär, Polizei, DINA und faschistischer Banden zum Opfer fielen;
- **Menschen willkürlich zu verhaften, um sie verschwinden zu lassen.**

Nach dem Vorbild der „Nacht- und Nebel“-Aktionen der Gestapo nimmt die DINA Menschen, ohne daß ihre nächsten Angehörigen etwas davon erfahren, fest und bringt sie in geheimgehaltene Haftanstalten. Nachforschungen von Angehörigen und Rechtsanwälten bleiben meist ergebnislos, da Haft-

feststellungsanträge nach der Habeas-Corpus-Akte (recursos de amparo) von den Justizbehörden mit dem Bescheid versehen werden, die Betroffenen befänden sich nicht in Haft. Dieser besonders zynischen Form der Menschenrechtsverletzung fielen z. B. die bekannten Antifaschisten Victor Diaz, Exequiel Ponce, Mario Zamorano, Ricardo Lagos, José Weibel, Carlos Lorca, Jaime Donato, Michelle Pena, Jorge Munoz und andere bekannte Persönlichkeiten zum Opfer.

Die Rechtlosigkeit der Festgenommenen, die gegen die Verschleppung keinerlei Rechtsmittel einlegen können, wird dadurch verschärft, daß die Junta praktisch die freie Advokatur beseitigt hat. Die steigende Repression gegen Rechtsanwälte, die bis zur Verhaftung wie im Fall Montealegre oder zur Ausweisung wie in den Fällen Zalaquet, Jaime Castillo und Eugenio Velasco führt, bedeutet die akute Gefährdung auch dieser Institution der Rechtspflege.

### **Institutionalisierung von Verfolgung und Folter**

Gleichzeitig übt die Junta steigenden Druck auf humanitäre Hilfsorganisationen aus, um Verfolgten, Gefangenen und deren Angehörigen sogar noch den humanitären Beistand zu entziehen. Nach der Auflösung des ökumenischen Friedenskomitees (Comite Chileno para la paz) haben sich die Auseinandersetzungen zwischen der Kirche und der Junta verschärft und insbesondere das katholische Solidaritätsvikariat (Vicaria de Solidaridad) steht nun im Zentrum der Angriffe seitens des Regimes.

**Die Junta ist schuldig, die Folter zur Institution erhoben zu haben.** In systematischer Form werden Gefangene auf bestialische Weise gequält. Frauen sind Opfer sexuellen Mißbrauchs, von unvorstellbarem Sadismus. Die Folter wird nicht nur als Strafe oder zur Erpressung von Geständnissen eingesetzt, vielmehr ist sie zur Routine geworden, mit der das Opfer seiner menschlichen Würde beraubt werden soll. Dabei schrecken die Büttel der Junta nicht davor zurück, auch Verwandte ihrer Opfer in Sippenhaftung zu foltern und selbst Kinder, Frauen und ältere Menschen der Tortur zu unterwerfen. Die Folter wurde in Chile Teil des politischen Systems und ist nicht beschränkt auf Einzelfälle.

**Die Junta ist schuldig, Massenverhaftungen durchgeführt zu haben,** Zehntausende von Menschen ohne Rechtsgrundlage, ohne daß je Anklage erhoben oder ein Prozeß durchgeführt worden wäre, in Konzentrationslager eingesperrt zu haben. Entgegen offizieller Behauptungen der Militärs befinden sich noch immer mindestens 5000 Menschen in Chile aus politischen Gründen in Haft. Die mit viel Propagandaaufwand betriebene Freilassung ist zwar ein großer Erfolg des antifaschistischen Kampfes des chilenischen Volkes und der internationalen Solidarität, sie kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zahl neuer Verhaftungen weitaus größer ist als die der Freilassungen. Darüber hinaus verfolgt die Junta damit das Ziel, die Weltöffentlichkeit in die Irre zu führen und die wahren Zustände in ihrem Land zu verschleiern.

Seit nunmehr drei Jahren hält die Junta Luis Corvalan, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, sowie Erich Schnacke, Jorge Montes, Carlos Lasso, Alfredo Joignant und Daniel Vergara gefangen, ohne sie eines Deliktes beschuldigen, geschweige denn Anklage gegen sie erheben zu können. Die Haftbedingungen sind menschenunwürdig, die hygienischen Verhältnisse sowie die medizinische Versorgung entsprechen nicht den Mindestanforderungen einer humanen Behandlung.

### **Gewissenlose Wirtschafts- und Kulturpolitik**

Große Aufmerksamkeit widmeten die Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile der ökonomischen und sozialen Seite der faschistischen Diktatur.

Dabei wurde festgestellt, daß die **Wirtschaftspolitik der Junta** – ähnlich wie im deutschen Faschismus – zusammen mit der politischen Repression gegen das Volk einen **zusammenhängenden Herrschaftsmechanismus zur umfassenden Niederhaltung und Ausbeutung der Bevölkerung** bildet. Die Anwendung der Wirtschaftskonzeption der sogenannten „Chicagoer Schule“ führt dazu, daß sich der Reichtum des Landes immer schneller in der Hand weniger Eigentümer konzentriert. Schreiendes Elend breiter Bevölkerungskreise und rapide Verarmung der Mittelschichten stehen phantastischen Gewinnen multinationaler Konzerne und Unternehmen der nationalen Oligarchie gegenüber.

Gleichzeitig setzt die Junta die **Verschleuderung der nationalen Ressourcen** fort. Sie steht damit in fundamentalem Widerspruch zu den nationalen Interessen des chilenischen Volkes.

**Die sozialen Auswirkungen** dieser Politik, eine Arbeitslosigkeit von über 20 % bei gleichzeitiger Inflationsrate von 200 % richten neben der Tatsache, daß fast alle Kinder unter 6 Jahren klinisch unterernährt sind, einen unübersehbaren Schaden für Chile an. Die gewissenlose Wirtschaftspolitik der Junta, die Armut, Elend, Hunger und Krankheit für Hunderttausende herbeiführte, ist ein Verbrechen am chilenischen Volk. Nur mit Hilfe offenen Terrors läßt sich diese Politik aufrechterhalten.

Eine kulturelle Krise größten Ausmaßes geht mit dem Terror und der katastrophalen Wirtschaftslage Hand in Hand. Ein großer Teil der Intelligenz mußte das Land verlassen, die bekanntesten Schriftsteller und Künstler leben im Exil, die Freiheit von Forschung und Wissenschaft wurde liquidiert.

Nach Massenrelegationen von Hochschullehrern und Studenten sind die Universitäten zu Drillanstalten geworden. Bücherverbrennungen nach Nazi-Vorbild und eine scharfe Zensur haben **aus dem blühenden Kulturleben Chiles geistiges Ödland gemacht.** Nicht nur jegliches politisches Schrifttum, sondern auch Werke der Weltliteratur wurden verboten.

### **Weltweiter Boykott gegen die Junta-Diktatur**

Angesichts des zutiefst inhumanen und verbrecherischen Charakters der Junta-Diktatur rufen wir dazu auf, in aller Welt die Anstrengungen zu verstärken, um dem Terror und den Verletzungen der Menschenrechte ein Ende zu bereiten. Insbesondere rufen wir dazu auf, das Militärregime international weiter zu isolieren und einen weltweiten diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen und wissenschaftlich-kulturellen Boykott gegen die Junta zu verhängen. Denn nur durch die Unterstützung der USA und einiger westeuropäischer Länder vermag die Junta sich noch an der Macht zu halten.

Wir fordern die Verhängung von Sanktionen gegen das Militärregime angesichts der fortgesetzten Mißachtung der Beschlüsse internationaler Organisationen durch die Junta.

Wir fordern:

- Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und Respektierung ihres Lebens,
- Freiheit für die politischen Gefangenen,
- Auflösung der DINA,
- Aufhebung des Belagerungszustandes!

Die faschistische Barbarei des Nationalsozialismus fand ihre Richter; die Mahnung der Nürnberger Prozesse, nie wieder Faschismus zuzulassen, ist Verpflichtung für die gesamte Menschheit.

**Die Anklageschrift gegen die Militärjunta ist geschrieben.** Das Pinochet-Regime wird seinem Urteil nicht entgehen. Die Junta muß fallen, damit Chile wieder frei wird.

(Quelle: Konferenzmaterialien, Nürnberg, 27. 11. 1976)

Peter Hiedl

## Der heimliche Bürgerkrieg

Unbemerkt von der westdeutschen Öffentlichkeit als die Vorgänge in Chile hat Argentinien einen Grad des politischen und physischen Terrors erreicht, der wahrscheinlich schon jetzt mehr Menschenleben gefordert hat, als die Befreiungskriege gegen die Spanier im 19. Jahrhundert. Täglich verschwinden Menschen, werden Leichen mit Folterspuren gefunden und Ermordungen auf offener Straße praktiziert. Politische Flüchtlinge aus Chile, Uruguay, Bolivien, Paraguay und Brasilien, deren letzter Zufluchtsort – während der Zeit der peronistischen Regierungen vom März 1973 bis März 1976 – Argentinien war, werden bedroht, verschleppt und umgebracht. Liberale Zeitungen stellen ihr Erscheinen ein, weil sie die Unversehrtheit ihrer Büros nicht mehr garantieren können. Antisemitische und faschistische Literatur taucht in den argentinischen Buchläden auf und Fremdenhaß wird artikuliert.

### Der heimliche Bürgerkrieg

All dies vollzieht sich unter den Augen der Militärs, die seit März 1976 das Land regieren und deren Erfolgsbilanz die Anzahl der getöteten Guerilleros summiert, wobei diese Zahlen dadurch erhöht werden, daß man getötete politische Gefangene hinzuaddiert<sup>1</sup>.

All dies ist ein Ausdruck des Faschisierungsprozesses, der den lateinamerikanischen Kontinent ergriffen hat und in

dessen Gefolge die demokratische Bewegung in diesen Ländern politisch ausgeschaltet und physisch liquidiert werden soll. Dieser Prozeß ist nicht das Produkt zufälliger paralleler Ereignisse, sondern die reaktionäre Antwort auf das Scheitern des mit dem Begriff des Desarrollismus verbundenen Entwicklungskonzepts US-amerikanischer Prägung: Er verweist darauf, daß es unter Beibehaltung der Bedingungen der Ausbeutung sowohl nach innen als auch nach außen, nicht möglich ist, die demokratischen Kräfte im systemstabilisierenden Sinn zu integrieren<sup>2</sup>.

Auch der Rücktritt der Militärs Anfang 1973 (nach siebenjähriger ununterbrochener Herrschaft) war zum einen Ergebnis des immer stärker werdenden Widerstandes der Arbeiterbewegung und des Kleinbürgertums gegen die Entnationalisierung der argentinischen Ökonomie. Zum anderen aber entsprang dies dem politischen Kalkül der Generalität, das darauf abzielte, die unmittelbaren Widersprüche zwischen dem Militär als direktem Repräsentanten der argentinischen Oligarchie und des in- und ausländischen Monopolkapitals einerseits und breiten Teilen der Bevölkerung andererseits in dieser Bewegung selbst aufbrechen zu lassen; und zwar über eine Beteiligung der peronistischen Bewegung an der Regierungsgewalt<sup>3</sup>. Damit waren gleichzeitig zwei mögliche Formen der weiteren Entwicklung angegeben: entweder eine Integration der zum großen Teil peronistisch beeinflussten Arbeitermassen oder aber eine völlige Destabilisierung der peronistischen Bewegung. Von daher erst wird einsichtig, warum es 1973 zu einem eindeutigen Wahlsieg der Peronisten kam – die immerhin ca. 50 % aller Stimmen erhielten – und warum dennoch knapp drei Jahre später ein Militärputsch reibungslos und ohne große spontane Gegenreaktionen in der Bevölkerung über die Bühne gehen konnte.

### Die peronistische Bewegung

Der Charakter der peronistischen Bewegung als Koalition zwischen Arbeiterklasse und Klein- und Mittelbourgeoisie bei politischer Hegemonie der letzteren brachte es mit sich, daß die seit 1955 in unterschiedlichem Ausmaß anhaltende Unterdrückung dieser Bewegung dazu führte, daß bei jeder ökonomischen oder sozialen Krise auch solche Bevölkerungsteile zur peronistischen Bewegung stießen, die noch während der ersten Phase des Peronismus (1945–1955) eine Oppositionshaltung eingenommen hatten. Besonders deutlich wurde dies unter der Militärdiktatur ab 1966, als Teile der Intelligenz, kleine Warenproduzenten und landwirtschaftliche Pächter peronistische Vorstellungen aufnahmen oder aber selbst in der peronistischen Bewegung aktiv wurden<sup>4</sup>. Gleichzeitig bildeten sich aber in Teilen der peronistischen Gesamtbewegung Strömungen heraus, deren politische Zielvorstellungen weit über ein national-reformkapitalistisches Konzept der Gesellschaftsentwicklung Argentiniens hinausgingen. Diese konzentrierten sich einmal in den lokalen und regionalen Zweigen der Gewerkschaftsbewegung, vor allem in den vom Auslandskapital beherrschten Großindustrien, die besonders nach 1955 entstanden waren und die Metallverarbeitung, den Chemie- und Energiesektor sowie die Stahl- und Eisenproduktion umfassen<sup>5</sup>; zum anderen bezogen sie



einen großen Teil der peronistischen Jugend unter Einschluß der Intelligenz ein.

In Gegensatz dazu standen die reformkapitalistisch orientierten Teile der Bewegung, die sich im eigentlichen Parteiapparat und der Gewerkschaftsführung<sup>6</sup> konzentrierten und auch während der Militärdiktatur zu Übereinkommen und Verständigungen mit den Militärs bereit gewesen waren.

Nur politische Ausschaltung und Verfolgung verhinderten ein stärkeres Aufbrechen der in dieser Konstellation angelegten Widersprüche.

### Die Phase Cámpora

Insgesamt können drei Abschnitte innerhalb dieses Zeitraums bestimmt werden, die jeweils unterschiedlichen politischen Charakter tragen, von unterschiedlichen Strömungen dominiert und durch verschiedene Präsidenten gekennzeichnet sind: Héctor Cámpora, Juan Peron, Isabel Peron.

**Die Phase Cámpora (vom März bis September 1973)** brachte die politisch progressivsten Strömungen des Peronismus in Bereiche der politischen Führung. In dieser Zeit wurden die demokratischen Rechte und Freiheiten weitestgehend wiederhergestellt und der Einfluß der Linkspersonisten – gespeist aus ihrer führenden Rolle im Widerstand gegen das Militär – prägte das optische Bild der Regierung.

Aber schon am 20. Juni 1973, dem Tag der Rückkehr Juan Perons nach Argentinien, wurden die internen Auseinandersetzungen zwischen den peronistischen Flügeln blutig deutlich. Es kam zu einem Massaker am Flughafen, bei dem ca. 100 Menschen umkamen. Ausgelöst wurde es, als bewaffnete Garden des peronistischen Apparates, Schutztruppen der Gewerkschaftsführung und extrem rechte Gruppierungen das Feuer auf links-peronistische Gruppen (vor allem der peronistischen Jugend) eröffneten.

Mit der Rückkehr Perons setzte gleichzeitig eine politische Disziplinierung der Linkspersonisten ein und sie wurden von den Positionen in Regierungs- und Verwaltungsposten verdrängt. Dies alles wurde vorangetrieben unter dem Argument der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und der gemeinsamen Anstrengungen, um Argentinien wieder auf den Weg des sozialen Fortschrittes zu bringen<sup>7</sup>.

### Durchbrechung des Sozialpaktes unter Juan Peron

Diese Auseinandersetzungen, in deren Gefolge Cámpora zurücktrat, um **Juan Perons Präsidentschaft** zu ermöglichen, führten allerdings solange nicht zum vollständigen Zerfall der peronistischen Bewegung, als es gelang, das Kernstück peronistischer Politik, nämlich den Sozialpakt zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, unter Obhut der peronistischen Regierung am Leben zu erhalten. Diese konzertierte Übereinkunft sah die soziale Sicherstellung der Arbeiterklasse, eine Erhöhung der Produktivität und eine verstärkte Staatstätigkeit im ökonomischen Bereich vor. In diesem Rahmen sind die Lohnerhöhungen, die Preisfixierungen, die verstärkten bilateralen Handelsverträge und die Ankurbelung des industriellen Exports zu sehen, die 1973 und 1974 erfolgten<sup>8</sup>.

Die internationale Konjunktorentwicklung und der verstärkte Einsatz finanzieller Mittel aus dem Staatshaushalt ließen tatsächlich 1973 bis 1974 eine Kurzkonjunktur in Argentinien erblühen, auf deren Basis es möglich war, materielle Zugeständnisse zu machen. Die einsetzende Krise des kapitalistischen Weltmarktes, der ökonomische Widerstand der Oligarchie gegen eine Umverteilungspolitik zu ihren Ungunsten und die zunehmende Staatsverschuldung engten ab Mitte 1974 den Spielraum der Regierung Juan Peron immer mehr ein<sup>9</sup>.

Im Gefolge der Krise kam es zu Protesten der Gewerkschaften gegen Preiserhöhungen von Agrarprodukten. Damit war aber der Sozialpakt faktisch durchbrochen und das Kernstück peronistischer Politik gescheitert. Mit dem Tode Perons im Juni 1974, der Präsidentschaftsnachfolge durch seine Frau Isabel Peron im Zeichen der ökonomischen Krise und der Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzungen, wurde die **dritte Phase** eingeleitet, die ihren Abschluß im Putsch des Militärs fand.

### Streikbewegung gegen den rechten Terror

**Die Regierung Isabel Peron** versuchte dieser krisenhaften Situation mit folgenden Maßnahmen beizukommen:

- Öffnung der nationalen Wirtschaft gegenüber dem Auslandskapital;
- Initiierung und Koordinierung von rechtsextremen Terrororganisationen wie der der Antikommunistischen Allianz (AAA), die nach brasilianischem Vorbild operieren;
- Verstärkung der Beteiligung der Militärs an den Regierungsentscheidungen;
- Militarisierung der Polizei;
- direkter Einsatz der Streitkräfte gegen die Guerilla<sup>10</sup>.

Die politische Absicht der Regierung Isabel Peron, über eine Stützung auf die Gewerkschaftsbürokratie und das Militär und durch Ausübung politischer Repression gegen die Linkspersonisten und andere politischen Gruppierungen, Bedingungen herzustellen, die das Auslandskapital anziehen sollten, ging nicht auf. Zwar waren die extrem rechten Kräfte im Peronismus stark genug, den illegalen Terror weiter zu eskalieren, aber sie hatten keine soziale Basis in der Arbeiterschaft. Zugleich brachte die ökonomische und soziale Zerrüttung weiteren Konfliktstoff hervor. Diese beiden Momente führten zu einem Generalstreik der Gewerkschaften mit der expliziten Forderung nach Entlassung von Lopez Rega, den man als personellen Vertreter des rechten Terrors in der Regierung Isabel verantwortlich machte. Gleichzeitig war damit aber auch der offene Bruch in der peronistischen Bewegung vollzogen. Seit September 1975 wurde daher auch in allen Zeitungen wieder über das Datum eines möglichen Putsches diskutiert.

### Die Ausgangslage des Militärputsches

Betrachtet man die Ausgangssituation des Putsches, so ergeben sich bestimmte Unterschiede zu der militärischen Macht ergreifung von 1966. Erstens hatte sich die Situation in ganz Lateinamerika politisch verändert. Alle Nachbarstaaten hatten bis dahin reaktionäre oder faschistische Machtübernahmen des Militärs erlebt. Zweitens war die peronistische Bewegung im Inneren gespalten und drittens gab es organisierte rechte Terrorgruppen wie die AAA, die mit Mitteln der physischen Bedrohung und Liquidation operierten. Gleichfalls hatte die Korruption und Bestechung in der Regierungszeit Isabels ein solches Ausmaß angenommen, daß das gesamte politische Parteiensystem und die parlamentarischen Institutionen damit zu diskreditieren waren.

Schon die ersten Maßnahmen der Militärs nach dem Putsch vom März 1976 zeigten, daß die Junta mit Gewalt gegen alle Kräfte vorzugehen gedachte, die ein Widerstandspotential bildeten. Es wurden nicht nur die politischen Institutionen aufgelöst, Gewerkschaftsverbände mit einem militärischen Führer versehen, ein Teil der Arbeits- und Sozialgesetzgebung aufgehoben, die Gewerkschaftsgelder beschlagnahmt, politische Parteien verboten bzw. suspendiert und das Militär mit faktisch unumschränkten Vollmachten gegen die Guerilla

ausgestattet. Gleichzeitig wurden die Industriebetriebe militärisch „geschützt“ und Gesetze zum „Schutz der Produktion“ erlassen.

### **Auslieferung an das Auslandskapital**

Kernstück dieser reaktionären Maßnahmen bildete das Programm des neuen Wirtschaftsministers De Hoz, der gleichzeitig Direktoriumsmitglied einer Reihe ausländischer Konzerne wie z. B. von Western Telegraph, Pan American Airways, Motor Columbus, Italo Argentina de Electricidad ist<sup>11</sup>. Es zielt darauf ab, über Freigabe der Preise und Lohnfestsetzungen zu einer Abdrosselung der Binnenkonsumtion und einem Sinken der Inflationsraten zu kommen, um dann in einem zweiten Schritt die Exporterlöse erhöhen zu können mit dem Ziel des Abbaus der Außenverschuldung Argentiniens. Gleichzeitig werden die Staatsausgaben drastisch gesenkt und Staatsangestellte entlassen. Die rechtliche Stellung des Auslandskapitals wird dem des argentinischen angeglichen und ehemals staatliche Zweige der Produktion im Bereich der Rohstoffproduktion und des Energiewesens werden zur privaten Kapitalanlage für das Auslandskapital freigegeben. Diese Restriktionspolitik, die einer totalen sozialen Demontage auf Kosten der Arbeiter und des Kleinbürgertums gleichkommt, wird durch Kreditzusagen von amerikanischen Bankenkonsortien, Weltbankkrediten und Krediten anderer Art gestützt<sup>12</sup>.

Die Hoz'sche neue Wirtschaftspolitik und das brutale Vorgehen gegen die Linkspersonen bildeten auch den gemeinsamen Nenner innerhalb der Militärs, obgleich es unterschiedliche Strömungen gibt: So repräsentieren z. B. Luftwaffe und Marine den Pinochetflügel innerhalb des Militärs, der auch eng mit der traditionellen argentinischen Oligarchie verbunden ist. Das Heer und die Gruppe Videla sind eher dem nationalen und internationalen Industriekapital verbunden, dessen Streben auf die Unter- und Einordnung in den kapitalistischen Weltmarkt gerichtet ist.

Differenzen bestehen in der Frage der Auseinandersetzung mit den Organen der Arbeiter und in der Haltung zum politisch-parlamentarischen System. Während die einen eine offen faschistische Lösung unter Beibehaltung einer Militärdiktatur wünschen, sehen die anderen dies als Übergangslösung an, in der die „Ruhe und Ordnung“ in den Fabriken zementiert werden soll. Ohne diese Differenzen gering zu schätzen, bedingt die konsequente Durchführung der skizzierten ökonomischen Konzeption – von der Kommunistischen Partei Argentiniens (KPA) als „ökonomischer Pinochetazo“ bezeichnet – eine brutale Unterdrückung des politischen und sozialen Widerstandes gegen diese Politik<sup>13</sup>.

### **Erste Einigungsbemühungen der demokratischen Bewegung**

Insgesamt betrachtet waren die Ausgangsbedingungen für einen einheitlichen Widerstand der demokratischen Bewegung eher ungünstig. Zwar gab es kurz vor dem Putsch politische Initiativen, die in ein Treffen politischer Parteien (Radikale Partei, Kommunistische Partei, Peronisten und Sozialisten) mündeten, aber es brachte keine konkreten Ergebnisse mehr.

Ihre politische Absicht war es gewesen, über eine Form der politischen Übereinkunft der verschiedenen Parteien eine parlamentarische Alternative zur Regierung Isabel zu bilden, um damit eine legale Form des Regierungswechsels zu eröffnen und so zu stabilen demokratischen Verhältnissen zu kommen.

Dieses Ziel, die demokratischen Freiheiten zu sichern, wurde

## **Kommunistische Partei Demokratische Alternative**

Für die Kommunisten liegt die größte Bedeutung der Zusammenkunft der verschiedenen Parteien am 23. März 1976 darin, daß sich die Auffassung bestätigte, nach der weder eine einzelne politische Partei noch allein die Streitkräfte dem schweren nationalen Notstand mit Erfolg entgegenzutreten können. Wir Kommunisten setzen uns weiterhin mit Überzeugung, Nachdruck und unter Opfern für die Herausbildung eines Bündnisses von verschiedenen Parteien und Kreisen ein. Die Devise vor und nach dem 24. März ist dieselbe: sich zusammenschließen und sich vereinigen, um ein festes Bündnis von Zivilisten und Militärs zu erreichen. In der neuen Situation werden wir Kommunisten uns weiterhin dafür einsetzen, daß die Politik der Bündnisse ein breites Spektrum umfaßt, denn wir meinen, daß die vorhandenen demokratischen Reserven im Lande immens sind. (. . .)

Dementsprechend muß sich die Hauptrichtung der Aktivitäten auf folgende Punkte konzentrieren:

1. Die Vertretung der unmittelbaren ökonomischen Forderungen der Arbeiter, der Bauern und der Mittelschichten der Bevölkerung. Für die Arbeiter einen dynamischen Mindestlohn, der das Existenzminimum garantiert; für die Bauern den Erlaß der Pacht, sowie kostendeckende Preise; für die Mittelschichten eine Ermäßigung der Steuern und andere Maßnahmen, die in dem Notstandsplan enthalten sind und durch die die kleinen und mittleren Betriebe geschützt werden.
2. In der Gewerkschaftsbewegung mithelfen, die vorhandene Zersplitterung aufzuhalten angesichts der Maßnahmen gegen die alten Führer und ihrer Verhaftungen bzw. ihrer Flucht.
3. Leidenschaftliche Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte. Freikämpfung der politischen Gefangenen, die nicht einem Gerichtsprozeß unterworfen sind.
4. Entschiedene Unterstützung der Bewegung für die Menschenrechte angesichts der Welle von ungeheuren Verbrechen die nicht nachlassen.
5. Förderung des Schutzes von nationalem Vermögen, das durch das unheilvolle Bündnis der Großbesitzeroligarchie und der Monopole bedroht ist.“

(Quelle: Plenumsbericht des Zentralkomitees der KP Argentiniens, Buenos Aires, 8. 5. 1976)

durch den Militärputsch und die darauf folgenden repressiven Maßnahmen durchkreuzt. Die Parteiensuspendierung machte sowohl das öffentliche Auftreten als auch das politische Agieren als Partei strafbar. Gekoppelt ist dies mit verschärften Überwachungen und Zensuren. So wurde gleich nach dem Putsch das Parteigebäude der KPA durchsucht und dabei zwei Kommunisten erschossen.

Allerdings gibt es Möglichkeiten der informellen Kontakte zwischen den Parteien und auch die Herausgabe von Zeitungen ist nicht prinzipiell verboten, aber zensiert. Gleichfalls erlauben es die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der öffentlichen Sicherheit, faktisch jede Äußerung, die nicht mit der Regierungsposition übereinstimmt, als Propagierung von „Unruhe und Gewalt“ zu denunzieren, die mit bis zu 10 Jahren Gefängnis geahndet werden kann.

Während ein Teil der Parteien sich unmittelbar nach dem Putsch abwartend verhielt oder ihn sogar begrüßte – so große Teile der Radikalen Partei – verschickte die Authentische Peronistische Partei (Linkspersonen), die schon während der Regierungszeit Isabels verboten worden war, ein Komunique, in dem betont wurde, daß Verhandlungen mit anderen politischen Gruppierungen, u. a. mit Héctor Campora, fortgeführt würden, um eine gemeinsame Front der sozialen und nationalen Befreiung zu bilden.

Augenblicklich sieht es so aus, daß die Vorschläge sich sehr stark am Regierungsprogramm von Héctor Cámpora orientieren, an dem die Linkspersonisten maßgeblichen Einfluß hatten. Dies wäre politisch auch eine Plattform, die einen beträchtlichen Teil der demokratischen und sozialistischen Bewegung Argentiniens tragen könnte<sup>14</sup>.

Eine entscheidende Frage allerdings ist in diesem Zusammenhang, ob es dem Militär gelingt, die Friedhofsruhe in den Betrieben des Landes herzustellen. Ein Erfolg in dieser Hinsicht könnte die Junta dauerhafter stabilisieren, als dies bei ähnlichen Versuchen bisher der Fall war.

### Widerstand in den Betrieben

Die ersten Anzeichen einer Widerstandsbewegung in den Betrieben bildeten Nachrichten über Formen der Produktionsverzögerung in den verschiedenen Industriezentren des Landes. Die erste große Auseinandersetzung bildeten dann die Streiks in den Automobilindustrien und im Energiewesen im September und Oktober 1976<sup>15</sup>.

Den aktuellen Anlaß für die Streikaktionen in der Automobilindustrie bildete die Empörung der Arbeiter darüber, daß die von Regierungsseite gewährten Lohnhöhungen von 12 % weder den Kaufkraftschwund des letzten Jahres auch nur annähernd deckte und daß sich ihre soziale Lage durch die Einführung von Kurzarbeit in der Automobilindustrie im August 1976 weiter verschlechtert hatte. Da selbst nach offiziellen Angaben die Löhne im bisherigen Zeitraum 1976 real um ca. 50 % gefallen sind, mußte auch von Militärsseite zugegeben werden, daß die Löhne ungenügend seien<sup>16</sup>. Die so ausgelösten Bummelstreiks wurden dadurch eingedämmt, daß man unter Verweis auf das Gesetz zum Schutze der öffentlichen Ordnung mit drakonischen Strafen drohte<sup>17</sup>. In den einzelnen Bestimmungen kann jede Form des öffentlichen Protestes mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft, Produktionsunterbrechungen können mit dem Tode geahndet werden. Zudem wurde eine eigene Militärgerichtsbarkeit für Verstöße gegen dieses Sicherheitsgesetz geschaffen<sup>18</sup>.

Die zweite Streikwelle folgte knapp vier Wochen später, Anfang Oktober 1976. Der Anlaß waren Entlassungen in der staatlichen Elektrizitätskompanie von Buenos Aires. Nach offiziellen Angaben umfaßten sie 208 Arbeiter, darunter auch alle Mitglieder des Exekutiv-Komitees der Gewerkschaft und verschiedene Vertrauensleute. Es kam zu Arbeitsniederlegungen in der Verwaltung und zur Einstellung aller nicht zur unmittelbaren Stromversorgung benötigten Arbeit. Im Gegenzug wurden die Arbeitsplätze unter Militäraufsicht gestellt. Nach Drohungen mit dem Sicherheitsgesetz wurden 90 Gewerkschafter verhaftet, weil sie der militärischen Aufforderung, die Arbeit wiederaufzunehmen, nicht nachgekommen waren<sup>19</sup>.

Die beschriebenen Konflikte sind unter mehreren Gesichtspunkten wichtig: Die Automobilarbeiter bilden einen Teil des Kerns des industriellen Proletariats. Gerade in diesen Zentren sind die lokalen Gewerkschaften sehr kämpferisch und stehen oft in Auseinandersetzungen mit den zentralen Gewerkschaftsspitzen. Ebenfalls ist der Einfluß der Linkspersonisten hier relativ stark<sup>20</sup>. Sie bilden daher eine potentielle Basis für eine kämpferische Gewerkschaftsfront, die sich für eine Demokratisierung der Gewerkschaften und für eine aktive Interessenvertretung bezüglich Lohnforderungen und anderer demokratischer und sozialer Rechte einsetzt. Auch der Streik der Elektrizitätsarbeiter, die zu den besser gestellten Arbeitern gehören und in der Vergangenheit nicht zu den aktivsten zählten, zeigt, daß der Spielraum der Militärs für eine Politik des Lohnabbaus und der Massenentlassungen deutlich eingeengt ist.

### Die Montoneros

Obwohl es im Zeichen der kubanischen Revolution schon zu Guerilla-Aktivitäten in Argentinien gekommen war, begann das Erstarren dieser Organisationen erst mit der Militärdiktatur ab 1966. So gab es 1970 ca. 12 verschiedene bewaffnete Gruppen. In den Kämpfen gegen die Militärs bildeten sich vor allem zwei heraus: die Montoneros und der Revolutionären Volksarmee (ERP)<sup>21</sup>.

Während die trotzkistisch ausgerichtete ERP primär militärisch orientiert ist und versucht, ein Konzept der Landguerilla in den Gebirgen von Tucumán und Salta durchzuführen, und dabei mit ihren Aktionen in eine ständig wachsende politische Isolierung hineingerät, sind die Montoneros eine politisch-militärische Organisation, die sich vor allem aus der peronistischen Jugend rekrutiert. Die Anhängerschaft der Montoneros übersteigt 100 000. Sie sind eingebettet in das Spektrum linkspersonistischer Organisationen und haben Einfluß in den lokalen linkspersonistischen Gewerkschaften. Ihre in letzter Zeit verstärkte Betonung des politischen Kampfes, ihre Bemühungen um Koordinierung von sozialen Kampfaktionen sowie ihre modifizierte Einschätzung des Peronismus im Verlauf der beiden letzten Jahre, machen sichtbar, daß sie sich zu einer sozialistisch orientierten Kraft entwickeln.

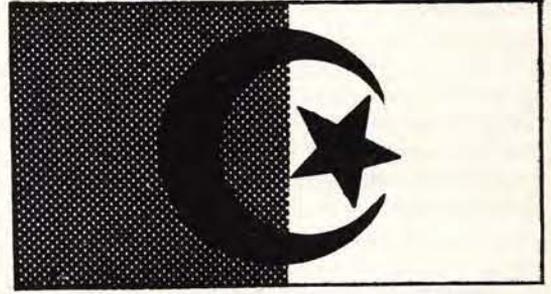
Ob und wann es in Argentinien zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten kommt, hängt indessen davon ab, inwieweit es gelingt, das politische Gewicht der einheitlich handelnden demokratischen Parteien und der fortschrittlichen und kämpferischen Gewerkschaftsbewegung spürbar zu erhöhen.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Informationsstelle Lateinamerika (Hrsg.), *Repression in Argentinien*, Bonn 1976
- 2) Dieses Konzept bildete den Rahmen der „Allianz für den Fortschritt“ unter Kennedy und beinhaltete begrenzte soziale Reformen, so im Agrarsektor, im Steuer- und Verwaltungsreich und im Erziehungswesen, um die kapitalistische Entwicklung Lateinamerikas zu beschleunigen. Vgl. dazu: *Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB)*, Nr. 6/1976
- 3) Vgl. K. H. Fuchs/P. Hiedl/C. Streubel, *Zur neueren Entwicklung in Argentinien*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 10/1972, S. 1064–1083
- 4) Vgl. F. Gèze/A. Labrousse, *Argentinien: Revolution und Konterrevolution*, Westberlin 1976, S. 84 ff
- 5) Vgl. Fuchs u. a. a. O., S. 1073
- 6) Vgl. die Umformung der argentinischen Gewerkschaftsbewegung nach US-amerikanischem Vorbild, in: *North American Congress on Latin America (Hrsg.), Argentina in the Hour of the Furnaces*, New York 1975, S. 58 ff.
- 7) Vgl. G. W. Merckx, *Argentinien – Der Peronismus und die Macht*, in: *Monthly Review (Deutsche Ausgabe)*, Nr. 8/1975–1976, S. 44 ff und S. 49; L. Bieber, *Zur Entwicklung in Argentinien seit 1973*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 7/1975, S. 777–786
- 8) Vgl. Deutsche Bank AG (Hrsg.), *Wirtschaftsbericht Lateinamerika, Spanien und Portugal: Jahresüberblick 1973 und 1974*; Bieber, a. a. O., S. 781 f
- 9) Vgl. ebenda
- 10) Vgl. Gèze/Labrousse, a. a. O., S. 221 f
- 11) Vgl. Plenumsrede des ZK der KP Argentiniens, *Die Situation und die Aufgaben*, Hektographiertes Material, Buenos Aires, 8. 5. 1976, S. 10
- 12) Vgl. Deutsche Bank AG (Hrsg.), *Wirtschaftsbericht Lateinamerika, Spanien und Portugal, Juni 1976*; *Latin America – Economic Report (LAER)*, London, 23. 7. 1976
- 13) Vgl. zu den Strömungen im Militär: *Latin America (LA) – A Weekly Political Report*, London, 7. 5., 18. 6. und 20. 8. 1976
- 14) Vgl. LA, 16. 4. 1976
- 15) Vgl. zur Streikentwicklung: LAER, 17. 9. 1976; LA, 15. 10. 1976; *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*, Fernausgabe, 26. 10. 1976
- 16) Vgl. LAER, 17. 9. 1976
- 17) Vgl. ebenda
- 18) Zum Sicherheitsgesetz vgl. LA, 2. 4. 1976
- 19) Vgl. LA, 15. 10. 1976
- 20) Vgl. LA, 5. 12. 1976
- 21) Vgl. Gèze/Labrousse, a. a. O., S. 187 ff

Rainer Falk

## Vom Befreiungskrieg zur sozialen Revolution



Drei Volksabstimmungen prägten das politische Leben Algeriens in der zweiten Hälfte des Jahres 1976: das Votum am 27. Juni für die Nationalcharta, die als programmatisches Grundsatzdokument der algerischen Revolution den weiteren Entwicklungsweg des Landes festlegen soll; die Abstimmung über eine neue Verfassung am 19. November, die die Grundgedanken der Nationalcharta auch institutionell absichern soll; und die Wahl Houari Boumediennes zum Präsidenten der Demokratischen Volksrepublik Algerien am 10. Dezember. Zusammen mit der Wahl der Nationalversammlung am 4. Februar 1977 markieren diese Entscheidungen einen Einschnitt in der Geschichte des nordafrikanischen Landes, der durch die spürbare Verschärfung sozialer Auseinandersetzungen ebenso wie durch die Vertiefung des revolutionären Prozesses gekennzeichnet ist.

### „Diktatur einer Staatsklasse“?

Das wirft erneut die seit Jahren konträr diskutierte Frage auf nach dem Charakter der gesellschaftlichen Veränderungen, die im heutigen Algerien stattfinden. So kommt Samir Amin zu dem Schluß, in Algerien würde ein kleinbürgerlicher, gegen den Klassenkampf ausgerichteter arabischer Sozialismus realisiert, dessen Merkmal ideologische Konfusion sei und der nur noch minimale Unterschiede zur Entwicklung in den beiden anderen Maghreb-Staaten Marokko und Tunesien aufweise<sup>1</sup>. Bassam Tibi spricht der algerischen Entwicklung jegliche Progressivität ab und sieht nur noch die Diktatur einer Schar militärischer Technokraten und ziviler Bürokraten im Staatsapparat<sup>2</sup>. Demgegenüber betont Hartmut Elsenhans den Beispielcharakter der algerischen Entwicklung für die Überwindung der Unterentwicklung und die Erlangung der ökonomischen Unabhängigkeit eines Entwicklungslandes. Die positiven Leistungen auf diesem Gebiet seien gerade das entscheidende Kriterium zur Beurteilung der Politik der im nationalen und sozialen Befreiungsprozeß zeitweilig die Hegemonie ausübenden kleinbürgerlichen Schichten. Nach Elsenhans konstituierten sie sich in Algerien zur selbständigen und in ihrem „wirtschaftlichen und politischen Status deutlich abgehobenen“ „Staatsklasse“. Die von dieser Klasse beherrschte „staatsabhängige Entwicklungsgesellschaft“ sei in ihrer Entwicklung sowohl offen für den Sozialismus als auch einen entwickelten Kapitalismus<sup>3</sup>. Von marxistischen Autoren wird Algerien demgegenüber zu den Ländern des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs gerechnet, wo sich in scharfen Klassenauseinandersetzungen mit der inneren Reaktion und dem Imperialismus besonders seit Anfang der 70er Jahre die sozialistische Entwicklungsrichtung immer stärker als die dominierende Tendenz herausbildet<sup>4</sup>.

In der „Dritten Welt“ jedenfalls steht Algerien heute in hohem Ansehen. Das hängt nicht nur mit seiner herausragen-

den Rolle im Kampf um das Erdöl und eine neue internationale Wirtschaftsordnung zusammen, sondern auch mit seinen beachtlichen internen Industrialisierungs- und Entwicklungsanstrengungen und -erfolgen, vor allem aber – und das wirkt heute noch nach – mit dem Opfermut und Heroismus des algerischen Volkes im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft.

### 1. November 1954 – Signal zum Befreiungskrieg

Am 1. November 1954 erhoben sich, inspiriert vom Beispiel der vietnamesischen Freiheitskämpfer, über Nacht 2 000 Guerilla-Kämpfer in 92 bewaffneten Aktionen gegen französische Besatzungsposten. Das war das Signal für einen der längsten und am erbittertsten geführten Befreiungskriege in der Geschichte der antikolonialistischen Bewegung. Seit dem Jahre 1830 war Algerien der blutigen Regenschaft des französischen Kolonialismus unterworfen. Schon der Beginn dieser Fremdherrschaft war begleitet vom massenhaften Widerstand der Algerier unter dem legendären Emir Abd-el-Kader, der erst 1847 niedergeschlagen werden konnte. Die von den kolonialen Eroberungstruppen angewandten Methoden gleichen jenen, die Frankreich im Kolonialkrieg von 1954 bis 1962 anwandte. Massenermordungen und ökonomische Kriegsführung hatten am Ende der vollständigen Eroberung des Landes dazu geführt, daß das städtische Element der algerischen Bevölkerung 1847 physisch nahezu vernichtet und ein großer Teil der gewerblichen einheimischen Produktion sowie der Bildungseinrichtungen zerstört war. Zur systematischen Dezimierung der Bevölkerung und zur Vernichtung des Gewerbes kam die gewaltsame Auflösung der traditionellen agrarischen Produktion. „Man muß verhindern, daß die Eingeborenen säen, anbauen und ernten,“ gab der französische Oberbefehlshaber in Algier General Bugeaud vor der Nationalversammlung in Paris als Leitlinie aus. Mit ihr sollte dem algerischen Volk über die gewaltsame Deformierung der autochthonen Wirtschafts- und Sozialstrukturen jegliche ökonomische Grundlage für einen erfolversprechenden Widerstand genommen werden.

### Formierung der Nationalen Befreiungsfront (FNL)

Als sich nach dem ersten Weltkrieg und besonders unter dem Eindruck des Sieges über den Hitlerfaschismus wieder neue Kräfte des antikolonialen Widerstandes zu formieren begannen, antworteten die Franzosen mit einem neuen Exempel kolonialistischer Gewaltherrschaft. Am 1. Mai 1945 schoß die französische Gendamerie der Stadt Setif eine Hunger- und Protestdemonstration algerischer Arbeiter nieder. Darauf folgte eine großangelegte Strafexpedition, bei der durch Bom-

benangriffe gegen Dörfer, durch den Einsatz von Panzern gegen unbewaffnete und wehrlose Opfer und durch willkürliche Massenexekutionen über 40 000 Algerier ermordet wurden. Aber dem erstarkten Willen nach nationaler Unabhängigkeit war mit solchen Aktionen schon nicht mehr beizukommen.

Die Erhebung vom 1. November 1954 war von den konsequentesten antikolonialistischen Kräften des algerischen Volkes getragen, die die Einsicht gewonnen hatten, daß die volle Unabhängigkeit der französischen Kolonialmacht nicht durch Verhandlungen allein, sondern nur durch den Einsatz bewaffneter Gewalt abgerungen werden konnte. Unter Ahmed Ben Bella formierten sie, die ihre Ausbildung zum großen Teil in der französischen Armee bekommen hatten, die Nationale Befreiungsfront FLN, nachdem sie in der – teilweise auf eine Reform der Kolonialherrschaft bedachten – Bewegung für den Triumph der Demokratischen Freiheiten (MTLD) keine Perspektive mehr sahen. Aus einer relativ kleinen Gruppe wurde die FLN während des Befreiungskrieges zur unbestrittenen Führungskraft des algerischen Volkes und nahm nahezu alle sozialen Klassen und Schichten unter der Losung von der „nationalen Einheit“ in sich auf. Die Stärke der FLN und der Nationalen Befreiungsarmee ALN war jedoch, daß sie sich im Kampf gegen die Kolonialmacht in der Hauptsache auf die breiten Massen des Volkes stützen konnte. Frankreich antwortete mit der Verstärkung der Unterdrückung: Um der FLN die Massenbasis zu entziehen, wurden im Laufe des Krieges ca. zwei Mio Menschen (1/4 der algerischen Gesamtbevölkerung, 1/3 der Landbevölkerung) „umgesiedelt“ und in Konzentrationslager gepfercht. Massenausrottungen ganzer Dörfer waren ebenso an der Tagesordnung wie Kollektivbestrafungen der Bevölkerung. Die Folter wurde systematisch angewandt, um den Unabhängigkeitswillen und die Würde des algerischen Volkes zu brechen. Insgesamt kosteten die Ausrottungsmethoden der Kolonialmacht Algerien 1,5 Mio Menschenleben<sup>5</sup>.

### Ökonomische Ausgangslage des neuen Algerien

Am 18. März 1962 wurden in Evian die Verträge zwischen Algerien und Frankreich unterzeichnet, die die Niederlage des französischen Imperialismus besiegelten. Zu diesem Zeitpunkt war Algerien ein Land, dessen Wirtschafts- und Sozialstruktur nicht nur alle „normalen“ Kennzeichen kolonialer Deformation aufwies, sondern im Gefolge des Krieges buchstäblich ausgeblutet war. Nachdem 1873 per Gesetz der Gemeinbesitz an Boden aufgehoben worden war, forcierten die Franzosen über ein System der kolonialen Besiedlung, das die einheimischen Bauern auf die schlechtesten Böden zurückdrängte und das fruchtbare Land den französischen Siedlern und landwirtschaftlichen Kapitalgesellschaften vorbehielt, den Weinanbau zur Monokultur. 1954 waren 77 % der Gesamtexporte Algeriens Wein. Zu der einseitigen Ausrichtung des Exports auf Wein kam der einseitige Zuschnitt der Außenhandelsstruktur auf Frankreich, auf das 73 % der Exporte und 79 % der Importe entfielen. Die Austauschbeziehungen zwischen Algerien und Frankreich boten das prototypische Bild kolonialer Wirtschaftsabhängigkeit: für Frankreich war Algerien eine staatlich geschützte Quelle von Rohstoffen und Agrarprodukten sowie Absatzmarkt für verarbeitete Konsumgüter. Die Rohstoffquellen des Landes (insbesondere Erdöl und Eisenerz) waren in der Hand französischer Konzerne. Die Infrastruktur war ganz auf die Bedürfnisse der kolonialen Ausplünderung zugeschnitten (die Straßen- und Eisenbahnnetze endeten an den Umschlagplätzen des Kolonialhandels). Der industrielle Sektor war relativ unbedeutend, trotz verstärkter Investitionsanreize für das französische Privatkapital während des Befreiungskrieges (40 % der Investitionen konnten durch staatliche Prämien ersetzt werden!)<sup>6</sup>.



Konzentrationslager der französischen Kolonialmacht im Algerienkrieg

Diese Situation der ökonomischen Abhängigkeit vom Imperialismus und der internen Deformation stellte die Befreiungsbewegung nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit vor schwere Aufgaben. Die Er kämpfung der wirtschaftlichen Selbständigkeit mußte, wenn sie konsequent angegangen werden sollte, notwendig zu einem Prozeß der beschleunigten sozialen Differenzierung der am Unabhängigkeitskampf beteiligten Kräfte führen. In Algerien gab es dafür eine Reihe von günstigen Faktoren. Zwar verhinderten die nationalen Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie, die sich in ihrer Mehrheit während des Befreiungskrieges der FLN (wenn auch zögernd) angeschlossen hatten, eine schnelle Konkretisierung des wirtschaftspolitischen Programms der FLN, das auf die Enteignung des von den Franzosen geraubten und besiedelten Landes beschränkt war<sup>7</sup>. Gleichzeitig jedoch waren diese Klassen besonders wegen der Siedlungskolonisation zahlenmäßig schwächer als in vergleichbaren Entwicklungsländern. Dazu kam, daß die Bauern- und Arbeitermassen während des Befreiungskrieges nahezu vollständig aktiviert worden waren und in der Härte des Kampfes Erfahrungen gesammelt hatten, die ein Stehenbleiben bei der politischen Unabhängigkeit ausschlossen. Das hatte zur Folge, daß sich schon während des Befreiungskrieges in der Ideologie der FLN starke sozial-revolutionäre Elemente herausbildeten. Wenngleich sich bis heute bürgerliche, feudale und parasitäre Kräfte im Staatsapparat immer wieder gegen eine Vertiefung des revolutionären Prozesses zur Wehr setzen, so ist besonders die Entwicklung seit der Einsetzung des Revolutionsrates als oberstes Staatsorgan unter Oberst Boumediene am 19. Juni 1965 durch eine zunehmende Profilierung der antiimperialistischen und sozialistischen Orientierung der Führungskräfte Algeriens gekennzeichnet, die mit teils offenen, teils verdeckten Auseinandersetzungen im Staatsapparat und in der Parteiführung einhergingen und -gehen. Der aus Kräften der in die Nationale Volksarmee übergeführten Befreiungsarmee bestehende Revolutionsrat wurde auch tonangebend innerhalb der nach der Unabhängigkeit zur Staats- und Einheitspartei erklärten FLN.



FLN-Kampftruppe 1958

### Kein Stehenbleiben bei der staatlichen Unabhängigkeit

Um eine unabhängige wirtschaftliche Entwicklung Algeriens zu gewährleisten, war es notwendig, die Souveränität des Landes über die nationalen Ressourcen wiederherzustellen. Da in den Unabhängigkeitsverträgen von Evian die kolonialen Eigentumsverhältnisse unangetastet geblieben waren, mußte es in dieser entscheidenden Frage zu schweren Auseinandersetzungen mit den ausländischen Konzernen und insbesondere mit Frankreich kommen. Am 7. Mai 1966 verstaatlichte die algerische Regierung elf in ausländischem Besitz befindliche Erz-, Kupfer- und Bleigruben. Am 27. Mai 1966 wurde das Versicherungswesen zum Staatsmonopol erklärt. Am 29. August 1967 wurden fünf Tochtergesellschaften der US-Ölkonzerne Esso und Mobil Oil verstaatlicht. Von Mai bis August 1968 wurden 79 französische und andere ausländische Unternehmen, darunter elektrische und mechanische Fabriken, Dünger-, Baumaterial- und Nahrungsmittelwerke in den Besitz des algerischen Staates überführt.

Als entscheidendes Datum der Auseinandersetzungen um die nationalen Reichtümer gilt der 24. Februar 1971. An diesem Tag verkündete Boumediene die Verstaatlichung von 51 % der in französischem Besitz befindlichen Erdölförderung<sup>9</sup>. Der französische Staat reagierte mit einem Wirtschaftsboykott und verfügte eine Sperre der Wirtschaftshilfe und der französischen Importe nach Algerien. Knapp ein halbes Jahr später jedoch brach der Boykott zusammen, weil die französischen Konzerne auf das von der Qualität her vergleichsweise gute Öl Algeriens angewiesen waren und andere westliche Länder sich dem Boykott nicht angeschlossen hatten.

### Zielstrebige Nationalisierungspolitik

Durch diese zielstrebige Nationalisierungspolitik hatte die algerische Regierung in relativ kurzer Zeit einen staatlichen Wirtschaftssektor geschaffen, der die entscheidende Stütze

bei der Entwicklung und Industrialisierung des Landes wurde. In 19 nationalen Gesellschaften, so z. B. im größten algerischen Staatskonzern, der Erdölgesellschaft SONATRACH, oder in der Gesellschaft für eisenschaffende Industrie SNS, wurden die für den wirtschaftlichen Aufbau entscheidenden strategischen Industriezweige konzentriert. 1970 waren 100 % des Bergbaus, 70 % der Baumaterialien, 100 % der Stahlerzeugung, 30 % des Maschinenbaus und der elektrischen Industrie und 25 % der Textilindustrie in staatlicher Hand. Dieser Anteil erhöhte sich in den folgenden Jahren insbesondere bei der industriellen Produktion. Bei dieser seit 1966 verfolgten Industrialisierungskonzeption wird der Entwicklung der extraktiven und der Schwerindustrie der Vorrang eingeräumt und das Schwergewicht auf die Errichtung kapitalintensiver Großprojekte gelegt, die dem höchsten wissenschaftlich-technischen Standard entsprechen. Die algerische Industrialisierungskonzeption geht davon aus, daß die Eisen- und Stahlindustrie und die Chemieindustrie als sogenannte „Industrialisierungsindustrien“ die Errichtung nachgelagerter Zweige, z. B. Maschinenbau, Elektrotechnik, Plastikproduktion, Fahrzeugbau usw. nach sich ziehen. Der Aufbau einer nationalen Produktionsmittelproduktion wird neben der Agrarrevolution und der kulturellen Revolution als Schlüsselaufgabe einer nationalen und unabhängigen Entwicklungspolitik begriffen<sup>9</sup>.

Auf diesem Weg hat Algerien eine Reihe beachtlicher wirtschaftspolitischer Erfolge erzielt. Das ist auch darauf zurückzuführen, daß der algerische Staat bei der Verwirklichung seiner Industrialisierungskonzeption planmäßig vorgeht und die staatlichen Pläne (1. Plan: 1967–1969, 2. Plan: 1970–1973, 3. Plan: 1974–1977) die obengenannte Prioritätensetzung widerspiegeln. In der ersten Planperiode lag das Hauptgewicht auf dem zügigen Ausbau der Erdölproduktion, deren Devisenerlöse für den Einkauf der notwendigen Investitionsgüter auf dem Weltmarkt erhöht werden mußten. Gleichzeitig wurde den Möglichkeiten entsprechend die Konsumgüterindustrie ausgebaut, um schrittweise die Importabhängigkeit auf diesem Gebiet abzubauen. Dadurch wurde es möglich, schrittweise höhere Mittel in den Aufbau der nationalen Grundstoffindustrie fließen zu lassen. In der zweiten Planperiode wurde dann verstärkt der Maschinenbau in Angriff genommen, was dann in der Zeit des Vierjahresplans 1974–1977 die Grundlage für eine Ausweitung der Stahlverarbeitung, der Petrochemie, dauerhafter Konsumgüter, chemischer Produkte etc. abgab. Die seit 1973 durch die Ölpreiserhöhungen der OPEC gestiegenen Erlöse auf dem Erdölsektor hat Algerien konsequent in den Dienst seiner eigenen wirtschaftlichen Entwicklung gestellt. Gleichzeitig bemüht sich das Land, da die Erdölquellen voraussichtlich in 20 bis 30 Jahren erschöpft sein werden, um die verstärkte Nutzung der algerischen Erdgasvorkommen, die die größten in der Welt sind.

### Planmäßiges und sich selbst tragendes Wachstum

Aufgrund dieser abgestimmten und an der selbständigen Entwicklung des Landes orientierten Wirtschaftspolitik gehört Algerien heute zu den Ländern der „Dritten Welt“ mit den höchsten Wachstumsraten. Der Vierjahresplan 1974–1977 zielt auf ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von jährlich 11 % und eine Erhöhung des Pro-Kopf-Verbrauchs um 7,5 %; insgesamt sollen Investitionen in Höhe von 110 Mrd algerische Dina (DA), entsprechend ca. 27 Mrd US-Dollar, vorgenommen werden. Im Rahmen des Perspektivplans „Perspektive 1980“ wird eine Verdoppelung des BIP gegenüber 1970 angestrebt sowie eine Verdreifachung der Industrieproduktion, die 1980 rund 45 % zum BIP beitragen soll. Ebenso wird die 100 %ige Verarbeitung der Erdölproduktion im Land anvisiert.

Dieses Wachstum ist im Gegensatz zu vielen anderen Entwicklungsländern nicht vom Kennzeichen imperialistischer Wirtschaftsabhängigkeit geprägt. Vielmehr handelt es sich um ein in zunehmendem Maße sich selbst tragendes Wachstum, das sich inzwischen schon auf drei schwerindustrielle Zentren in Annaba, Skikda und Arsew stützen kann, die zu den größten Industriekomplexen Afrikas gehören. Das bemerkenswerte daran ist, daß sich die Wachstumsstruktur nicht nur an der Industrie selbst orientiert, sondern die Industrialisierung auch als Instrument zur Produktionssteigerung in der Landwirtschaft begriffen wird. Das drückt sich vor allem darin aus, daß die Düngemittelproduktion heute 30 % der Wertschöpfung der chemischen Industrie ausmacht und der Aufbau einer landwirtschaftlichen Maschinen herstellenden Industrie zügig in Angriff genommen wurde. Der notwendige Preis der selbständigen Wirtschaftspolitik Algeriens ist es allerdings, daß die aus der Kolonialzeit rührenden Probleme des Arbeitsplatz- und Fachkräftemangels erst in den 80er Jahren werden gelöst werden können<sup>10</sup>.

Für jeden Entwicklungsprozeß und für das Vorankommen der Industrialisierung ist es letztlich entscheidend, ob es im Agrarsektor zu tiefgreifenden revolutionären Veränderungen kommt. Im Gegensatz zur Industrie kam es im agrarischen Bereich erst relativ spät, nämlich Anfang der 70er Jahre, zu einschneidenden Umwandlungen. Während der nationalen Bourgeoisie schon 1963 mit dem Rücktritt des Präsidenten der Nationalversammlung Ferhat Abbas und seinem aufgrund seiner neokolonialistischen und kompromißlerischen Politik erfolgten Ausschluß aus der FLN ein Großteil des politischen Einflusses entzogen worden war, behielten die Großgrundbesitzer lange Zeit noch innerhalb der FLN ein politisches Wirkungsfeld. Das schlagendste Beispiel hierfür ist die Tatsache, daß der Generalsekretär der FLN von 1967–1972, Kaid Ahmed, einer der größten Land- und Viehbesitzer Algeriens war (3000 ha Boden, 5000 Stück Vieh).

Mit der Verkündung der Charta und dem Dekret über die Agrarrevolution durch Präsident Boumedienne am 8. November 1971 kommt es zur Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, die sich im Rücktritt Kaid Ahmeds von seinen Staats- und Parteifunktionen widerspiegelte. Nach dem Prinzip „Den Boden denen, die ihn bearbeiten“ ist das Ziel der Agrarrevolution die Liquidierung der Großgrundbesitzer als Klasse, die Beseitigung des Absentismus (also die Beseitigung

des Grundbesitzes, dessen Eigentümer in der Stadt leben und an der Bewirtschaftung des Bodens nicht teilnehmen) und die Sicherung des Rechts auf Grundeigentum für kleinere und mittlere Bauern. Gleichzeitig sollen stärker kollektivwirtschaftliche Formen im Agrarsektor eingeführt werden (Genossenschaften).

Nach der Unabhängigkeit waren Veränderungen im Agrarsektor lediglich durch die Bildung selbstverwalteter Güter auf den von den kolonialen Siedlern verlassenen oder 1963 enteigneten Ländereien erfolgt. Die 1971 einsetzende Agrarrevolution verlief nun bisher in 3 Phasen: 1. Erfassung und Aufteilung des staatlichen und Gemeinde-Grundbesitzes; 2. ab 1972 Begrenzung und Aufteilung der Ländereien der Großgrundbesitzer und Enteignung des Landes der Absentisten; 3. Reform im Bereich der Viehhaltung. Bis heute sind 1,3 Mio ha Land und rund 1 Mio Palmen unter fast 100 000 landlose Bauern aufgeteilt worden. Die Großgrundbesitzer wurden auf 15 % aller landwirtschaftlichen Nutzflächen zurückgedrängt. Die Landverteilung war mit der Auflage verbunden, staatlich geförderten Genossenschaften beizutreten. Das hat zur Folge gehabt, daß bis heute rund 5000 landwirtschaftliche Genossenschaften entstanden sind, davon 3500 Produktionsgenossenschaften. Die Bildung von Genossenschaften wird ergänzt und unterstützt durch die Bildung staatlicher oder gemeindlicher Maschinen- und Servicestationen, die die Bauern auch bei der Produktion beraten.

### Klassenschlacht im Agrarsektor

Die Agrarrevolution, besonders die Aufteilung des Landes der Großgrundbesitzer ist noch nicht abgeschlossen. Die Auseinandersetzungen halten dabei besonders um die Festlegung der erlaubten Höchstgrenze für privaten Landbesitz, die zur Zeit bei 50 ha liegt, an. Um die Sabotage der Charta über die Agrarrevolution zu verhindern, hat die Regierung in zunehmendem Maße die Jugend- und Studentenorganisation auf das Land mobilisiert, um den Bauern, die teilweise noch durch patriarchalische Abhängigkeitsstrukturen an die Großgrundbesitzer gebunden sind, die Reformgesetze zu erläutern und sie bei der Durchsetzung der ihnen zukommenden Rechte zu unterstützen. Die Großgrundbesitzer hatten in weiten Landstrichen selbst die Veröffentlichung der Bestimmungen über die Agrarrevolution verhindern können und haben durch die Aufteilung ihres Bodens an Verwandte versucht, sich den Folgen der Agrarreform zu entziehen. Ein gravierendes und immer noch bestehendes Problem ist, daß die Großgrundbesitzer unter den durch die Agrarrevolution geschaffenen neuen Bedingungen dazu übergegangen sind, ihr Kapital in Immobilien, im Großhandel oder in Spekulationsgeschäften anzulegen und so nach wie vor eine starke ökonomische Basis für eine gegen die Vertiefung des revolutionären Prozesses gerichtete Politik fortbesteht<sup>11</sup>.

Nach der Agrarrevolution ist es besonders in der Auseinandersetzung über die Verabschiedung der neuen Nationalcharta zu verschärften Kämpfen um die weitere gesellschaftspolitische Entwicklungsrichtung Algeriens gekommen. Die Verabschiedung der Nationalcharta bildet zusammen mit der Abstimmung über die neue Verfassung einen gewissen Höhepunkt im Prozeß der Herausbildung staatlicher Strukturen zur Beteiligung der Volksmassen an den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entscheidungen, der mit der Wahl der Nationalversammlung im Februar d. J. zum vorläufigen Abschluß gelangen soll. Dieser Prozeß ist dadurch gekennzeichnet, daß nach der Einsetzung des Revolutionsrates und der Auflösung der Nationalversammlung 1965 staatliche Institutionen sozusagen von unten nach oben (nach der Lösung „Zurück zur Basis“) systematisch aufgebaut und so die teilweise von der Kolonialmacht übernommenen Verwaltungs- und Rechtsprechungsgremien ersetzt wurden. So soll



Düngemittelkombinat von Arsew

nach den Worten Boumediennes die „revolutionäre Legitimität (der staatlichen Politik, d. Verf.) durch die konstitutionelle Legitimität gekrönt werden“<sup>12</sup>. Begleitet wird dies durch bisher allerdings nur teilweise erfolgreiche Anstrengungen zur Reorganisation der Staatspartei FLN seit 1967, durch die besonders der Anteil der Arbeiter und Bauern erhöht werden soll, sowie durch eine Stärkung der Rolle der Massenorganisationen.

Die wichtigsten Stationen bei der Herausbildung demokratischer Staatsorgane waren bisher: die Wahlen zu den Kommunalen Volksversammlungen (APC) am 4. Februar 1967; die Wahlen zu den Volksversammlungen der Bezirke (APW); die Einführung der „Sozialistischen Führung der Unternehmen“ ab November 1971. Eine besondere Bedeutung kommt der „Sozialistischen Führung der Unternehmen“ zu, die für alle Betriebe des staatlichen Sektors obligatorisch wurde. Die Betriebsangehörigen wählen dabei auf Vorschlag der Gewerkschaft UGTA die „Versammlung der Werktätigen des Unternehmens“, die wiederum ein oder zwei Repräsentanten in den Direktionsrat des Unternehmens entsendet. Die innerbetrieblichen Organe der Arbeiter müssen in Fragen des betrieblichen Entwicklungsplans, der Betriebsführung und in Fragen von Entlassungen und Einstellungen konsultiert werden. Die Einführung der „Sozialistischen Unternehmensführung“ ging nur zögernd voran und stieß teilweise auf den Widerstand der Führungskräfte der Staatsunternehmen. Gleichfalls gibt es bis heute wichtige Probleme bezüglich des Funktionierens dieser Organe, die sich in der Hauptsache um den Grad der Kontrollkompetenzen der Versammlung der Werktätigen gegenüber der Direktion drehen. Die erste nationale Konferenz der Vorsitzenden der Versammlungen der Werktätigen forderte im Juli 1974 eine Ausdehnung der Macht ihrer Organe<sup>13</sup>.

Von der Ausdehnung des realen Einflusses der werktätigen Massen auf die gesellschaftlich relevanten Entscheidungen hängt es in der Hauptsache ab, ob es zu einer weiteren Vertiefung der antiimperialistischen und sozialistischen Orientierung Algeriens kommen wird. Umso höher ist die Verabschiedung der Nationalcharta und besonders die massenhaft darüber geführte Diskussion zu bewerten. Insgesamt beteiligten sich über 4 Mio. Bürgerinnen und Bürger an der Debatte um die Nationalcharta, fanden mehr als 100 000 Versammlungen statt und wurden schließlich 1 200 Vorschläge in die endgültig zur Abstimmung gestellte Fassung der Nationalcharta eingearbeitet. „Die Kraft und die Tiefe der Debatte, die sich über einen Monat lang abwickelte, überrascht die Beobachter,“ schrieb Le Monde Diplomatique im November 1976. „Alle Zeichen deuteten seit Jahren darauf hin, daß die Staatsmacht eine politische Debatte wünschte. . .“. So hat die algerische Regierung und die FLN nahezu das gesamte Volk mobilisiert, um eine Massenbasis für die Politik der nächsten zehn Jahre zu schaffen.

### Programme der nationalen und sozialen Befreiung

Die Nationalcharta ist gegenüber der Verfassung das wichtigste Dokument der jüngsten Geschichte Algeriens. Nach der Verfassung ist sie die „grundlegende Quelle der Politik der Nation und der Gesetze“, „der ideologische Auskunftgeber“ und das Instrument für „die gesamte Interpretation der Verfassung“<sup>14</sup>. Sie zieht Bilanz über den bisher erreichten Stand des revolutionären Prozesses und trifft ein eindeutiges Votum für die sozialistische Perspektive des Landes.

Bisher hat es drei Grundsatzdokumente der Algerischen Revolution gegeben: die im August 1956 angenommene **Charta von Soummam**, die ganz von der unmittelbaren Aufgabe der **Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit** gekennzeichnet war; das im Juni 1962, also kurz vor der Unabhängigkeit verabschiedete **Programm von Tripoli**, das bezüglich der sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen einen deutlichen Kom-



Präsident Houari Boumedienne (I.)

promißcharakter aufweist; und die vom 1. Kongreß der FLN verabschiedete **Charta von Algier** vom März 1964, die zum ersten Mal für Algeriens Gesellschaftsentwicklung ein sozialistisches Ziel formuliert. In ihr sind starke marxistische Elemente neben Momenten des Nationalismus und eines spezifischen „algerischen Sozialismus“ enthalten.

### Weichenstellung hin zum Sozialismus?

Obwohl die Charta von Algier theoretisch eine progressive Entwicklung Algeriens wies, blieb es in der Praxis relativ lange ungeklärt, welche Richtung sich innerhalb der revolutionärdemokratischen Führungskräfte durchsetzen würde. Mit der nun im Jahre 1976 verabschiedeten **Nationalcharta** scheint eine eindeutigere Weichenstellung für den weiteren Entwicklungsweg erfolgt zu sein. Das nahezu 200 Seiten lange Dokument gliedert sich in sieben Kapitel: 1. Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft (vgl. Auszüge in diesem Heft); 2. Die Partei und der Staat; 3. Die großen Achsen des Aufbaus des Sozialismus; 4. Die nationale Verteidigung; 5. Die Außenpolitik; 6. Die prinzipiellen Orientierungen der Entwicklungspolitik; 7. Die großen Ziele der Entwicklung. Während in den letzten beiden Kapiteln die oben geschilderte Entwicklungs- und Industrialisierungskonzeption präzisiert wird und die Kapitel 2 bis 5 den Aufbau, die Rolle und die Aufgaben des Staates, der Staatspartei und der Massenorganisationen zum Inhalt haben, ist das erste Kapitel, weil es die grundsätzliche politische und ideologische Orientierung enthält, das bedeutsamste<sup>15</sup>.

Ins Auge fällt dabei, daß die Nationalcharta sich deutlich abgrenzt von bürgerlichen, kleinbürgerlichen-reformistischen oder utopischen „Sozialismus“-Konzeptionen und eine kapitalistische Entwicklungsmöglichkeit für Algerien radikal verneint. Die gegenwärtige Phase der gesellschaftlichen Entwicklung Algeriens wird begriffen als „Phase der strategischen Konsolidierung des Sozialismus“, „dessen endgültigen Sieg sie vorbereiten soll“, in der die Aufgaben der „Volksdemokratischen Revolution“ (Beseitigung der Abhängigkeit vom Imperialismus, Liquidierung der feudalistischen Elemente des gesellschaftlichen Lebens) zum Abschluß gebracht werden sollen.

Am deutlichsten haben sich Vorstellungen des wissenschaftlichen Sozialismus in der Behandlung der Eigentumsfrage herauskristallisiert<sup>16</sup>. Wenngleich dem Privatsektor der Wirtschaft eine gewisse Bedeutung beigemessen wird, so ist die führende Rolle des staatlichen Wirtschaftssektors unzweideutig formuliert und auf die Verhinderung des Machtzuwachses für privatkapitalistische Elemente ausgerichtet.

Für die weitere Entwicklung des Charakters des Staatssektors ist entscheidend, daß die Nationalcharta die Einführung der „Sozialistischen Unternehmensführung“ in kürzester Frist in allen staatlichen Betrieben fordert und hervorhebt: „Der Aufbau des Sozialismus erfordert über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinaus die Ausübung der Staatsmacht durch die mit der sozialistischen Revolution verbundenen Kräfte, die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Wirtschaft wie auch das Engagement der arbeitenden Massen in allen Phasen des Aufbaus des Sozialismus und des Kampfes für die Sicherung seines Sieges.“<sup>17</sup> Das wird als wichtigstes Mittel des Kampfes gegen Erscheinungen des Bürokratismus und die Gefahr der Herausbildung einer neuen Bourgeoisie begriffen.

Daß diese Gefahren von der Nationalcharta klarer als bisher in der Ideologie der Führungskräfte Algeriens benannt werden, verweist genauso wie die Betonung der führenden Rolle der Volksmassen, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, darauf, daß es zumindest vorschnell ist, wenn man wie Elsenhans und Tibi von der Existenz einer selbständigen „Klasse“ im Staatsapparat ausgeht. Die Entwicklung in anderen Ländern wie Kuba oder Ägypten, wo ebenfalls kleinbürgerliche Schichten die Führung des revolutionären Prozesses innehatten, zeigt, daß langfristig auch für diese Kräfte nur eine Alternative besteht: in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen wie in Kuba oder wie in Ägypten auf die Position eines kapitalistischen Entwicklungswegs zurückzufallen.

### Entscheidung um die Macht steht noch bevor

Von grundlegender Bedeutung für die Beurteilung des gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts in Algerien ist ebenfalls die Rolle, die die Nationalcharta dem Islam zuschreibt. Im Gegensatz zu Tibi, für den der Islam in Algerien nur als „herrschaftsstabilisierende Ideologie, die eine soziale Harmonie vortäuscht“, fungiert<sup>18</sup>, versucht die Nationalcharta, die Prinzipien des Islam in den Dienst des sozialökonomischen Fortschritts zu stellen und wendet sich explizit gegen seine reaktionäre Interpretation. Das ist von herausragender Bedeutung, wenn man bedenkt, daß der Islam in traditioneller Auslegung für die algerische Großgrundbesitzerklasse und bürgerliche Kräfte einen der ideologischen Hauptstützpunkte darstellt.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Verabschiedung der Nationalcharta die algerische Opposition wie selten zuvor auf den Plan gerufen hat. Am 9. März und am 2. April 1976 gelangten zwei „Appelle an das algerische Volk“ an die Öffentlichkeit, die sich ausdrücklich gegen die Festschreibung der sozialistischen Orientierung wandten. Unter diesen Appellen tauchen die Unterschriften jener auf, die von der algerischen Revolution überholt wurden, insbesondere die des Exponenten der „liberalen“ und „gemäßigten“ Bourgeoisie Ferhat Abbas und des Sprechers der Großgrundbesitzer Kaid Ahmed. Ihre Möglichkeiten jedoch wurden mit den Entscheidungen des zweiten Halbjahres 1976 erheblich eingeschränkt<sup>19</sup>.

Die Verwirklichung der Nationalcharta wird sicher noch eine Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen in Algerien mit sich bringen. Ob sich damit tatsächlich der endgültige Übergang zum Aufbau des Sozialismus andeutet, wird wesentlich davon abhängen, ob sich die Führungskräfte Alge-

riens der Herausforderung durch die Reaktion stellen und die für die anvisierten revolutionären Veränderungen notwendige Massenbasis weiter ausgebaut werden kann.

### Anmerkungen:

- 1) S. Amin, *The Maghreb in the Modern World*, London 1970, S. 245
- 2) B. Tibi, *Militär und Sozialismus in der Dritten Welt*, Frankfurt 1973, S. 168 ff
- 2) Vgl. dazu: H. Elsenhans, *Algerien*, in: D. Nohlen/F. Nuscheler, *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 2, Halbband I, Hamburg 1976, S. 95 ff; ders., *Der algerische Weg der Überwindung der Unterentwicklung*, in: *Europäische Peripherie, Die Dritte Welt, Sonderheft 1976*; ders., *Begrenzte Kooperation – Begrenzter Konflikt, Gesellschaft und Wirtschaft in Algerien*, in: *Afrika heute*, Nr. 11/12 (Nov. 1974–Febr. 1975)
- 4) Vgl. *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg. Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis*, Berlin 1973, bes. S. 201 ff und S. 239 ff
- 5) *Zur Geschichte Algeriens von 1830 bis zur Unabhängigkeit* vgl.: *Autorenkollektiv (Ltg. L. Rathmann), Geschichte der Araber*, Bd. 2, Berlin 1975, S. 436 ff und Bd. 4, Berlin 1974, S. 245 ff; H. Henle, *Der neue Nahe Osten*, Frankfurt 1972, S. 141 ff; H. Elsenhans, *Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962*, München 1974; ders., *Aggression, Entwurzelung, Widerstand: Algerien 1830–1962*, unveröffentlichtes Manuskript, Februar 1974; M. Klug, *Algerien*, in: *Entwicklungspolitik*, Wien, Jg. 1, Nr. 3
- 6) *Zur ökonomischen Ausgangslage Algeriens zum Zeitpunkt der politischen Unabhängigkeit*, vgl.: H. Elsenhans, *Algerien – koloniale und postkoloniale Reformpolitik*, Ms. o. J.
- 7) So im Programm von Tripoli von 1962
- 8) *Zur Begründung dieser Maßnahme durch Präsident Boumedienne* vgl.: *Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB)*, Nr. 6–7/1972
- 9) *Zur algerischen Entwicklungs- und Industrialisierungskonzeption* vgl.: Elsenhans, a. a. O. (Anm. 3); zur Rolle der Schwerindustrie: C. Rachid, *Une industrie industrialisante*, in: *Afrique Asie*, Paris, Nr. 114, 12. 7. 1976; B. Murgue, *Le choix de la siderurgie*, in: *L'Economiste du Tier Monde*, Paris, Nr. 15, Nov.–Dez. 1976; zu den mit dieser Konzeption verbundenen Problemen vgl. bes.: H. Sörgel, *Das Beschäftigungsproblem in Algerien*, in: *Afrika. Gegenwärtige soziale Prozesse und Strukturen*, Berlin 1976, S. 87 ff
- 10) Zu den Angaben in den vorausgehenden Absätzen vgl.: *Algerien. Die industriellen Vorhaben des Vierjahresplans 1974–1977*, BfA-Marktinformation, Nr. A/245, April 1975; BfA-Mitteilungen, Nr. 68/April 1975; *Afrika. Wirtschaftsdaten*, BfA-Marktinformation, Nr. A/289, Dezember 1975; R. Landa, *The Successes of Algeria's Progressive Course*, in: *Asia and Africa Today*, Nr. 2/1976
- 11) *Zur Agrarrevolution* vgl. bes.: A. Benabdelkrim, *Die Agrarrevolution in Algerien*, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag, Nr. 10/1976, S. 1415 ff; H. Elsenhans, *Agrarrevolution in Algerien*, in: *Afrika heute*, Sondernummer 4–8, April–Aug. 1974
- 12) *Le Monde*, Paris, 17. 11. 1976; zur Herausbildung neuer staatlicher Strukturen in Algerien vgl.: H. Baumann/H. Nimschowski, *Revolutionär-demokratische Partei und Staatsmacht im Prozeß der nichtkapitalistischen Entwicklung Algeriens*, in: *Partei und Staat in Ländern mit sozialistischer Orientierung*, Berlin 1974, S. 169 ff
- 13) Vgl. dazu: *Le Monde*, Sonderbeilage, 3.–4. 11. 1974
- 14) *Le Monde*, 17. 11. 1976
- 15) Der vollständige Text der Nationalcharta wird zitiert nach der Ausgabe: *Front de Liberation Nationale, Charte Nationale*, Algier 1976. Zur Charakterisierung der Nationalcharta vgl. auch: H. Baumann/H. Nimschowski, *Die algerische Nationalcharta. Zu einigen Grundzügen ihrer Orientierung*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika (AAL)*, Berlin, Nr. 6/1976, S. 905 ff
- 16) Das läßt darauf schließen, daß in der FLN starke marxistische Kräfte wirksam sind. Diese sind jedoch nicht identisch mit der seit kurz nach der Unabhängigkeit verbotenen Kommunistischen Partei, die sich nach der Selbstauflösung der aus der algerischen Abteilung der FKP hervorgegangenen KPA als Partei der Sozialistischen Avantgarde wiederkonstituierte. Sie steht dem revolutionären Prozeß grundsätzlich positiv und unterstützend gegenüber.
- 17) *Charte Nationale*, a. a. O., S. 89
- 18) Tibi, a. a. O., S. 168 f. Die Methode Tibis, mit der er zu seinen unsachlichen und pauschalen Urteilen über die „Diktatur“ in Algerien gelangt, besteht vornehmlich in der Aneinanderreihung von Zitaten aus der großbürgerlichen Presse, insbesondere der *Neuen Zürcher Zeitung*.
- 19) *Zur Opposition in Algerien* vgl.: *Jeune Afrique*, Paris, Nr. 797, 16. 4. 1976; *Berliner Extra-Dienst*, 28. 5. 1976; *Horizont*, Berlin, Nr. 15/1976



# Die algerische Nationalcharta

## II. Der Islam und die sozialistische Revolution

(... ) Das algerische Volk ist ein moslemisches Volk. **Der Islam ist die Staatsreligion.**

Als integrierender Bestandteil unserer historischen Persönlichkeit erweist sich der Islam als einer der stärksten Schutzwälle gegen alle Bestrebungen zur Entpersonalisierung. Es ist ein kämpferischer, strenger und vom Sinn für Gerechtigkeit und Gleichheit motivierter Islam, in dem das algerische Volk in den schlimmsten Stunden der Kolonialherrschaft Schutz, moralische Energie und jene Religiosität fand, die es vor Verzweiflung bewahrt haben und ihm den Sieg ermöglichten.

Der Niedergang der moslemischen Welt erklärt sich nicht aus rein moralischen Ursachen. Andere Faktoren materieller, wirtschaftlicher und sozialer Art wie die ausländischen Invasionen, die inneren Kämpfe, der Aufstieg des Despotismus, die Ausbreitung der feudalen Unterdrückung und das Verschwinden bestimmter weltweiter wirtschaftlicher Kreisläufe haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Auch dürfen das Anwachsen von Aberglauben und das Wuchern rückwärtsgewandter Mentalitäten nicht als Ursache angesehen werden, sondern vielmehr als Wirkung. Wenn man seine Angriffe auf diese abweichenden Praktiken konzentriert und dabei die sozialen Bedingungen vernachlässigt, heißt das, in einen unwirksamen Moralismus zu verfallen. In Wirklichkeit gibt es für die moslemische Welt nur einen Weg, um sich zu regenerieren: den Reformismus zu überwinden und sich auf den Weg der sozialen Revolution zu begeben.

Die Revolution fügt sich sehr wohl in die historische Perspektive des Islam ein. In seinem richtig verstandenen Sinn ist der Islam an keinerlei besondere Interessen gebunden, ebenso wenig wie an eine zeitweilige Macht oder eine spezifische Geistlichkeit. Weder der Feudalismus noch der Kapitalismus können ihn für sich beanspruchen oder geltend machen. Der Islam hat der Welt eine sehr erhabene Konzeption von menschlicher Würde gebracht, die den Rassismus, den Chau-

vinismus und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verurteilt. Sein grundlegender Egalitarismus (Auffassung der natürlichen Gleichheit der Menschen, d. Red.) kann einen jeder Epoche angemessenen Ausdruck finden.

Es ist daher **die Aufgabe der moslemischen Völker**, deren Schicksal sich heutzutage mit dem der Dritten Welt verknüpft, sich der positiven Leistungen ihres kulturellen und geistigen Erbes bewußt zu werden und sich dieses im Lichte der Werte und Wandlungen der Gegenwart neu anzueignen. Das besagt, daß jedes Vorhaben, das sich heute eine Rekonstruktion des moslemischen Denkens zur Aufgabe stellt, um glaubwürdig zu sein, zwangsläufig auf ein sehr viel umfassenderes Werk hinauslaufen muß: die totale Umgestaltung der Gesellschaft.

In unserer Epoche entscheidender sozialer Umwandlungen sind die moslemischen Völker aufgerufen, das anachronistische Joch des Feudalismus, des Despotismus und des Obskurantismus in allen ihren Formen abzuschütteln.

Die moslemischen Völker werden mehr und mehr begreifen, daß sie durch Verstärkung ihres Kampfes gegen den Imperialismus und durch entschlossenes Beschreiten des Weges zum Sozialismus den Forderungen ihres Glaubens am besten nachkommen und das Handeln in Einklang mit den Prinzipien bringen.

## III. Drei historische Ziele

Der Sozialismus in Algerien stellt sich ein dreifaches Ziel:

1. **Konsolidierung der nationalen Unabhängigkeit;**
2. **Errichtung einer Gesellschaft, die befreit ist von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen;**
3. **Förderung und freie Entfaltung des Menschen.**

Diese drei Ziele sind nicht voneinander zu trennen und gegenseitig abhängig. Sie sind eingebunden in ein und dieselbe Dynamik der historischen Entwicklung. Die Konsolidierung

der nationalen Unabhängigkeit und die Entfaltung des Menschen entspringen dem Inhalt der Volksdemokratischen Revolution, aber sie werden erst durch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft voll wirksam.

Zunächst handelt es sich darum, die nationale Unabhängigkeit zu festigen, indem man alle Formen des imperialistischen und neokolonialistischen Einflusses beseitigt und entschlossen die historische Aufgabe der Entwicklung anpackt, ohne die es in unserer Epoche weder einen wirtschaftlichen Fortschritt noch eine wirklich lebensfähige Nation geben kann.

Aber um rationell und harmonisch zu verlaufen, muß die Entwicklung als Ganzes betrachtet werden und auf der Mitwirkung der Massen in ihrem eigenen Interesse beruhen. Dies setzt **eine radikale Konzeption der Demokratie** voraus, die sich in Überwindung der bekannten Formen der bürgerlichen Demokratie mit der sozialistischen Demokratie identifizieren muß.

Doch wengleich auch der Sozialismus den Menschen formt, ist es dennoch der Mensch, der den Sozialismus hervorbringt. Außerdem wird der vom Sozialismus geforderte neue Mensch nicht mechanisch und plötzlich auftauchen. Dies ist nicht nur ein einfaches humanistisches Glaubensbekenntnis, sondern eine Warnung vor summarischen Schematisierungen und mechanistischen Geisteshaltungen, die in zurückgebliebenen Gesellschaften so häufig sind. Eine besondere Betonung erfährt daher der Mensch, die individuelle Initiative und der schöpferische Geist eines jeden. Das ist eine herausragende Aufgabe der Volksdemokratischen Revolution, die einen ihrer Eckpfeiler bildet und in der Etappe des Aufbaus des Sozialismus bei weitem noch nicht erfüllt ist.

#### **IV. Der Sozialismus gibt eine zusammenhängende Antwort auf die Probleme unserer Zeit**

Der Sozialismus ist ein Produkt der modernen Entwicklung. Obgleich in allen Epochen soziale Theorien existiert haben, die häufig auf utopische Weise die Wünsche der Menschen nach einem neuen Goldenen Zeitalter widerspiegeln, kristallisierte sich die Sozialismusidee als historische Tendenz des gesellschaftlichen Zukunftsbildes jedoch erst mit der Entfaltung der Produktivkräfte des Kapitalismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts heraus.

Die **Überlegenheit des Sozialismus über die früheren sozialen Systeme** ergibt sich aus der Tatsache, daß er die fortgeschrittensten Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik mit den Prinzipien einer wesentlich rationelleren, gerechteren und menschlicheren sozialen Organisation verknüpft.

Welches auch immer die Verdienste des Kapitalismus in der Phase seiner Entfaltung gewesen sein mögen, so ist er doch so tief mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verbunden geblieben, wie es bis dahin in der Geschichte unbekannt war. Gegründet auf das alleingültige Gesetz des Profits, hat der Kapitalismus den Menschen zur Ware, den Handwerker und Bauern zum Proletarier gemacht, hat er ganze Kontinente dem Elend und der Unterentwicklung ausgeliefert.

Entstanden als Antwort auf den Kapitalismus und seine Unfähigkeit, die unaufhörlich wachsenden Probleme zu lösen, die er hervorbringt, stellt der Sozialismus eine zusammenhängende Antwort auf die brennenden Fragen unserer Epoche dar. Schon heute hat der Triumph des Sozialismus in zahl-

reichen Ländern nicht nur das Geschick von Hunderten von Millionen Menschen umgewälzt, sondern auch eine neue internationale Lage geschaffen, die durch eine Stärkung der antiimperialistischen Bewegung gekennzeichnet ist, sowie durch den Aufschwung der nationalen Befreiungskämpfe und die weltweite Ausbreitung der sozialistischen Ideologie.

**Der Sozialismus in Algerien** entspringt nicht einer materialistischen Metaphysik und ist an keine dogmatische Konzeption gebunden, die unserem Nationalgeist fremd wäre. Seine Errichtung **identifiziert sich mit der Entfaltung der Werte des Islam**, die ein konstitutives grundlegendes Element der Persönlichkeit des algerischen Volkes sind.

Der Sozialismus in Algerien **setzt die tiefen Bestrebungen des arbeitenden Volkes fort und bereichert sich durch die Beiträge der weltweiten sozialistischen Erfahrungen**. Sein Herangehen an die Probleme unserer Gesellschaft und unserer Entwicklung wird von wissenschaftlichem Geist bestimmt und hat teil an der Entwicklung der Menschheit zum Fortschritt. Gegründet auf die Wissenschaft und unter Ablehnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen legt der Sozialismus ein besonderes Primat auf die Geistigkeit des Menschen, in der Achtung vor der Freiheit des Denkens und des Gewissens, so wie es durch die Nationalcharta verbürgt wird.

Der Sozialismus ist **keine Religion, er ist eine theoretische und strategische Waffe**, die der Realität eines jeden Volkes Rechnung trägt und eben dadurch die Ablehnung jedes Dogmatismus einschließt. (. . .)

#### **VI. Der Sozialismus und die Dritte Welt**

Der Sozialismus erweist sich als ein der nationalen Befreiung zugrundeliegender Prozeß. Er trägt einen Charakter von innerer Notwendigkeit, der seinen geistigen Fortschritt begünstigt und ihm sein authentisches Kennzeichen verleiht. Es ist diese Zugehörigkeit zum nationalen Ich, aus der der Sozialismus seine Lebenskraft in der Dritten Welt bezieht.

Alle Länder, die für eine wirkliche Unabhängigkeit kämpfen, lassen sich auf eine sozialistische Dialektik ein. Man hat einem solchen Phänomen manchmal den Namen „**nichtkapitalistischer Weg**“ gegeben. Diese These ist nicht in der Lage, den realen Entwicklungen der sozialen Praxis unserer Länder Rechnung zu tragen.

Sobald ein Land für wirkliche Unabhängigkeit kämpft, sobald es entscheidet, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen und sich praktisch für das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausspricht, befindet es sich auf einem **sozialistischen Weg**. Dies nicht zu erkennen, heißt, das Dogma über die Wirklichkeit zu stellen und die tiefgreifende Dynamik des revolutionären Prozesses in unserer Epoche zu verleugnen. Das ist **ein neuartiger Weg, der genau die Situation der Länder der Dritten Welt reflektiert**, das Niveau ihrer Produktivkräfte und ihre Position in der Weltwirtschaft.

Der Kapitalismus hat in unseren Ländern sein häßlichstes Gesicht gezeigt: das des Kolonialismus, des Neokolonialismus und des Imperialismus. Daher konnte der Sozialismus hier nur den Sinn haben, zuallererst dem Kampf des ganzen Volkes gegen die ausländischen Monopole und ihre einheimischen Helfershelfer Ausdruck zu verleihen.

Mit anderen Worten, der Sozialismus hat es in den neuerdings unabhängigen Ländern nicht mit den gleichen Bedingungen zu tun wie in den industrialisierten Ländern, wo eine bedeutende Arbeiterklasse existiert, die keine andere

Unterdrückung als die durch ihre eigene Kapitalistenklasse kennt.

Wenn man dieser Forderung nicht Rechnung trägt, würde man die Reichweite des Sozialismus beträchtlich einschränken, ihn in seinem Voranschreiten zum Stillstand kommen lassen, ihn auf ein einziges und verpflichtendes Modell reduzieren. Diese einseitige Haltung würde tatsächlich dazu führen, den Sozialismus zu entstellen, indem man ihn von seinem nationalen Substrat trennt.

Der Sozialismus ist zum Erbe der gesamten Menschheit geworden. Das ist ein innerlich gereifter und entwickelter Sozialismus, ein lebendiger und schöpferischer Sozialismus, in dem sich die Völker vollständig wiedererkennen können, auf den der historische Prozeß mehr und mehr abzielt. Das beinhaltet keineswegs ein Abweichen von den Grundfragen, sondern ist ein neuer Beweis für die Lebenskraft und die Universalität des Sozialismus.

In den kürzlich unabhängig gewordenen Ländern existiert **das Proletariat** im allgemeinen nur in einem Embryonalzustand. Sein Klassenbewußtsein ist häufig zurückgeblieben und es ist nicht immer die am meisten unterdrückte soziale Schicht. Darüber hinaus wird diese Situation in den Ländern, die eine Besiedlungskolonisation erlebt haben, durch die Tatsache verschärft, daß die einheimischen Arbeiter in die Lage des Subproletariates gedrängt waren, da die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten in erster Linie den Staatsangehörigen der Kolonialmacht vorbehalten wurden. Viel mehr Produkt des kolonialen oder neokolonialen Kapitals als das des spärlichen oder gar nicht vorhandenen nationalen Kapitals, nimmt das Proletariat nach Lage der Dinge in unseren Ländern nur eine untergeordnete Stellung ein, da die imperialistischen Monopole ihre ganze Energie nicht der Industrialisierung der Dritten Welt widmen, sondern der Ausplünderung ihrer Rohstoffquellen und dem Herausziehen von Höchstprofiten aus reichlich vorhandener und billiger Handarbeit.

Die kapitalistische Ausbeutung hat auf diese Weise nicht zur Herausbildung einer relativ bedeutenden Arbeiterklasse geführt, sondern sie brachte die fortschreitende Verarmung der ländlichen Massen mit sich, die Zerstörung ihrer traditionellen Wirtschaftsform, ohne daß man ihnen dafür wenigstens den Ausgleich der Industrialisierung gegeben hätte.

Der Aufschwung des modernen Kapitalismus vollzog sich zum Nachteil der Dritten Welt. Wenn auch das Kapital in den kapitalistischen Ländern die Arbeiterklasse hervorgebracht hat, so hat es im Rest der Welt die Unterentwicklung verursacht.

Die **Unterentwicklung** ist kein spontan entstandener Naturzustand, nicht Abwesenheit von Entwicklung, sondern das Kennzeichen einer langen kapitalistischen Ausbeutung in ihrer unmenschlichsten und erniedrigtesten Form. Selbst wenn sie ihre traditionelle Fassade behalten, verlieren die alten Gesellschaften unter den Klauen der kapitalistischen Monopole ihren inneren Zusammenhang und ihren Charakter. Ihre Kultur, ihre Institutionen und selbst ihre Religion werden entweiht und verfälscht durch die Zersetzungstätigkeit des Kapitalismus. Als archaische Gesellschaften sehen sie, wie sich ihr Archaismus verschlimmert. Auf diese Weise **wirkt in der Dritten Welt das Gesetz des internationalen Kapitalismus**, das definitiv nur die Wahl läßt zwischen der Revolution und dem historischen Verfall.

In den Entwicklungsländern schöpft der Sozialismus seine tiefgreifende Dynamik aus dem Kampf gegen den Imperialismus in allen seinen Formen. Dieser Kampf erstreckt sich notwendigerweise auf die Eliminierung des nationalen Kapitalismus, der dazu verdammt ist, tatsächlich oder potentiell

lediglich ein Anhängsel des weltweiten Kapitalismus zu sein.

Es ist eine Tatsache, daß in den Entwicklungsländern die sozialistischen Kräfte nicht immer von einem zahlenmäßig noch schwachen Proletariat geleitet werden, sondern durch eine Avantgarde, die sich aus der Gesamtheit der revolutionären Patrioten zusammensetzt, und unter denen die Arbeiter eine wachsende Rolle übernehmen. In der gegenwärtigen Etappe, die die Dritte Welt durchmacht, ist es keineswegs das zahlenmäßig noch schwache oder praktisch nicht existierende Proletariat, das den Sozialismus errichtet; es ist die Errichtung des Sozialismus, die mit dem Aufbau der Nation, ihrer Industrialisierung und ihrer Modernisierung die Entstehung des Proletariats bewirkt. Jedoch ist im Unterschied zu dem der kapitalistischen Gesellschaft dieses Proletariat von Anfang an mit dem Siegel der Freiheit gekennzeichnet und in eine Gesellschaft integriert, die ihm weitreichende Perspektiven in Richtung auf Kollektivität eröffnet. Das soll weder heißen, daß dieses in der Entstehung begriffene Proletariat passiv bleiben muß, noch daß seine Vorwärtsentwicklung von vornherein feststeht. Ganz im Gegenteil werden seine Rolle und seine Verantwortung in dem Maße wachsen, wie der Aufbau des Sozialismus vorankommt, die Produktionsschlacht intensiviert wird und die nationale Unabhängigkeit sich konsolidiert.

Die Schwäche oder das Fehlen eines modernen Proletariats stellen für die Errichtung des Sozialismus weder ein unüberwindbares Hindernis dar, noch ein ernsthaftes Argument für seine Vertagung. Ebenso wenig wie die alten kolonisierten Länder mit ihrem Unabhängigkeitskampf gewartet haben, bis das Proletariat in den Metropolen die Macht übernahm, können sie heute auf den Auftritt eines einheimischen Proletariats warten, um ihre sozialistische Entwicklung in Angriff zu nehmen.

Die Länder der Dritten Welt entwickeln sich zum Sozialismus, indem sie sich auf die Massen der armen Bauern, die Arbeiter der Städte und die nationalen revolutionären Kader stützen. Diese letzteren, die sich aus konsequenten Patrioten, die in antikolonialistischen und antiimperialistischen Kämpfen erprobt sind, zusammensetzen, rekrutieren sich aus den verschiedensten Milieus: **kämpferische Politiker, Gewerkschafter, Militärs, Intellektuelle**. Sie spielen eine **Avantgarderolle im revolutionären Kampf** für den Triumph der nationalen Unabhängigkeit und die Ideale des Sozialismus.

Der Eintritt der Völker der Dritten Welt in die Geschichte stürzt gewisse Konzeptionen um, die bis dahin kursierten, und erneuert die sozialistische Problematik tiefgreifend. Das heißt nicht, daß man in einen haltlosen „Tièrs-Mondisme“ (Theorie des „eigenständigen“ Entwicklungsweges der „Dritten Welt“, d. Red.) verfallen müßte, der, indem er alles aus eigener Kraft zu schöpfen vorgibt, den bedeutendsten revolutionären Errungenschaften unseres Zeitalters den Rücken kehrt. Was die Völker der Dritten Welt am meisten brauchen, ist ein revolutionäres Denken, das ihnen zu sich selbst verhilft, das sie zu mehr Bewußtheit und Kreativität treibt, ein Denken, das Entfremdung aufhebt, und nicht ein Denken, das eine Entfremdung durch eine andere ersetzt.

Unter den Bedingungen der kürzlich unabhängig gewordenen Länder steht der Sozialismus nicht außerhalb der Nation; er wird zur gleichen Zeit wie sie errichtet, er wird mit ihrer organischen Entwicklung identifiziert. Die Zukunft der sozialistischen Revolution in der Dritten Welt wird mehr und mehr von einem nationalen schöpferischen Denken abhängen, das sich auf dialektische Weise in ein sozialistisches Denken verwandelt. Daher muß jede Revolution, die sozialistisch sein will, zuerst eine nationale sein, ebenso wie jede nationale konsequente Revolution notwendigerweise in den Sozialismus einmünden muß.

## VII. Von der Volksdemokratischen Revolution zum Aufbau des Sozialismus

Der Sozialismus in Algerien ist eine Vertiefung der Revolution vom 1. November 1954, ihre logische Einmündung.

Der nationale Befreiungskrieg gegen das ausländische Joch wandelte sich zur Volksdemokratischen Revolution. Der Inhalt der **Volksdemokratischen Revolution** umfaßt drei Komponenten: **sie ist antiimperialistisch, sie ist antifeudalistisch, und ihr Inhalt wird vom Volke getragen.**

Der antiimperialistische Inhalt bezieht sich auf die Beseitigung von Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus, auf die Förderung einer realen Unabhängigkeit in ihren einzelnen Bestandteilen: der politischen, der wirtschaftlichen, der diplomatischen und der militärischen Komponente.

Der antifeudalistische oder demokratische Inhalt betrifft die Beseitigung der vorkapitalistischen Strukturen in ihren archaischen, überlebten und reaktionären Zügen. Dabei geht es vor allem gegen patriarchalische, halbfeudale Stammesstrukturen, gegen den Lebensstil, den sie fortleben lassen, gegen die Mentalitäten, denen sie zugrundeliegen. Die Revolution hat nicht nur die Aufgabe, all diese archaischen Überbleibsel zu beseitigen, sondern auch einen Rückfall in dieselben zu verhindern. Grundlegend kommt es darauf an, den algerischen Menschen zum bewußten Bürger einer modernen Nation zu machen.

Die inhaltliche Komponente der vom Volk getragenen demokratischen Revolution läßt sich in der Devise zusammenfassen: „Durch das Volk und für das Volk!“ Wobei unter „Volk“ die Volksmassen zu verstehen sind und nicht eine privilegierte gesellschaftliche Schicht, die etwa die Macht an sich reißt, um ihre Herrschaft durchzusetzen.

Die bürgerlich-demokratischen Revolutionen, die Europa seit dem 18. Jahrhundert erlebt hat, haben die feudale Monarchie durch die Macht der Bourgeoisie ersetzt. In unserer Epoche und ganz besonders in der Dritten Welt werden die demokratischen Revolutionen viel mehr von den Volksmassen als von der **Bourgeoisie** gemacht. Aufgrund ihrer schmalen sozialen Basis und ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus erweist sie sich im allgemeinen als unfähig zu einer wahrhaften Politik der Entwicklung und der nationalen Unabhängigkeit. Dieses Phänomen macht sich besonders in Algerien bemerkbar: es sind die Massen, die sich an die Spitze der nationalen Befreiungsbewegung gestellt haben, und es sind die Massen, denen aller Logik nach die historische Aufgabe der demokratischen Revolution zufällt.

In Algerien hat die Volksdemokratische Revolution entscheidende Erfolge erzielt. Das Werk der nationalen Wiedergeburt kann heute praktisch als vollendet betrachtet werden in einem souveränen und organisierten Staat, der sein Schicksal selbst bestimmt, in einem von jeglicher fremder Besetzung befreiten Territorium; in einer entkolonialisierten und in voller Entwicklung begriffenen Wirtschaft; in einem freien Volk, das auf der Bahn des Fortschritts schreitet.

Die Zeit ist daher gekommen, die qualitativ neuen Aufgaben zu definieren, die sich der Revolution stellen und die den Erfolg beim Aufbau des Sozialismus bedingen.

Das beinhaltet eine **Vertiefung der Volksbezogenheit** und ihre Strukturierung mittels klarer Kriterien, die Konsolidierung der Errungenschaften des Sozialismus, ihre Ausarbeitung und Festlegung im Rahmen von Prinzipien und Institutionen, die ihnen einen unumkehrbaren Charakter verleihen. Es handelt sich mit einem Wort darum, dem Sozialismus in unserem Land seinen angemessenen theoretischen und praktischen Gehalt zu geben und das ist die Aufgabe der Nationalcharta.

Wann hat die sozialistische Phase begonnen? Es wäre schwierig, ein genaues Datum anzugeben; der sozialistische Prozeß zeigt sich nicht auf einmal und in homogener Vollendung, sondern er entsteht sukzessiv und nicht ohne Umwege. Wenn auch der koloniale Grundbesitz von den Landarbeitern zu

Beginn der Unabhängigkeit wiedergewonnen werden konnte, so wurde **erst ab 1966** – mit der Nationalisierung des Bergbaus, des Bankwesens und der Versicherungsgesellschaften – **die Schaffung der materiellen Grundlagen des Sozialismus eingeleitet**; immer breiter wurden diese Grundlagen dann in der Folgezeit durch die Übernahme des Außenhandels und des Transportwesens, die planmäßige Rückerlangung der übrigen nationalen Reichtümer – die 1971 in der Schlacht um das Erdöl gipfelte – und die Inangriffnahme eines in sozialistischer Perspektive konzipierten umfassenden Industrialisierungsprogramms.

Seinen wahrhaft **entscheidenden Durchbruch** freilich erlebte der sozialistische Aufbauprozeß **1972** mit dem Inkrafttreten der Agrarrevolution und der sozialistischen Führung der Betriebe.

Die Erfahrung des zurückliegenden Jahrzehnts zeigt deutlich, daß in unserer Revolution der nationaldemokratische Inhalt und der sozialistische Inhalt eine untrennbare Einheit bilden und daß der eine nur die kontinuierliche Vertiefung des anderen ist.

Heutzutage ist es unmöglich geworden, nationalen Aufbau und sozialistischen Aufbau voneinander zu trennen. Mehr denn je fallen diese beiden Konzepte zusammen. Es gibt nicht auf der einen Seite die Aufgaben des nationalen Aufbaus und auf der anderen Seite – im luftleeren Raum – die Option für den Sozialismus.

Die gegenwärtig ablaufende historische Phase kann als eine **Phase der strategischen Konsolidierung des Sozialismus** charakterisiert werden, dessen endgültigen Sieg sie vorbereiten soll. Diese Phase schon heute mit einem solchen Sieg gleichzusetzen, wäre eine übermäßige Idealisierung der Wirklichkeit und würde einem unbewußten Abenteuerismus Vorschub leisten; in ihr aber eine bloße demokratische Etappe zu sehen wäre wiederum eine Unterschätzung der Fortgeschrittenheit des Sozialismus in unserem Lande und ein Zurückbleiben hinter der historischen Entwicklung.

## VIII. Die Grundprinzipien des Aufbaus des Sozialismus

### 1. Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen

Dieses Prinzip wird durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verwirklicht.

Das aber stellt das **Problem des Privateigentums und seiner sozialen Funktion.**

In Algerien darf das Privateigentum keine Quelle gesellschaftlicher Macht sein. Es darf nicht die Grundlage von Beziehungen der Ausbeutung zwischen Privateigentümern und Werktätigen sein. Es darf nur innerhalb der Grenzen wirken, in denen es den Interessen der arbeitenden Massen in keiner Weise schadet und weder eine Bremse noch ein Hindernis für die unerschütterliche Entwicklung unserer Gesellschaft zum Sozialismus darstellt. Hauptsache ist, daß das Privatinteresse nicht die Oberhand über das kollektive Interesse gewinnt, daß es sich in den Entwicklungsprozeß einordnet und daß es dem einzelnen dient, ohne dabei die Grundlagen der neuen Gesellschaft zu beeinträchtigen.

Es gibt **zwei Arten von Privateigentum: das ausbeuterische und das nicht ausbeuterische.**

Das ausbeuterische Eigentum ist jenes, bei dem der Besitz eines Kapitals – Landwirtschafts-, Industrie-, Handels- oder Dienstleistungsbetrieb – ermöglicht, die Arbeit anderer auszunutzen und daraus einen Profit zu ziehen, der den Eigentümer zuungunsten des Werktätigen bereichert.

Nicht ausbeuterisches Privateigentum sind die Güter, über die der einzelne zum Zwecke seiner Arbeit, seiner Behausung, seiner Kultur, seiner Gesundheit, seiner Freizeitgestaltung und generell seiner persönlichen und familiären Benutzung verfügen kann.

### **A. Der Sozialismus anerkennt das nicht ausbeuterische Privateigentum und übernimmt es in die neue Gesellschaftsordnung.**

In Algerien hat der Begriff des nicht ausbeuterischen Eigentums keinen formalen, sondern einen realistischen Inhalt.

Neben den Gütern zum Zwecke persönlicher oder familiärer Benutzung umfaßt es die kleinen Produktions- und Dienstleistungsmittel, die entweder individuell oder mit Hilfe einer begrenzten Arbeitskräftezahl genutzt werden können.

Mit dem so definierten nicht ausbeuterischen Eigentum wird man selbst im entwickeltesten Stadium der sozialistischen Gesellschaft ein ganzes Spektrum gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten beibehalten können, zum Beispiel:

- das Produktions- und Dienstleistungshandwerk;
- den Einzelhandel;
- den Kleinbesitz des Bauern oder des Viehzüchters;
- den Betrieb des kleinen Fabrikanten oder des kleinen Bauunternehmers usw.

Die Aufrechterhaltung dieser Tätigkeitsbereiche resultiert nicht aus einer konjunkturbezüglichen Wegwahl, sondern aus einer ideologischen Grundsatzentscheidung.

### **B. Die Existenz eines nationalen Privatsektors steht nicht im Widerspruch zur gegenwärtigen historischen Etappe, in der der sozialistische Sektor eine dominierende Stellung innehat.**

Allerdings ist es angebracht, eine Unterscheidung zu treffen zwischen dem Privatsektor, der eine für die Volkswirtschaft nützliche Rolle spielt, ohne den sozialistischen Aufbau zu beeinträchtigen, und dem parasitären oder kompradorischen Privatsektor, der eine Gefahr nicht nur für den Sozialismus sondern für jegliche unabhängige ökonomische Entwicklung darstellt.

a) **Der parasitäre bzw. kompradorische Sektor** muß vorbehaltlos bekämpft und ausgeschaltet werden.

Dieser Sektor, dessen Stellenwert in der Produktion so gut wie null ist, bestimmt sich im wesentlichen durch seine Verknüpfung mit den neokolonialistischen Firmen und kapitalistischen Monopolen des Auslands, denen er als Zwischenhändler oder als Tarnschleier dient.

b) **In der Industrie, im Bauwesen, im Fremdenverkehr** usw. existiert ein privater Sektor im Besitz algerischer Bürger. Die Betriebe dieses Sektors sind im Rahmen der Gesetzgebung garantiert.

Im Bereich der Industrie ist die Rolle des nationalen Privatsektors auf die Tätigkeitsbereiche des Kleinunternehmers zu beschränken, die die letzte industrielle Verarbeitungsstufe umfassen. **Diese Tätigkeitsbereiche müssen der Produktion der Staatsbetriebe nachgeordnet** und in Richtung der Finalproduktherstellung angesiedelt sein, vor allem im Bereich der Kleinproduktion von bestimmten Artikeln des täglichen Bedarfs. Die Materialbelieferung des Privatsektors – vor allem in bezug auf Importerzeugnisse – muß durch nationale Unternehmen gesichert werden. Die Verpflichtung zum Importwarenbezug von nationalen Unternehmen wird zu einer Begrenzung, ja zur Ausschaltung der Risiken einer Verflechtung mit kapitalistischen Kreisen des Auslands führen.

Darüber hinaus wird das Besteuerungssystem den Privatsektor daran hindern, eine monopolistische Kapitalisierung herbeizuführen, und die Sozialgesetzgebung wird die Rechte der Werktätigen schützen und ihre Mitwirkung an der Führung der Betriebe gestalten.

Es ist offensichtlich, daß die Aufrechterhaltung eines privaten Bereichs in der Industrie, im Baugewerbe, im Tourismus usw. immer ein mögliches Risiko des Wiederaufstiegs des Kapitalismus darstellen wird.

Die Sicherheit der Wahl des sozialistischen Wegs schließt somit ein, daß der Privatsektor keine Möglichkeit seiner Umformung als Plattform für die Machtergreifung besitzt. Seine

Tätigkeitsbereiche müssen mithin so angesiedelt und begrenzt werden, daß er nicht die ökonomische Macht erlangen und die Entscheidungszentren des Staates beeinflussen kann.

### **2. Eine integrierte und harmonische Entwicklung auf der Grundlage einer in der Konzeption wissenschaftlichen, in der Ausarbeitung demokratischen und in der Verwirklichung verbindlichen Planung**

Der Sozialismus in Algerien – wie übrigens auch in der übrigen Dritten Welt – beschränkt sich nicht auf eine Anpassung der Produktionsverhältnisse an den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, sondern beinhaltet eine gigantische Anstrengung, um die Produktivkräfte voll zu entwickeln, die die materielle Basis des Sozialismus schaffen.

Der Sozialismus ist im Vergleich zur kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium; er kann sich nicht auf die Unterentwicklung aufpfropfen.

Es kommt daher nicht nur darauf an, die von den ausländischen Monopolen entfremdeten nationalen Reichtümer wiederzuerlangen, die bestehenden Produktionsmittel zu vergesellschaften, sondern auch – durch die Stimulierung aller Produktivkräfte des Landes – neue Produktionsmittel zu schaffen: durch die **Nutzbarmachung der natürlichen Ressourcen**, durch eine kühne **Industrialisierungspolitik**, durch die **Modernisierung der Landwirtschaft** und eine intensive **Ausbildung von Kadern**.

In Umsetzung eben dieses fundamentalen Anliegens hat die revolutionäre Macht die **Industrie-, Agrar- und Kulturrevolution** ausgelöst, die alle drei auf die Verwirklichung desselben Zieles gerichtet sind: die Sicherung einer umfassenden und harmonischen Entwicklung des Landes. Durch die Ausarbeitung und Verwirklichung der nationalen und der speziellen regionalen Entwicklungspläne ist Algerien entschlossen in die Ära des modernen Fortschritts und der echten Entwicklung eingetreten.

Der Sozialismus verlangt nicht nur nach Entwicklung, er ist ihre Seele und ihr Motor. Durch die Einbettung der Entwicklung in ihre tatsächliche historische Perspektive, d. h. in den Rahmen einer allumfassenden Umgestaltung der Gesellschaft, sichert ihr der Sozialismus die vorrangigen Erfolgsbedingungen.

In diesem Zusammenhang bestätigt sich die Planung als ein Instrument der Leitung und Demokratisierung der Wirtschaft und als ein Mittel der gerechten Verteilung der Ergebnisse wie der Lasten der Entwicklung.

### **3. Die Arbeit – nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht und eine Ehre**

Durch die Beseitigung der objektiven Grundlagen der Ausbeutung und durch die Befreiung der Produktivkräfte rehabilitiert der Sozialismus in höchstem Maße die Arbeit der Menschen. Er betrachtet die **Arbeit als grundlegenden Faktor der Produktion und Akkumulation und als Hauptquelle jedes sozialen Fortschritts und des wirtschaftlichen Reichtums**.

Die sozialistische Gesellschaft ist auf der Arbeit begründet. Parasitentum und Müßiggang werden von ihr radikal beseitigt, Faulheit, Schlamperei und Fatalismus verdammt.

Der Sozialismus macht die Arbeit nicht nur zum Recht, sondern auch zur Pflicht und zur Ehrensache.

Mit dem Begriff der Arbeit ist der Begriff der Würde zu verknüpfen. Die Würde des Menschen rührt aus seiner Arbeit, sein Würdeverlust dagegen aus dem Müßiggang. Ohne Arbeit wird der Bürger zu einer Last für die Gesellschaft.

Die **Verbannung der Arbeitslosigkeit** für alle Zeiten ist eines der dringlichsten Ziele des Sozialismus in Algerien.

Ausgehend vom Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter, anerkennt der Sozialismus den wesentlichen **Platz der**

**Frau** in der Familienzelle als Mutter, Ehefrau und Bürgerin und ermutigt sie im Interesse der Gesellschaft zur Berufstätigkeit.

Der **Grundsatz des Sozialismus** „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ muß zum zentralen Prinzip unserer gesellschaftlichen Organisation werden.

Die Arbeit muß nach Menge und Qualität des geleisteten Werkes vergütet werden. Dies ermöglicht die Entlohnung der aufgewendeten Mühe, die Anregung der Initiative und die Förderung der Produktion.

Der Sozialismus **verwirft jede simplifizierende Gleichmacherei**, die das persönliche Verdienst und die individuellen Talente außer acht läßt und eine Prämierung der Mittelmäßigkeit ist.

#### **4. Vorrangige Befriedigung der Grundbedürfnisse der Volksmassen**

Während der Sozialismus Ungerechtigkeit und Ausbeutung beseitigt, die Arbeit aufwertet, muß er zugleich die **Befriedigung der Grundbedürfnisse der Volksmassen sichern**.

In einer ersten Phase hat er zur wesentlichen Aufgabe, jedem Bürger einen Lebensstandard zu sichern, wie er den Normen eines angemessenen Lebens entspricht: Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitsfürsorge, Schulbildung der Kinder, Erfüllung kultureller und Freizeitbedürfnisse.

Sind erst die Grundbedürfnisse der Massen befriedigt, so wird der ökonomische Fortschritt allen Algeriern erlauben, rascher eine höhere Lebensqualität zu erreichen.

Darüber hinaus hält es das sozialistische Algerien für seine höchste Pflicht, die Existenz derjenigen zu sichern, die noch nicht oder nicht mehr arbeiten können oder niemals werden arbeiten können. Es ist verantwortlich für das Leben und die Existenzbedingungen jedes einzelnen Bürgers und muß ein für allemal Schluß machen mit den sozialen Geißeln, die die menschliche Existenz zur Demütigung zwingen, um leben zu können.

Der Staat muß alle Voraussetzungen schaffen, damit jeder Algerier seine Grundbedürfnisse in Würde befriedigen kann. Diese sozialen Investitionen, die eine schwere Bürde für die Gesellschaft darstellen, sind jedoch nichts geringeres als ein grundlegender Faktor der Entwicklung. Sie begünstigen nicht nur die Entwicklung wichtiger Schichten der Bevölkerung, die unter dem Kolonialregime in dem Zustand eines Untermenschen gehalten wurden, sondern sichern auch, indem sie diese Schichten entschlossen in die Produktion eingliedern, der Entwicklung eine immer breitere Unterstützung.

#### **5. Befreiung des Individuums und seine Entwicklung zum verantwortungsbewußten Staatsbürger**

In den entwickelten Ländern kann der Sozialismus eine gewaltige historische Errungenschaft nutzen: die der bürgerlichen Gesellschaft, ihres technischen Standards, ihres „know-how“, ihrer demokratischen Traditionen.

In den zurückgebliebenen Ländern muß der Sozialismus alles aus sich selbst heraus schaffen, auch die Gesellschaft in ihrer modernen Form, die sie in die Lage versetzt, aus der Nation eine Assoziation freier Bürger zu machen.

Das bedeutet, daß der Sozialismus in Algerien keinesfalls die nationaldemokratischen Aufgaben beseite schieben kann. Diese in der Volksdemokratischen Revolution enthaltenen Aufgaben dauern fort; sie müssen weiterhin ein Hauptanliegen des Sozialismus sein.

Die Beseitigung der objektiven Strukturen der Ausbeutung und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Massen sind notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung für eine sozialistische Entwicklung. **Zum Aufbau des Sozialismus bedarf es des bewußten Engagements, der politischen Fähigkeit der Arbeiter, ihre geschichtliche Mission als Avantgarde der Nation zu erfüllen.**

Der Arbeiter in einer sozialistischen Fabrik und der Bauer in einer in der Agrarrevolution entstandenen Kooperative sind im Prinzip freie Produzenten. Doch um es auch wirklich zu werden, müssen sie ein politisches Bewußtsein erwerben, das sich in Übereinstimmung mit ihrer neuen gesellschaftlichen Lage befindet. Mit anderen Worten: um wahrhaft freie Produzenten zu sein, müssen die Arbeiter zugleich bewußte Staatsbürger sein. Ihr sozialistisches und ihr staatsbürgerliches Bewußtsein müssen sich gleichzeitig entwickeln und gegenseitig stärken.

Der Sozialismus muß angemessene Möglichkeiten schaffen, die es dem objektiv befreiten – oder sich auf dem Wege dorthin befindlichen – Einzelnen gestatten, sich auf der Grundlage der folgenden beiden Prinzipien voll verantwortlich zu fühlen:

##### **a) Vollständige Sicherheit der Respektierung der grundlegenden Menschenrechte**, vornehmlich:

- Gleichheit vor dem Gesetz; niemand steht über den Gesetzen;
- Gleiches Recht für alle;
- Sicherheit des Bürgers gegen alle Übergriffe und ungestörter Genuß der Früchte seiner Arbeit;
- Entwicklung der Frau und ihre volle Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Nation;
- Freiheit des Gewissens;
- Freiheit des Denkens;
- Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung, soweit sie nicht gebraucht wird, um der Revolution Schaden zuzufügen.

Dies schließt die Ausrottung des Feudalgeistes, des Stammes- und Sippendenkens und des Regionalismus, die Ablehnung von Vettern- und Günstlingswirtschaft und der Korruption ebenso ein wie die Entwicklung von Bürgersinn, Kritikfähigkeit und demokratischem Bewußtsein.

##### **b) Systematischer Ausschluß jeglichen Sektierertums, Dogmatismus, Autoritarismus und Bürokratismus, die geeignet sein könnten, die Entwicklung der Fähigkeiten der Kopf- und Handarbeiter sowie ihrer Kreativität zu verzögern.**

Das ist von solcher Bedeutung, daß sich die Verwaltung der staatlichen Unternehmen nachdrücklich dafür verbürgt und auch alle übrigen Institutionen der sozialistischen Demokratie dafür Sorge tragen.

Macht man den **Arbeiter mitverantwortlich für die Leitung der Produktion**, so schafft man zugleich die besten Bedingungen für seine Entwicklung als Mensch und als Staatsbürger.

Um dieser Aufgabe wirklich gerecht zu werden, müssen die Partei, die Gewerkschaftsorganisation und alle anderen Massenorganisationen ständig alle ihre Kräfte anspannen, um das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter zu stärken, um bei ihnen den Geist der kollektiven Disziplin und der sozialistischen Moral zu entwickeln. So wird nach und nach der Widerspruch zwischen dem Bewußtseinsniveau der Arbeiter und den neuen Anforderungen der sozialistischen Produktion, der immer noch besteht, beseitigt werden.

Die algerische Revolution ist entstanden auf der Basis der **schöpferischen Initiative der Volksmassen**. Der Aufbau des Sozialismus muß auf seinem Wege eine solche Erfahrung nutzen und sie zur vollen Entfaltung bringen.

Zuguterletzt wird sich der Sozialismus in Algerien als ein System darstellen, wo der Mensch weder ein abstraktes, entrücktes Ideal ist noch ein abhängiges und willenloses Werkzeug, sondern freier, bewußter und freiwilliger Baumeister der neuen Gesellschaft. (. . .)

(Quelle: Front de Liberation Nationale, Charte Nationale. Titre Premier, Algier 1976, S. 21–35)

Der Aufschwung des Widerstandes der afrikanischen Bevölkerung Südafrikas gegen das rassistische Unterdrückungssystem hat sich seit Ende der 60er Jahre auch in einer Verbreiterung und Vertiefung dieser Bewegung geäußert. Zu den seither gebildeten legalen Organisationen gehören auch die Gruppen der „Black Consciousness“ (Schwarzes Selbstbewußtsein)-Bewegung, wie die Black People's Convention (Schwarze Volksversammlung), die Südafrikanische Studentenorganisation (SASO) oder deren Gegenstück unter den afrikanischen Oberschülern: Südafrikanische Studentenbewegung (SASM). „Black Consciousness“ wird vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) als Beitrag zur Erhöhung des Selbstbewußtseins der unterdrückten Afrikaner, als Bestandteil der Herausbildung schließlich von revolutionärem Bewußtsein geschätzt; ANC-Mitglieder arbeiten in den betreffenden Organisationen mit. Andererseits sind unter diesen Bewegungen Tendenzen sehr stark, die einen engstirnigen schwarzen Nationalismus vertreten, der jede Zusammenarbeit auch mit revolutionären Kräften anderer Rassengruppen ablehnt und rassistische Differenzen anstelle von Klassenkonflikten als Charakteristikum der Lage im südlichen Afrika ansieht. Dies vor allem veranlaßt manche Beobachter zu der Behauptung, „die afrikanische Jugend“ zumal in den Ghettos Südafrikas lehne die „alten“ Organisationen und ihre Führer ab (z. B. Der Spiegel, Nr. 41/1976; Frankfurter Rundschau, 24. 9. 1976; ISSA, Südafrika – Schwarzes Selbstbewußtsein durch Widerstand, Bonn 1976). Allein der vom ANC am 24. August 1976 im Rand-Gebiet um Johannesburg ausgerufenen und von 80 % der afrikanischen Arbeiter befolgte Streik widerlegt derartige Thesen, die auf ein Ausspielen von Teilen einer Gesamtbewegung hinauslaufen.

Mit Tsietsi Mashinini, dem Vorsitzenden des Schülerrates von Soweto und Mitorganisator der Massenaktionen seit Juni 1976, nimmt ein führender Vertreter der jugendlichen Afrikaner zu dieser Problematik Stellung. Mashinini mußte sich im Oktober 1976 der Verfolgung durch die südafrikanische Polizei mit der Flucht nach England entziehen, wo er der Zeitschrift Jeune Afrique das folgende Interview gab.

## Tsietsi Mashinini **Wir kämpfen um die Macht**



Südafrikanischer Schülerführer T. Mashinini

FRAGE: Aus welchen Gründen haben Sie Südafrika verlassen?

T. MASHININI: Die Polizei suchte mich. Sie bot jedem, der Informationen über mich geben konnte, eine Belohnung von 500 Rand. 500 Rand entsprechen dem Monatslohn eines Arbeiters. Mehrere Personen wurden festgenommen, weil sie sich weigerten der Polizei zu helfen. Unter ihnen befanden sich Mitglieder des Schülerrates von Soweto (SSRC). Die

Polizei verfolgte unsere Spur so genau, daß wir oft erfahren konnten, daß sie schon herausgefunden hatten, in welchem Haus wir übernachtet hatten. Die Wahl war daher einfach: entweder früher oder später festgenommen werden oder weggehen. Außerdem konnte meine Aktivität nicht heimlich stattfinden. Ich mußte die Studenten, die Massen ansprechen und der von der Polizei auf mich ausgeübte Druck unterband jegliche Arbeit. Ich bin daher mit zwei anderen Mitgliedern des SSRC abgereist.

### Afrikaans – nur ein Vorwand?

FRAGE: Wie kam es, daß der Kampf gegen den obligatorischen Unterricht von Afrikaans zu der Auseinandersetzung des 16. Juni und zur totalen Ablehnung der Apartheid führte?

T. MASHININI: Am Anfang des Jahres fühlten sich die ältesten Schüler – die der Oberschule angehören – von dem Problem des Afrikaans nicht betroffen, das in den Mittelschulen obligatorisch geworden war. Es wurde in den Versammlungen des „Bantu-Stadtrates“ und der Elternvereinigungen besprochen, bis einige Schulen einen Streik beschloßen. Eine von den Schulen stellte den Unterricht sechs Wochen lang ein, und andere folgten bald.

Daraufhin schien uns eine breite Aktion Erfolgchancen zu haben. Wir fingen an, ich und einige Kameraden, die Schüler meiner Oberschule zu mobilisieren. Am 9. Juni vereinbarten die Vertreter verschiedener Schulen die Organisation einer Demonstration, die eine Woche später stattfinden sollte. Der größere Teil der Oberschulen und einige Mittelschulen sollten daran teilnehmen. Am 16. Juni bildeten wir einen Demonstrationzug in Soweto. Was dann geschah, ist Ihnen bekannt.

FRAGE: Die südafrikanische Regierung hat behauptet, das Afrikaans sei nur ein Vorwand.

T. MASHININI: Die Frage des Afrikaans war das Hauptgesprächsthema auf dem alltäglichen Arbeitsweg. Die Eltern konnten zusehen, wie ihre Kinder sich in dieser Sprache zu lernen verweigerten. Das ist, was wir getan haben.

FRAGE: Haben Sie damit gerechnet, daß die Polizei das Feuer eröffnen würde?

T. MASHININI: Wir hatten mit einer brutalen Haltung der Polizei gerechnet; wir wußten, daß sie uns wahrscheinlich nicht durchkommen lassen und uns auffordern würde, uns aufzulösen. Wir haben aber nicht gedacht, daß sie schießen würde. Wir haben friedlich demonstriert; wir haben nichts zerstört und niemanden angegriffen. Wir hatten vereinbart, uns in kleine Gruppen von drei oder vier zu teilen und uns aufzulösen, wenn die Polizei Zeichen von Nervosität zeigen würde. Wir wollten, daß die Regierung unsere Meinung zu dem Problem des Afrikaans erfährt, das war alles. Aber sie haben geschossen. Warum? Weil sie uns nicht als Menschen betrachten und zeigen wollten, daß sie zu allem bereit waren, um ihre Interessen als Weiße zu verteidigen. Es kommt hinzu, daß diese überbewaffneten Polizisten ihre Zeit mit Übungen verbringen und auf die Gelegenheit lauern, sich des von den westlichen Ländern wie Frankreich und Großbritannien gelieferten Materials zu bedienen. Es war eine herrliche Gelegenheit, ihre Macht zu demonstrieren.

### „Weniger Alkohol – mehr Bildung!“

FRAGE: Diese Demonstration ist ausgeartet.

T. MASHININI: Nach den ersten Schüssen haben wir die Kontrolle über die Schüler verloren. Jedoch haben sich uns keine „Tsotsis“<sup>1</sup> angeschlossen, wie es die Regierung behauptet; die Gesamtheit der schwarzen Gemeinschaft war es, die ihren Kindern zu Hilfe kam. Es war ein Ausbruch der Empörung. Jedes Haus wurde zerstört, das als Symbol der weißen Unterdrückung erschien: die Bibliotheken, wo die Bücher stehen, die wir nach dem Willen des Systems lesen sollen; die Bierhallen, Staatseigentum, die in Soweto zahlreicher sind als die Schulen. Auf den Wänden haben die Demonstranten geschrieben: „Weniger Alkohol, mehr Bildung.“

FRAGE: Wie sehen die Beziehungen zwischen Arbeitern und Studenten aus? Es wurde gesagt, daß die Erwachsenen zögerten, sich den Schülern anzuschließen.

T. MASHININI: Unsere Beziehungen zu den Arbeitern sind sehr gut. Die letzten Streiks haben bewiesen, daß sie den von den Schülern ausgegebenen Losungen folgen. Die Gemeinschaft der Erwachsenen war nicht mehr in der Lage zu handeln, weil sie ihrer inhaftierten Führer beraubt und gespalten war. Indem sie eine Einheit bildeten, haben die Schüler ein vereinheitlichendes Element zwischen ihren durch Herkunft und Lage unterschiedlichen Familien geschaffen. Heute besteht eine einheitliche Front der Studenten und Arbeiter gegen dieses System.

FRAGE: Als am 5. August die Studenten von Soweto beschlossen, auf Johannesburg zu marschieren, wurde gesagt, Ultralinke hätten im SSRC die Oberhand gewonnen.

T. MASHININI: Hier die Fakten: Zum ersten Mal war es den Schülern gelungen, die Arbeiter davon abzubringen, mit den Eisenbahnlinien und Bussen nach Johannesburg zu fahren. In mehreren Teilen von Soweto hatten wir Züge gebildet, um den Erfolg unseres Kampfes zu feiern.

Die Schüler eines Vororts von Johannesburg beschlossen, sich dorthin zu begeben. Der SSRC hat dazu nicht aufgerufen. Wir sind aber mitgegangen. Das war eine von den Schülern selbst getroffene Entscheidung, der sich ihr Exekutivorgan anschloß.

Dieses Marsch durch Johannesburg war als dritte Phase unseres Kampfes vorgesehen. Nach den Ereignissen des 16. Juni, die wir als erste Phase betrachteten, hatten wir beschlossen, daß die Aktion des Fernbleibens von der Arbeit die zweite Phase sei, um damit die Freilassung der politischen Gefangenen zu erzwingen. Sollte die Regierung nicht nachgeben, so hatten wir vor, in Johannesburg selbst zu demonstrieren.

Wir wollten uns aber nicht in einem Demonstrationszug dorthin begeben, denn wir wußten, daß das unmöglich wäre. Es kam also darauf an, einzeln mit dem Zug hinzufahren, uns unter die Arbeiter zu mischen und einen Zug im Zentrum der Stadt zu bilden. Dies geschah Mitte September.

### Die Irreführung von Wanderarbeitern

FRAGE: Sie sprechen von Phasen. Heißt das, daß der SSRC genaue Vorstellungen über den Ablauf des Kampfes hatte und daß er ihn vorbereitet hatte?

T. MASHININI: Nach dem 16. Juni wurden viele Menschen eingesperrt. Um ihre Freilassung zu erzwingen, haben wir eine allmähliche Offensive vorgesehen. Die Erhebung des 16. Juni aber war absolut spontan, und wurde durch die Schüsse der Polizei provoziert. Wir mußten also den Kampf organisieren. Am Anfang war es schwierig, denn mehrere Schulen hatten ihre SSRC-Vertreter noch nicht gewählt; außerdem war es nicht einfach, die Schüler zu versammeln, um Aktionen zu beschließen, da sie zu Hause blieben. Und die Führung der Bewegung war in der Gemeinschaft noch nicht stark verankert.

FRAGE: Welchen Unterschied machen Sie zwischen einem Streik und einer Kampagne zum Fernbleiben vom Arbeitsplatz?

T. MASHININI: Ein Streik betrifft ein oder mehrere Werke; die Arbeiter sind da und weigern sich, die Arbeit aufzunehmen. Eine solche Aktion birgt die Gefahr in sich, daß die Polizei das Werk umzingelt und auf die Streikenden schießt. Daher war es erforderlich, daß die Leute zu Hause in Soweto oder Alexandra blieben. Außerdem betrifft eine solche Aktion eine ganze Region. Sie zeigt deutlich, daß sich das Problem nicht auf Forderungen nach höheren Löhnen oder Kürzung der Arbeitszeit reduziert, sondern daß es darum geht, daß die den Schwarzen von der weißen Regierung aufgezogenen Verhältnisse total abgelehnt werden.

FRAGE: Wie erklären Sie es, daß Zulu-Arbeiter Schüler angegriffen haben?

T. MASHININI: Die Wanderarbeiter, die als Junggesellen in den „Hotels“<sup>2</sup> leben, fühlten sich von den Problemen der Schüler weniger betroffen als die Einwohner von Soweto. Sie wurden von der Polizei mißbraucht. Sehr schnell aber haben wir beschlossen, in die „Hotels“ zu gehen, mit ihnen zu diskutieren und ihnen zu erklären, daß die Polizei versuchte, sie gegen die schwarze Gemeinschaft zu benutzen. Leider ist es uns nicht gelungen in die „Hotels“ zu kommen. Polizisten und afrikanische Agenten sprachen diese Arbeiter an und erzählten ihnen irgendetwas, um sie gegen uns aufzubringen. Später ist es den Einwohnern von Soweto gelungen, mit ihnen zu sprechen und ihnen zu zeigen, wie sie dazu verleitet wurden gegen ihre eigenen Brüder zu handeln. Und alle „Hotels“, bis auf eines, wurden überzeugt, sich den Schülern anzuschließen.

### Buthelezi als Doppelspieler erkannt

FRAGE: Was halten Sie von der Aktion des „Premierministers“ von KwaZulu<sup>3</sup>, Gatsha Buthelezi?

T. MASHININI: Die Leute denken, daß das bei der Haltung der Zuluarbeiter eine Rolle gespielt hat. Er setzt auf den Regionalismus. So, als wäre James Callaghan (britischer Premierminister) Schotte: Die aus Schottland stammenden Einwohner Londons würden eher ihm zuneigen. Das Volk erkennt keinen Führer an, der dieses System akzeptiert. Wer eine Plattform zu benutzen vorgibt, die ihm vom Regime besorgt wurde, um gegen eben dieses Regime zu kämpfen, läuft Gefahr, verjagt zu werden. Aufgrund des Druckes der Befreiungsbewegungen hat Gatsha Buthelezi seit 1975 einige

ihrer Losungen übernommen, um zu beweisen, daß er keine Marionette ist. Das Volk aber weiß, daß er eine ist.

FRAGE: Er scheint sich jedoch auf eine ziemlich breite Basis verlassen zu können.

T. MASHININI: Ja, unter den Zulus und im allgemeinen unter den Analphabeten. Arbeiter und Schüler sind ihm gegenüber, jedoch sehr mißtrauisch; viele sind sich seines Doppelspiels bewußt.

FRAGE: Können Sie die Rolle der verbotenen Befreiungsbewegungen in dem gegenwärtigen Kampf präzisieren?

T. MASHININI: Keinem Mitglied des ANC ist es möglich, die Ideologie seiner Bewegung öffentlich zu propagieren, auch wenn er nicht im Gefängnis oder im Exil ist. Welche illegale Arbeit sie leisten können, ist mir unbekannt. ANC-Kämpfer sind in den „Black Consciousness“-Bewegungen aktiv, die nicht der politischen Linie des ANC folgen wie die BPC, die SAŠO, das SASM. Diese Organisationen – zahlreiche ihrer Mitglieder wurden in den letzten Wochen festgenommen –, die nicht überleben könnten, wären sie nicht streng pazifistisch, konnten sich in keiner Weise an der Organisation des gegenwärtigen Kampfes beteiligen. Daher entstand der Kampf aus der Initiative der Schüler, der Arbeiter und dann der Studenten.

### Hohe Aktivität des ANC und der Arbeiter

Jedoch hat die Aktivität des ANC, seit den 60er Jahren, ein günstiges Klima geschaffen, das die Ereignisse dieses Sommers ermöglichte. Sonst würden wir noch in den Anfängen des politischen Kampfes stecken. Es ist falsch zu behaupten, daß wir die Autorität der traditionellen Führer des Kampfes des schwarzen Volkes von Südafrika ablehnen. Wir erkennen immer Nelson Mandela und die anderen als hervorragende Persönlichkeiten des Kampfes der Schwarzen an.

FRAGE: Glauben Sie, daß Ihre Bewegung in ihrer gegenwärtigen Form etwas erreichen kann?

T. MASHININI: Ja, wegen der vielen Menschen, die bereit sind, sich an den Protestaktionen zu beteiligen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß überdies eine Art Stadtguerilla auftritt.

FRAGE: Welche Ziele haben Sie? Sind sie bereit zu verhandeln?

T. MASHININI: Ja, wir sind bereit zu verhandeln. Und zwar auf der Grundlage: erstens, der Gleichberechtigung; zweitens, einer Regierung der Mehrheit. Finden Sie es denn nicht merkwürdig, daß 20 Millionen Schwarze kämpfen müssen, um gegenüber 4 Millionen Weißen eine Mehrheitsregierung zu erhalten? Der Kampf um die Macht hat wirklich begonnen. Die Weißen werden die Behandlung kosten, die wir seit Jahrhunderten von ihnen erfahren. Sie müssen endlich wissen, was es heißt, unterdrückt zu werden, wie wir es wurden. In welchen Formen dies geschehen wird? Es ist sehr schwierig, dies zu sagen und unklug über die möglichen Entwicklungen des Kampfes zu spekulieren. Jedoch, ich bin sicher, daß der Kampf weitergehen wird.

FRAGE: Was bedeutet der Aufruf für den 15. Oktober<sup>4)</sup>

T. MASHININI: Es sind die Schüler, die aufgerufen haben. Das bedeutet, daß die Regierung auf das Schlimmste gefaßt sein muß, wenn sie uns bis zum 15. Oktober die Gleichberechtigung nicht einräumt. Was geschehen wird, kann ich nicht sagen. Ich habe nun Südafrika vor über einem Monat verlassen, und ich weiß nicht genau, was vorbereitet wird. Sagen wir, daß ich es mir vorstellen kann.

### Ein Generalstreik ist denkbar

FRAGE: Erscheint Ihnen, abgesehen vom 15. Oktober, ein Generalstreik der schwarzen Arbeiter im ganzen Land heute möglich?

T. MASHININI: Ohne weiteres.

FRAGE: Rechnen Sie mit der Unterstützung Afrikas in Ihrem Kampf?

T. MASHININI: Eine gewisse Zahl von Ländern unterstützt uns aktiv. Bezüglich derjenigen, die Vorsters Politik der „Entspannung“ akzeptiert haben, glauben wir, daß sie in die Irre geführt worden sind und in ihrem eigenen Interesse und nicht in dem der schwarzen Menschen Südafrikas handeln. Es stellt sich die Frage, ob sie den richtigen Weg wiederfinden werden.

(Quelle: Jeune Afrique, Paris, Nr. 824/22. 10. 1976)

### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Bezeichnung für Gruppen arbeitsloser afrikanischer Jugendlicher, die in Soweto und anderen Gettos Banden gebildet haben.
- 2) Kasernenartige Wohnheime in den Gettos.
- 3) Name des sogenannten „Heimatlandes“ des Zulustammes. Buthelezi hatte jüngst die Verleihung der „Unabhängigkeit“ durch Südafrika abgelehnt.
- 4) Hier ist der Marsch der Schüler von Soweto auf Johannesburg, verbunden mit dem Vordringen in die weißen Stadtviertel, vom 15. Oktober 1976 gemeint.



Ist sie bereit, sich zu engagieren, oder ist sie angepaßt, duckmäuserisch und entpolitisiert?

elan hat sich umgehört in Betrieb, Schule und Universität, in der Kaserne, im Freizeitheim und auf der Straße. elan hat Fragen gestellt und Antworten bekommen, Bilder geschossen und Statistiken ausgewertet.

Das Ergebnis liegt vor; im elan-Sonderheft „Jugend '77“

Der Report, der schon lange fällig war, für Lehrlinge, Schüler und Studenten, für Jugendvertreter und Schülervertreter, Verbandsfunktionäre und Gewerkschafter, für Lehrer und Eltern.

Auf 24 Seiten „Jugend '77 – was sie will, wie sie wirklich ist, wofür sie lebt, lernt und arbeitet“.  
Einzelheft 1,- DM, zuzüglich 0,50 DM Porto, Betrag der Bestellung in Briefmarken beilegen.

Jugendmagazin elan, Postf. 789, 4600 Dortmund 1

Ich möchte das elan-Sonderheft „Jugend '77“ zugeschickt haben (1,50 DM je Exemplar in Briefmarken beilegen)

Name .....  
Vorname .....  
Straße .....  
Ort .....  
Beruf .....

Georg Polikeit, der anlässlich des 2. Jahrestages der Revolution in Äthiopien weilte, zog im ersten Teil seiner Analyse eine Bilanz der eingeleiteten Reformen und untersuchte das Programm der Nationaldemokratischen Revolution vom April 1976 (im Wortlaut in AIB, Nr. 11—12/1976). Im zweiten und abschließenden Teil seines Beitrages setzt er sich mit verschiedenartigen oppositionellen Kräften, mit dem Nationalitäten- und speziell dem Eritreaproblem sowie mit widersprüchlichen Momenten der Politik der äthiopischen Militärbewegung auseinander. Mit einem beigegeführten Interview der britischen Zeitschrift Africa mit dem Vorsitzenden des Militärrates (DERG), Teferi Benti, soll die Position des DERG gegenüber einer möglichen friedlichen Lösung des Eritreakonflikts und seine Sicht der Nationalitätenprobleme ergänzend vorgestellt werden.

**Georg Polikeit**

## Entscheidung über den zukünftigen Weg Äthiopiens (2. Teil)

Natürlich erleichtern die ideelle Rückständigkeit großer Bevölkerungsteile und das Fehlen nennenswerter revolutionärer Erfahrungen den Resten der gestürzten Feudalgesellschaft und anderen reaktionären oder antisozialistischen Elementen, Teile der Bevölkerung durch Gerüchte und Panikmache irrezuführen, unter ideologischem Einfluß zu behalten oder sie zur leichten Beute verschiedenartigster demagogischer Parolen zu machen. Dies erklärt beispielsweise auch den Umstand, daß die Realisierung der Agrarreform in manchen Landesteilen auf große Anfangsschwierigkeiten und sogar Widerstände stieß, daß es Erscheinungen der Sabotage wie das Abschlagen von Vieh, die Zerstörung oder Nichtbebauung von Feldern, das Nichteinbringen der Ernte u. ä. gab, und daß es auch heute noch einige Gegenden gibt, wo die Agrarreform eher auf dem Papier steht.

### „Modernisten“ und „linke“ Opponenten

Es kommt hinzu, daß sich zugleich mit der konterrevolutionären Aktivität der feudalen Reaktion und ihrer Handlanger auch die Gegnerschaft jener Kräfte gerade jetzt verstärkt, die zwar teilweise eine „Modernisierung“ des alten monarchistischen Systems oder sogar seine Abschaffung und gewisse unaufschiebbare Reformen anstrebten, die aber einen kapitalistischen Weg der Entwicklung Äthiopiens und die Schaffung eines bürgerlichen Staatswesens nach „westlichem Vorbild“ im Auge haben, jedenfalls Gegner der verkündeten sozialistischen Orientierung sind.

Es liegt in der Natur der gegebenen Situation, daß die verschiedenartigsten Gegner der revolutionären Entwicklung in Äthiopien, wie auch in anderen Ländern, heute vielfach in der Maske „linker Anhänger der Revolution“ auftreten, wobei sie sich mit teilweise vorhandenen authentischen Einflüssen ultralinken Ideologien vermengen. So gab die Militärregierung beispielsweise im September d. J. die Verhaftung von ca. 100 Anhängern einer illegal gebildeten „Äthiopischen Revolutionären Volkspartei“ bekannt, die sich selbst als „marxistisch-leninistisch“ bezeichnete, in Wirklichkeit aber von im Ausland studierenden Angehörigen der ehemaligen feudalen Großgrundbesitzer und Aristokraten angeführt worden sei. Diese Gruppierung habe unter Berufung auf ultralinke Parolen anarchistische Aktionen angezettelt, Anschläge auf Stromleitungen und Kraftwerke verübt, Bauern zum mas-

senweisen Verkauf ihres Viehs angestiftet, gegen das neue „Arbeitsgesetz“ und die darin vorgesehene Bildung von Gewerkschaftsorganisationen agitiert, weil darin u. a. die „Ausweitung der Produktion“ zum Ziel der Wirtschaftstätigkeit erklärt wurde und von einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Belegschaften und Unternehmensleitungen auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und der abgeschlossenen kollektiven Vereinbarungen die Rede war.

### Versorgungsstörungen und Sabotageakte

Eines der aktuellsten Probleme, mit dem die revolutionären Kräfte Äthiopiens gegenwärtig und zum Teil schon seit einiger Zeit konfrontiert sind, ist das Auftreten von Versorgungsschwierigkeiten und besonders die zeitweilige Verknappung elementarer Grundlebensmittel wie Mehl, Zucker, Hirse, Öl, Salz oder Pfeffer. Die Behörden nennen für deren Auftreten mehrere Gründe: den erhöhten Eigenverbrauch der Bauern, die jetzt von den feudalen Abgaben ihrer Agrarprodukte an die Gutsbesitzer befreit sind, den erhöhten Ankauf von Lebensmitteln durch den Staat zur Versorgung der Dürre- und Hungergebiete und zur Anlage von gewissen Reserven, ferner unvermeidliche zeitweilige Belieferungsschwierigkeiten, die sich aus dem revolutionären Umwandlungsprozeß insgesamt und aus der dadurch zeitweise verursachten Störung oder Unterbrechung traditioneller Handels- und Lieferbeziehungen ergeben. Hinzu kommt jedoch auch die Auswirkung reaktionärer Sabotageakte, wie z. B. Brandstiftungen gegen Warenlager und ähnliche Terroranschläge, und das Wirken von Hamstern und Spekulanten, die die entstandene Situation durch Warenaufkäufe und -zurückhaltung zur persönlichen Bereicherung auszunutzen versuchen.

Die Folge dieser Versorgungsstörungen ist ein weiteres Steigen der Lebensmittelpreise auf den Märkten und in den privaten Geschäften. Dem soll nun durch den weiteren Ausbau des Genossenschaftswesens, das vom Ankauf in den Landgebieten bis zum Verkauf in den Städten ineinander verzahnt ist, entgegengewirkt werden. In den Städten werden spezielle Genossenschaftsläden eingerichtet, die ihre Waren nur an festeingeschriebene Mitglieder in registrierten Mengen, jedoch zu stabilen, niedrigen Festpreisen abgeben. Ob dieses System allerdings in der Lage sein wird, die anstehenden Probleme wirklich in den Griff zu bekommen, läßt sich gegenwärtig kaum mit Sicherheit absehen.

## Bremversuche rechter Militärkreise

Es ist verständlich, daß die in allen diesen Erscheinungen sich abzeichnende Verschärfung des inneren Klassenkampfes auch innerhalb des Militärates selbst ihre Auswirkungen hatte. Dies ergibt sich vor allem aus der Tatsache, daß sich der Bewegung des Militärs anfangs sehr unterschiedliche Kräfte mit unterschiedlichen politischen Motiven anschlossen.

Eine wesentliche Besonderheit der antifeudalen Revolution in Äthiopien besteht nämlich darin, daß sie durch relativ spontane und unkoordinierte Protestbewegungen verschiedener Bevölkerungsgruppen im Februar 1974 ausgelöst wurde, ohne daß eine organisierte und zielklare politische Führungskraft in Gestalt einer revolutionären politischen Partei oder einer anderen Form der Vereinigung der revolutionären Kräfte existiert hätte. Im Frühjahr und Sommer 1974 machte sich das Fehlen einer solchen einheitlichen Führung im Kampf gegen die Manöver und Verschleppungsversuche der reaktionären Kräfte immer deutlicher bemerkbar. Erst in dieser Situation entstand in den antifeudal eingestellten Militärkreisen die Idee, sich als einzige im nationalen Maßstab bestehende Organisation an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen, um die Durchführung der für notwendig gehaltenen antifeudalen Reformen sicherzustellen. Bei einigen der beteiligten Offiziere, die in ihrer Mehrzahl unter dem kaiserlichen Regime auch eine militärische Ausbildung in den USA absolviert haben, dürfte jedoch auch die Idee Pate gestanden haben, sich an die Spitze zu setzen, um eine zu weitgehende Veränderung der Verhältnisse zu unterbinden. Dies hatte spätere innere Spannungen, Konspirationsversuche und Konflikte zur Folge, in deren Verlauf einige rechtsgerichtete Offizierskreise sich gegen die Mehrheit der revolutionären



Massendemonstration in Addis Abeba zur Unterstützung der äthiopischen Revolution zu deren 2. Jahrestag

Kräfte stellten und aus den Reihen des Militärates ausschieden oder ausgeschlossen wurden.

## Das Bündnisspektrum des Militärates . . .

Auch heute ist der Militärat seinem Wesen nach ein Bündnis antifeudaler und antiimperialistischer, revolutionärer Kräfte, die sich auf das Programm der Nationaldemokratischen Revolution mit sozialistischer Orientierung geeinigt haben, ohne damit in allen politischen und ideologischen Fragen völlig übereinzustimmen. Ihrer sozialen Natur nach handelt es sich dabei in der überwiegenden Mehrzahl um Vertreter einer den verschiedenen kleinbürgerlichen Volksschichten des Landes entstammenden revolutionärdemokratischen Intelligenz, deren Besonderheit darin besteht, daß sie ihre Ausbildung im Militär erhielten. Obwohl Vergleiche stets hinken, läßt sich eine Parallele zu ähnlichen Erscheinungen in Militärkreisen anderer Entwicklungsländer oder auch – mit den erforderlichen Einschränkungen – zur „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA) in Portugal ziehen.

In den Gesamtzusammenhang der hier angedeuteten innenpolitischen Probleme muß auch die Frage der weiteren Entwicklung eines Systems politischer Massenorganisationen und Parteien und ihrer Beziehungen zum Militärat eingeordnet werden, die gelegentlich in Berichten über die Entwicklung in Äthiopien hervorgehoben wird. Es besteht kein Zweifel, daß die Entwicklung eines solchen Systems politischer Organisationen der revolutionären Volkskräfte unerlässlich ist, um eine solide Basis und Verankerung des weiteren revolutionären Weges in den Massen des Volkes gegen alle reaktionären Angriffe und sonstigen hemmenden Einflüsse und Schwankungen zu gewährleisten. Dies ist, wie eingangs erwähnt, auch im Programm der Nationaldemokratischen Revolution des Militärates vorgesehen, der erneut seine Absicht bekundet, „den breiten Massen die Staatsmacht zu übergeben“.

In Publikationen ist demgegenüber verschiedentlich die Forderung nach sofortiger völliger Freiheit für die Bildung aller heute oder in Zukunft sich formierenden politischen Parteien und Organisationen in Äthiopien zu finden. Im Herbst vergangenen Jahres kam es wegen ähnlicher Forderungen nach sofortigen „vollen demokratischen Freiheiten“ und nach unverzüglicher Bildung einer „Zivilregierung“ zu einer innenpolitischen Zuspitzung, in deren Verlauf auch einige frühere Führer des Gewerkschaftsbundes CELU als Gegner des Militärates auftraten. Ein Aufruf zum „Generalstreik“ wurde jedoch von der Mehrheit der Bevölkerung nicht befolgt. Die Militärregierung ergriff verstärkte Sicherungsmaßnahmen, in deren Verlauf eine Reihe Verhaftungen vorgenommen wurden.

## . . . und die Organisation der Volksmassen

Zieht man allerdings den konkreten Entwicklungsstand des revolutionären Prozesses in Äthiopien zum gegenwärtigen Zeitpunkt und die dargestellten Schwierigkeiten der ökonomischen und sozialen Entwicklung wie der Entwicklung des politischen Bewußtseins der breiten Volksmassen in Betracht, so führt dies zu der Erkenntnis, daß es sich bei den erwähnten Forderungen nach „sofortiger politischer Freiheit für alle Parteien und Gruppierungen“ wohl bestenfalls um abstrakt-demokratische Forderungen handelt, die den gegebenen realen Entwicklungsbedingungen der äthiopischen Revolution zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entsprechen. Objektiv sind sie gegen die im Programm der Nationaldemokratischen Revolution erarbeitete Konzeption der Schaffung einer breiten, vereinigten revolutionären Volksfront gerichtet. Die Realisierung dieser Forderungen zum gegenwärtigen

Zeitpunkt würde wohl eher die Aufsplitterung der vorhandenen revolutionären Potenzen und der gerade erst zu politischem Bewußtsein erwachenden Volksmassen in unterschiedliche und gegeneinander rivalisierende Gruppierungen fördern und gleichzeitig „links“ getarnte Manöver der alten Feudalkräfte und der auf eine kapitalistische Entwicklung des Landes orientierten Kreise begünstigen, als der Stärkung der revolutionären Kräfte dienlich sein.

Diese Feststellung schließt allerdings nicht aus, sondern ein, daß die politische Organisation der Volksmassen und die Schaffung einer entsprechenden politischen Führungskraft, wie sie das Programm der Nationaldemokratischen Revolution vorsieht, eine dringende politische Aufgabe ist, die gegen alle eventuellen Tendenzen einer Geringschätzung oder Verzögerung und einer damit verbundenen Verewigung des provisorischen Charakters der gegenwärtigen Militärregierung so rasch wie möglich verwirklicht werden muß.

### **Der vage Antimperialismus des DERG**

Neben den bisher dargestellten innenpolitischen Problemen wird die aktuelle Situation durch weitere komplizierte Fragen erschwert, die mit der Tatsache verbunden sind, daß in Äthiopien über 70 verschiedene Nationalitäten und ethnische Gruppen mit mehr als 200 unterschiedlichen Sprachen und Dialekten leben, und die zum Teil auch mit außenpolitischen Zusammenhängen verbunden sind.

Die Militärregierung bekennt sich in ihren Erklärungen zu einer Politik der Nichtpaktgebundenheit, der antimperialistischen Solidarität und der guten Nachbarschaft mit den afrikanischen und arabischen Nachbarstaaten.

Allerdings fällt dem aufmerksamen Beobachter auf, daß die offiziellen Erklärungen gegen den Imperialismus stets völlig allgemeinen Charakter tragen und die Nennung konkreter „Adressen“ vermeiden. Es läßt sich vermuten, daß dies mit der früher dargestellten Politik gegenüber dem Auslandskapital in Äthiopien und mit der Hoffnung auf weitere „Entwicklungshilfe“ seitens hochentwickelter kapitalistischer Länder zusammenhängt. In den gleichen Zusammenhang gehört wohl auch die Tatsache, daß die Existenz US-amerikanischer Militärbasen im Nordteil Äthiopiens, die auf einen 1953 in der Zeit des kalten Krieges abgeschlossenen Vertrag zwischen den USA und dem Regime Haile Selassie zurückgeht, bisher in allen außerpolitischen Erklärungen völlig unerwähnt bleibt.

Hinsichtlich der Existenz vieler Nationalitäten und ethnischen Gruppen sieht das Programm der Nationaldemokratischen Revolution vor, daß „das Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten . . . anerkannt und voll geachtet“ wird. Die „Einheit der Nationalitäten Äthiopiens“, deren volle Gleichberechtigung proklamiert wird, soll sich auf ihren „gemeinsamen Kampf gegen Feudalismus, Imperialismus, bürokratischen Kapitalismus und alle reaktionären Kräfte“ gründen. Außerdem heißt es: „In der gegebenen Situation Äthiopiens kann das Nationalitätenproblem gelöst werden, wenn jeder Nationalität das volle Selbstverwaltungsrecht gewährt wird. Das bedeutet, daß jede Nationalität regionale Autonomie besitzt und über Fragen ihrer inneren Angelegenheiten entscheiden wird“. Das Recht auf Benutzung der eigenen Sprache und auf die Wahl eigener nationaler Führungskräfte wird ausdrücklich erwähnt. Auch die Gleichstellung aller religiösen Überzeugungen und die Trennung von Religion und Staat ist verankert.

Mehr noch als in verschiedenen anderen Bereichen dürfte hier jedoch eine erhebliche Diskrepanz zwischen den proklamierten Grundsätzen und der tatsächlich gegebenen Situation in verschiedenen Landesteilen vorhanden sein. Die praktische Realisierung der verkündeten Absichten, vor allem die

Schaffung des notwendigen Vertrauensverhältnisses zwischen den verschiedenen nationalen Gruppen, die zwar vom früheren Feudalsystem alle zusammen ausgebeutet und unterdrückt wurden, zwischen denen das gleiche System jedoch auch unablässig Mißtrauen und Zwietracht schürte, stößt auf erhebliche Schwierigkeiten.

### **Diskrepanzen des Nationalitätenproblems**

Zu den kompliziertesten Problemen, die in dieser Hinsicht vom alten Feudalregime hinterlassen wurden, gehört zweifellos die bisher ungelöst gebliebene Eritrea-Frage im Norden des Landes.

Die in diesem Gebiet operierende, unter stark antimperialistischen und speziell gegen den US-Imperialismus gerichteten Losungen auftretende „Eritreanische Befreiungsfront“ (ELF) fordert die „Unabhängigkeit“ Eritreas, d. h. die Los-trennung der ökonomisch am weitesten entwickelten und mit den wichtigen Seehäfen am Roten Meer bestückten nördlichen Küstenprovinz von Äthiopien. Sie ruft auch heute, nach dem Sturz des äthiopischen Feudalregimes, zum bewaffneten „nationalen Befreiungskampf“ gegen den „äthiopischen Kolonialismus“ auf.

Der äthiopische Militärrat (DERG) hingegen bezeichnet diese Bewegung als „separatistisch“ und erklärt, daß sie in Wirklichkeit keine „nationale“ Befreiungsbewegung sein könne, weil sich die Bevölkerung Eritreas genau so wie der übrigen Teile Äthiopiens aus mehreren Nationalitäten zusammensetze. Sie sei in Wahrheit eine Bewegung, die gewisse Sonderinteressen einiger Kreise aus der früheren Kolonialzeit widerspiegele (Eritrea war seit 1890 italienische Kolonie, im Gegensatz zum übrigen Äthiopien, das erst 1935–1941 unter italienische Besatzung fiel). Außerdem würden dabei religiöse Bindungen als Vorwand ausgenutzt (in Eritrea ist der Islam weit verbreitet, während im übrigen Äthiopien das koptische Christentum vorherrscht).

### **Die Explosivität der Eritreafrage**

Die separatistische Bewegung werde zudem von gewissen reaktionären, expansive Ziele verfolgenden Kreisen arabischer Nachbarländer geschürt, die sie auch mit Waffen und Geldmitteln am Leben erhielten. Dessen ungeachtet hat sich der Militärrat jedoch wiederholt für eine „friedliche Lösung“ des Problems durch Gespräche und Verhandlungen ausgesprochen. Dabei will er die Grundsätze der Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Religionen sowie die Möglichkeit einer regionalen Autonomie und Selbstverwaltung der verschiedenen nationalen Gemeinschaften und Volksgruppen im Rahmen eines einheitlichen und demokratischen, antifeudalen und antimperialistischen Äthiopiens zugrundelegen. Diese Erklärungen wurden jedoch bisher von der ELF nicht aufgegriffen. Ihr Versuch, im Februar 1975 durch eine koordinierte Aktion in den Städten Eritreas die lokalen Verwaltungen zu übernehmen und damit vollendete Tatsachen zu schaffen, führte zum Eingreifen der in Eritrea stationierten Militäreinheiten, das Zerstörungen und Opfer unter der Bevölkerung zur Folge hatte. Die seitdem im Norden des Landes existierende politische Spannung konnte bisher nicht wieder überwunden werden.

Ungeachtet aller „historischen“ Begründungen, die von beiden Seiten vorgetragen werden, um die Berechtigung ihrer Standpunkte zu bekräftigen, muß jedoch die Frage gestellt werden, welche Lösung einer antimperialistischen und pro-

# Teferi Benti Eritrea und das Nationalitätenproblem



(...)

**FRAGE:** Exzellenz, zum Eritrea-Problem. Wie sieht die Lage dort zur Zeit aus?

**T. BENTI:** In letzter Zeit hat sich die Situation nicht verändert; die andere Seite hat noch nicht davon abgelassen, Verwüstung und Zerstörung anzurichten, Brücken und ähnliche Objekte in die Luft zu jagen. Es steht außer Frage, daß die Sezessionisten nach wie vor in der Lage sind, überfallartige Angriffe durchzuführen, aber sie waren zu keiner Zeit imstande, im Gefecht standzuhalten, noch irgendeinen Teil Eritreas unter ihre Kontrolle zu bringen. Allgemein ausgedrückt: Die gesamte Region befindet sich unter der Kontrolle der bewaffneten Streitkräfte Äthiopiens.

**FRAGE:** Im vergangenen Mai, Exzellenz, haben Sie einen Neun-Punkte-Friedensplan veröffentlicht, der das Angebot einschloß, mit den „fortschrittlichen“ Kräften unter den Sezessionisten zu verhandeln. Hat es irgendwelche Verhandlungen gegeben? Haben Sie irgendeine Antwort – direkt oder indirekt – auf Ihr Angebot erhalten?

**T. BENTI:** Ja, wir haben mit beiden Flügeln der sezessionistischen Organisation Kontakt aufgenommen, und die Antworten, die wir erhielten, können nicht als schlecht bezeichnet werden. Diese Kontakte drehten sich um den Inhalt und die Form von Verhandlungen, die wir mit denjenigen aufzunehmen uns bereit erklärt haben, die Bereitschaft zeigen, sich mit dem Friedensplan zu befassen. Freilich, wir hätten es sicher lieber, wenn diese Kontakte noch häufiger und inhaltlicher wären als bisher. In der Zwischenzeit ist die Regierung bemüht, Bedingungen zu schaffen, die für den Dialog, den wir anstreben, förderlich sind.

**FRAGE:** Einer der wichtigsten Bestandteile des Neun-Punkte-Friedensplans ist das Angebot unverzüglicher regionaler Autonomie. Wird die Regierung dieses Vorhaben selbst dann weiter

verfolgen, wenn auf Ihr Angebot eines Dialogs keine Antwort erfolgt?

**T. BENTI:** Ja. Das Nationaldemokratische Revolutionsprogramm erkennt das Recht und die Gleichheit aller Nationalitäten an; dies ist ein marxistisch-leninistisches Prinzip, das auf die objektive Realität Äthiopiens Anwendung findet.

**FRAGE:** Wenn dies zutrifft, wie weit sind die Pläne fortgeschritten, allen Nationalitäten in Äthiopien regionale Autonomie zuzugestehen?

**T. BENTI:** Es werden noch Untersuchungen angestellt, das Programm in die Praxis umzusetzen, aber wir haben die Positionen und Ansichten aller Nationalitäten zu berücksichtigen. Es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis alle Berichte vervollständigt sind. Das Programm hat indes schon Aufmerksamkeit unter den Nationalitäten erregt. Eine dieser Gruppen, aus dem Volk der Afar<sup>1</sup>, hat unlängst ihre Absicht bekundet, mit der Regierung zusammenzutreffen und ihre Unterstützung für das Programm zugesagt.

In Bale<sup>2</sup> gibt es keine bekannten derartigen Organisationen, wohl aber einige Leute, die von außen kommen und von ausländischen Einflüssen aufgehetzt sind, und Banditenaktionen ausführen. Aber es gibt keine organisierten Gruppen unter den Afar.

**FRAGE:** Im Afar-Gebiet, namentlich in Assieta, gab es sehr umfangreiche militärische Aktivitäten. Wenn die Befreiungsfront der Afar das Programm akzeptiert hat, gegen wen waren dann diese Aktionen gerichtet?

**T. BENTI:** Nun, eine fortschrittliche Gruppe hat sich der Revolution angeschlossen, aber es gibt Banditen und Anhänger des früheren Anführers Alimirah, des früheren Sultans von Assieta, der vergangenes Jahr geflohen ist. Das sind die Leute, die ein Problem darstellen, und gegen sie richten sich die Militäroperationen. Die Afar, von denen ich vorhin sprach, sind die fortschrittlichen Kräfte, die begreifen, was das Prinzip der Selbstbestimmung und Regionalautonomie bedeutet, und die Alimirah abgelehnt haben.

**FRAGE:** Es hat doch auch Widerstand seitens früherer Grundbesitzer anderswo im Lande gegeben; und neulich gab es Berichte über besondere Probleme in der Tigre-Region<sup>3</sup>. Wie ist der gegenwärtige Stand dieser Opposition?

**T. BENTI:** Widerstand gegen die Revolution gibt es von Seiten der Überreste der feudalistischen Grundbesitzer nach wie vor in allen 14 Regionen. Der Fall Tigre macht da keine Ausnahme. Obwohl die Bauern große Schritte unternommen haben, sich zu organisieren, waren sie noch nicht stark genug, sich gegen diese Grundbesitzer zu behaupten. Dies aber ist der Grund, weshalb die Volksmiliz gebildet und bewaffnet worden ist. Sie wird überdies im ganzen Land verstärkt und sobald dies erfolgt ist, gibt es keinen Zweifel, daß diese Opposition zerschlagen werden wird.

(Quelle: Africa, London, Nr. 63/November 1976)

## Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Afar: Volksgruppe im Nordosten Äthiopiens
- 2) Bale: Provinz im Südosten Äthiopiens
- 3) Tigre: Provinz im mittleren Norden Äthiopiens

gressiven Entwicklung im gesamten Gebiet des östlichen Afrika am besten dienlich wäre. Mit Sicherheit läßt sich auf jeden Fall sagen, daß der Imperialismus und die innere Reaktion an einer möglichst großen Aufsplitterung der fortschrittlichen Kräfte, an der Aufrechterhaltung und Vergrößerung bestehender nationaler, religiöser und sonstiger Differenzen und an der Schürung von entsprechenden Gegensätzen interessiert sind.

Die Interessen des antiimperialistischen Kampfes und des gesellschaftlichen Fortschritts dagegen erfordern die Verständigung und Vereinigung der revolutionären Kräfte und Potenzen, ihre Zusammenfassung und ihr vereintes Handeln. Dies gilt wohl für die Lösung nationaler Fragestellungen innerhalb eines bestimmten Gebietes ebenso wie für die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zwischen den von Kräften

des antiimperialistischen Befreiungskampfes regierten Ländern.

Mit dem Programm der Nationaldemokratischen Revolution hat der äthiopische Militärrat eine den gegebenen politischen Bedingungen entsprechende realistische Orientierung entwickelt. Es bleibt jedoch die große Frage, ob es den revolutionären Kräften Äthiopiens in den nächsten Monaten gelingen wird, die Kraft und Energie zu entfalten und ihre Einheit zu bewahren und zu festigen, um auf dem in diesem Programm aufgezeichneten Weg trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände weiter voranzukommen. Auf jeden Fall werden dies Monate eines weiteren erbitterten Ringens um die Festigung der antiimperialistischen Orientierung Äthiopiens sein, das von den progressiven Kräften unseres Landes nur mit Sympathie und Solidarität verfolgt werden kann.

Wolfram Brönner

## Zweischneidige Lösung im Libanonkonflikt

Nach einhalb Jahren Krieg im Libanon setzte der in Riad vereinbarte 57. Waffenstillstand dem Blutvergießen ein Ende. Die Besetzung des ganzen Landes – ausgenommen das südlibanesische Grenzgebiet, das sogenannte „Fatahland“ – durch die gesamtarabische Friedensstreitmacht wurde Mitte November 1976 abgeschlossen. Die Bilanz ist erschreckend. Erste offizielle Schätzungen sprechen – bei einer Gesamtbevölkerung von 3 Mio – von 1,7 Mio Kriegsgeschädigten, 200 000 Verwundeten, 60 000 Toten und wirtschaftlichen Schäden in Höhe von 7 Mrd DM. Die Zerstörungen im Handels- und Industriesektor wurden auf 80 % beziffert. Die Inflationsrate lag 1976 bei 360 %<sup>1</sup>.

### Wiederaufbau mit begrenzten Reformen

Wie schon zuvor Kamal Djoumblatt für die nationalprogressiven Kräfte so hatte Ende November 1976 auch Camille Chamoun namens der libanesischen Rechtsallianz die Unterstützung für das Wiederaufbauprogramm des gemäßigten christlichen Staatspräsidenten Sarkis zugesagt. Anfang Dezember benannte Sarkis eine neue Regierung unter Ministerpräsident Selim al Hoss mit dieser Aufgabe. Das aus je vier Moslems und Christen zusammengesetzte Kabinett zeichnete in seiner Regierungserklärung vom 23. 12. 1976 einen politischen Kurs des „Liberalismus“: Im Gegensatz zu den Forderungen der maronitischen Feudal- und Finanzoligarchie zielt er auf einen Ausgleich mit der moslemischen Bevölkerungsmehrheit, auf den Abbau konfessioneller, quasi-feudalistischer Strukturen in Staat und Gesellschaft sowie auf eine ungehemmte kapitalistische Entwicklung. Die von den nationalprogressiven Kräften in ihrem Programm vom August 1975 formulierten Minimalforderungen bürgerlich-demokratischer Reformen sind darin teilweise berücksichtigt.

Das neue Regierungsprogramm legt zum einen das Hauptgewicht auf den Wiederaufbau von Wirtschaft, „Armee und Sicherheitsorganen, zum anderen auf begrenzte Reformen, wie die Abschaffung des bisherigen konfessionellen Proporzsystems in Verwaltung, Armee und Bildungswesen und zum dritten auf die Respektierung der „palästinensischen Sache“ auf der Grundlage der Beschlüsse der jüngsten arabischen Gipfeltreffen<sup>2</sup>. Dennoch bleiben nach wie vor einige Vor-

ausbedingungen für eine solche Normalisierung ungelöst, voran die gefährliche Lage im südlibanesischen Grenzgebiet und die Abgabe der schweren Waffen der libanesischen Bürgerkriegsparteien.

### Die Dreierallianz Saudi Arabiens, Ägyptens und Syriens

Lange Zeit hatten es die arabischen Führungsmächte Ägypten und Saudi Arabien ungeachtet schwerer syrisch-rechtslibanesischer Militäroffensiven bei verbalen Protesten belassen bzw. Syriens Angriffe toleriert.

Erst als Mitte Oktober die syrische Interventionsarmee zur Eroberung der Stellungen ansetzte, die den palästinensisch-libanesischen Kräften vor allem in der östlichen Gebirgsregion noch verblieben waren und diese an den Rand einer totalen militärischen Niederlage brachte, zwang eine diplomatische Offensive des saudiarabischen Königs Khaled den syrischen Präsidenten Assad zum Einlenken. Das Druckmittel, das Syrien zum Einlenken veranlaßte, ist vornehmlich in seiner hohen finanziellen Abhängigkeit zu suchen, in die es sich in neuester Zeit zu den konservativen arabischen Ölstaaten und vornehmlich Saudi Arabien begeben hat: nahezu ein Viertel der syrischen Finanzen, d. h. 1 Mrd Dollar von insgesamt 4,5 Mrd Dollar, wurden 1976 aus Ölländern erbracht<sup>3</sup>.

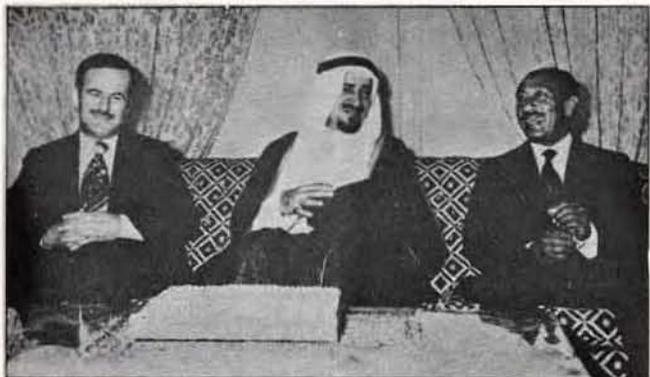
Die Motive der saudisch-ägyptischen Seite waren die folgenden:

Ägypten und Saudi Arabien konnte an einer völligen Zerschlagung der im Libanon konzentrierten militärpolitischen Macht der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) nicht gelegen sein; ebensowenig wie an der Ersetzung der PLO-Führung durch ausschließlich prosyrische Kräfte wie der Al Saika. Aus ägyptischer und saudiarabischer Sicht sollte der palästinensische Widerstand wohl diszipliniert, unter die Kontrolle aller arabischen Staaten genommen werden, jedoch sollte die PLO als Faktor zur Instrumentalisierung im Nahostkonflikt erhalten bleiben. Schließlich ist die ägyptisch-saudische Seite aus dem eigenen Vormachtstreben keineswegs an einem „Groß-Syrien“ interessiert und lehnt die von Syrien formulierten Föderationspläne<sup>4</sup> mit Jordanien, dem Libanon und einem möglichen Palästinenserstaat ab.

Obwohl durch den Libanonkrieg militärisch geschwächt, vermag die PLO so die innerarabischen Widersprüche und Rivalitäten zu nutzen, um ihre antiimperialistischen Grundpositionen und ein Mindestmaß an politischer Eigenständigkeit zu bewahren.

### Die Essentials von Riad und Kairo

Auf dem „Kleinen Gipfel“ von Riad hatten sich am 18. Oktober 1976 die Staatsoberhäupter des Libanon, Saudi Arabiens, Syriens, Ägyptens, Kuweits und der Vorsitzende der PLO auf einen **9-Punkte-Friedensplan** (siehe beigegefügte Wortlaut) geeinigt. Am 25. Oktober bestätigte dann die 8. Gipfelkonferenz der Arabischen Liga, zu der sich alle 21 Mitglied-



Hauptgaranten der Libanonvereinbarung: Assad, Khaled und Sadat (v. l. n. r.)

staaten in Kairo versammelten, diesen Plan und verabschiedeten eine Deklaration, die einem gemeinsamen **Abkommen über die Beilegung der Libanonkrise**<sup>4</sup> gleichkommt. Die zentralen Festlegungen dieser der in Riad und Kairo getroffenen Vereinbarungen lauten zusammengefaßt:

- Zur Sicherung der am 21. Oktober 1976 realisierten Feueereinstellung und zur Durchsetzung der weiteren Lösungsschritte wird die gesamtarabische Friedensstreitmacht auf 30 000 Mann erweitert und dem Kommando des libanesischen Staatspräsidenten Sarkis unterstellt. Ihre Finanzierung wird zu 65 % von den arabischen Ölländern (Saudi Arabien 10 %) übernommen.
- Eine wie immer geartete Teilung des Libanon wird abgelehnt; dem Rückzug der bewaffneten libanesischen Gruppen auf die Positionen vor dem April 1975 und deren Ablegung aller schweren Waffen soll ein politischer Dialog der libanesischen Parteien zur nationalen Versöhnung und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes folgen.
- Alle Teilnehmer verpflichten sich, die Souveränität des Libanon wie die Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten zu respektieren und mit Hilfe der Friedensgruppe die Einhaltung des Abkommens zu garantieren.
- Die PLO, die ihre Nichteinmischung in innere Angelegenheiten des Libanon bekräftigt, erhält seitens der libanesischen Behörden die Zusicherung des im Kairoer Abkommen von 1969 verbrieften Präsenz- und Tätigkeitsrechtes, wofür die Riader Teilnehmerstaaten gemeinsam garantieren.
- Die 8. Gipfelkonferenz bestätigt ferner die PLO als „einzig rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes“. Sie sichert der PLO Unterstützung und das Recht auf Eigenständigkeit zu.

Mit der Anbahnung einer politischen Lösung im Libanonkonflikt unter Wahrung der Einheit des Landes, der Bekräftigung der Rolle der PLO und mit der Neubesinnung auf die gemeinsamen arabischen Interessen im Kampf gegen Israel sind die positiven Seiten aus der Sicht der antiimperialistischen Kräfte genannt. Hinzu kommt die Zurücknahme der syrischen Forderung nach Ablösung der gewählten PLO-Führung unter Yasser Arafat.

Mit der bereits in Riad vereinbarten gegenseitigen Einstellung der öffentlichen Polemiken verbessern sich die Möglichkeiten für eine Wiederherstellung koordinierter syrisch-ägyptisch-palästinensischer Aktivitäten für eine Gesamtlösung im Nahostkonflikt. Präsident Sadat, der im Zuge der Öffnung Ägyptens nach dem Westen mit dem Sinai-Separatabkommen Ende 1975 die arabische Front unterlaufen hatte, bekannte sich nunmehr energisch zu einer raschen Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz unter gleichberechtigter Teilnahme der PLO<sup>5</sup>.

### Neue Bewegung im Nahostkonflikt

Allerdings birgt die unter der Schirmherrschaft des proimperialistischen Geldgebers Saudi Arabien vollzogene Wiederannäherung zwischen Ägypten und Syrien – die bis hin zur Installation eines gemeinsam ägyptisch-syrischen Militärkommandos und einem Unionsprojekt unter eventuellem Einschluß Jordaniens reicht<sup>6</sup> – **eine zweischneidige Konsequenz** in sich:

**Einerseits** bewirkte sie auf internationaler Ebene für sie und die PLO erste beachtenswerte Ergebnisse:

- Auf ihre gemeinsame Initiative hin verabschiedete die UN-Vollversammlung am 9. 12. 1976 mit 122:2 (Neinstimmen: USA und Israel) bzw. 91:11 Stimmen zwei Entschlüsse, welche u. a. die Wiedereröffnung der Genfer Nahost-Konferenz bis spätestens Ende März 1977, die Teilnahme der PLO, die vollständige Räumung der von

## Friedensplan von Riad

1. Die Feueereinstellung ist von allen Parteien ab 21. Oktober, 6.00 Uhr früh, einzuhalten.
2. Stärkung der jetzigen arabischen Sicherheitskräfte, so daß sie eine Abschreckungsmacht werden, die innerhalb des Libanon unter dem persönlichen Befehl des Präsidenten der Republik operiert. Die Stärke dieser Truppe soll etwa 30 000 Mann betragen. Ihre Hauptaufgaben sind folgende:
  - a) die Einhaltung der Feueereinstellung durchzusetzen, für eine Entflechtung der kämpfenden Truppen zu sorgen und jede Verletzung zu verhindern;
  - b) das Kairoer Abkommen (von 1969, d. Red.) zu verwirklichen;
  - c) die innere Sicherheit zu wahren;
  - d) den Rückzug der bewaffneten Gruppen auf die Positionen, die sie vor dem 13. April 1975 innehatten, zu überwachen und gemäß einem beigefügten Zeitplan die Aspekte der bewaffneten Auseinandersetzung zu beseitigen;
  - e) die Einziehung schwerer Waffen einschließlich Artillerie, Mörser, Raketenwerfer und Panzerwagen zu überwachen;
  - f) der libanesischen Regierung, wann immer es notwendig ist, bei der Wiederherstellung der öffentlichen Versorgungsbetriebe sowie der militärischen und zivilen Einrichtungen zu helfen.
3. Als erste Stufe gemäß einem beigefügten Zeitplan sollen die Lage im Libanon normalisiert und die Bedingungen wiederhergestellt werden, die vor dem Beginn der Kriegshandlungen am 13. April 1975 existierten.
4. Das Kairoer Abkommen sowie seine Ergänzungen und Nachträge sollen dem Geist und dem Buchstaben nach mit der Garantie der Teilnehmerländer verwirklicht werden. Ein Komitee von Vertretern Saudi-Arabiens, Ägyptens, Syriens und Kuweits wird – koordiniert mit dem libanesischen Präsidenten – gebildet werden, um das Abkommen innerhalb von 90 Tagen nach der Feueereinstellung zu realisieren.
5. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) bekräftigt, daß sie die Souveränität und Sicherheit des Libanon respektiert und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Libanon einmischte. Dementsprechend garantiert die libanesischen Regierung die Sicherheit und Aktivität der PLO auf libanesischem Territorium im Rahmen des Kairoer Abkommens.
6. Die teilnehmenden arabischen Länder verpflichten sich, die Souveränität und Sicherheit des Libanon sowie die Einheit seines Volkes und Landes zu respektieren.
7. Die teilnehmenden Länder bekräftigten ihre Bindung an die Resolutionen der Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat über die Unterstützung des palästinensischen Widerstandes, repräsentiert durch die Palästinensische Befreiungsorganisation.
8. Informationsangelegenheiten
  - a) Einstellung der negativen kritischen Informationskampagnen durch alle Seiten.
  - b) Weisungen an die Massenmedien mit dem Ziel, den Kampf einzustellen und Frieden sowie die Entwicklung des Geistes der Zusammenarbeit und Brüderlichkeit untereinander zu verwirklichen.
  - c) Konsolidierung der amtlichen Massenmedien.
9. Der den Beschlüssen beigefügte Anhang über deren Umsetzung ist ein unbedingter Bestandteil der Resolution.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 46/1976)

Israel okkupierten arabischen Gebiete bis Juni 1977 ohne Gegenleistungen und das Verbot von Waffenlieferungen an Israel fordern<sup>7</sup>.

- Mit dieser arabischen Neubesinnung auf den gemeinsamen antizionistischen Kampf wurde mit der Beendigung des Libanonkrieges auch die – so die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 11. 12. 1976 – „längere Verschnaufpause“ für Israel beendet. Bereits am 25. November hatte das UN-Plenum in einer Resolution mit 90:16 Stimmen das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und

auf die Gründung eines eigenen Staates unter Führung der PLO festgestellt. Überdies ist ein eigenständiges Auftreten der PLO auf der Genfer Konferenz wahrscheinlicher geworden. Israels Premierminister Rabin, der noch Mitte November 1976 beteuerte, man werde um keinen Preis einen „Arafat-Staat“ vor der eigenen Haustür dulden<sup>8</sup>, sucht nun in Rücktritt und Vorverlegung der Parlamentswahlen Zuflucht. Mit dem Argument der nicht vollen Handlungsfähigkeit setzt Israel aufs Neue auf die Verzögerungstaktik.

**Auf der anderen Seite** sind im Zuge der Vereinbarungen der letzten Monate die arabischen Frontstaaten noch näher an Saudi Arabien gerückt, das seine proimperialistische und spalterische Haltung auf der letzten OPEC-Konferenz dokumentierte<sup>9</sup>.

Hierin liegt die Gefahr einer noch stärkeren Anbindung Ägyptens und Syriens an die Nahostpolitik der Westmächte wie einer drohenden Lahmlegung der PLO. Dies würde dann die Schaffung eines abhängigen, unter die Kontrolle Syriens, Ägyptens und Saudi Arabiens gestellten Palästinenserstaates ohne nationale Eigenständigkeit bedeuten.

### Syriens Übermacht im Libanon

Unter diesen Vorzeichen ist auch die aktuelle Politik der Regierung Assad im Libanon, speziell gegenüber dem palästinensischen Widerstand zu sehen.

Syrien konnte faktisch eine unumschränkte militärische Beherrschung des Landes dadurch durchsetzen, daß es sich auf die Schwachstellen der Abkommen von Riad und Kairo stützte. Sie bestehen vornehmlich in der Gewährung eines syrischen Anteils an der arabischen Friedensstreitmacht von über zwei Dritteln und in der Nichtbefristung des syrischen Truppenabzugs aus dem Libanon. Als der eigentliche Sieger des libanesischen Bürgerkrieges hat Syrien zum einen die von der Rechtsallianz unter Chamoun proklamierten Ziele der Teilung des Landes und der Vernichtung der Palästinenser abgewiesen. Zum anderen gewährte man zwar den palästinensisch-progressiven Truppen freies Geleit beim Abzug aus den östlichen Bergregionen, doch folgte eine praktische militärische Belagerung der palästinensischen Flüchtlingscamps und Militärbasen sowie in jüngster Zeit die Zensurierung und Schließung linker libanesischer Presseorgane.

Weiter traf die arabische Streitmacht mit Israel eine Über-



Motiv aus dem von der PLO herausgegebenen Kunstkalender mit Bildern von Ismail Shammut. Zu bestellen beim AIB zum Preis von 12,- DM.

einkunft die libanesischen Grenzregionen südlich des Flusses Litani („Rote Linie“) nicht zu überschreiten, was einem Freibrief für die in diesem einstigen „Fatahland“ operierenden phalangistisch-israelischen Militäreinheiten gleichkommt. Wie die 8. Arabische Gipfelkonferenz bestätigte, steht laut dem Kairoer Abkommen von 1969 den PLO-Einheiten das Tragen schwerer Waffen in den Flüchtlingslagern als auch die Unterhaltung von Militärbasen im Süden des Libanon zu. Dies erscheint für das Überleben der Palästinenser in diesem Gebiet heute nachgerade lebensnotwendig angesichts der massiven Militäraktionen der neugegründeten rechtslibanesischen sogenannten „Befreiungsarmee“, deren erklärtes Ziel in der „Befreiung des Südlibanon von allen kriminellen Ausländern“ besteht. Noch schwerer wiegen freilich fortgesetzte israelische Artillerie- und Truppenüberfälle, die man in den westlichen Medien durch ein Hochspielen der sogenannten humanitären offenen Grenze zu verdecken sucht. Der Offizier S. Kellermann brachte dies jüngst entgegen aller offiziellen Dementis Tel Avivs auf den Nenner: „Wir sind die einzige Autorität im Südlibanon.“<sup>10</sup>

### Entwaffnung der PLO im Südlibanon?

Während sich die im Kern syrische Friedensstreitmacht hier aller Gegenmaßnahmen enthält, versagt sie dem palästinensischen Widerstand bislang jede militärische Hilfestellung bei der Rückkehr in ihr traditionelles „Fatahland“ ebenso wie die von der PLO geforderte Wiedereröffnung ihrer Nachschubwege. Darüberhinaus kündigten syrische Regierungsvertreter wie Außenminister Khaddam wiederholt eine Entwaffnung auch der Palästinenser im Libanon an. Dem hielt die PLO-Führung ihre Legitimierung zur Verfügung über schwere Waffen seit dem Kairoer libanesisch-palästinensischen Abkommen von 1969 und die Interpretation der jüngsten Abkommen von Riad und Kairo entgegen, die Vorschrift zur Ablieferung der schweren Waffen gelte alleine für die libanesischen Milizen und – so Yasser Arafat: „Die Übergabe der schweren Waffen im Libanon würde die arabische Front gegen Israel schwächen.“<sup>11</sup>

Die PLO blieb ungeachtet der rigiden Disziplinierungspolitik Syriens auf eine Verständigung mit der Regierung in Damaskus bedacht. Sie duldete den Wiedereinzug der pro-syrischen Palästinenserorganisation Al Saika in libanesischen Flüchtlingslager sowie die Wiedereinsetzung des im Juni 1976 abgesetzten Oberkommandierenden der Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA), General Budeiri. Als eine weitere Geste des Entgegenkommens ist schließlich die Wiederaufnahme der Saika in die Führungsorgane der PLO, das Exekutivkomitee und den Zentralrat zu werten – obgleich Al Saika wegen eines internen Putschversuchs im Mai 1976 ausgeschlossen worden war und obgleich die syrische Regierung ihrem Vorhaben der Ablösung der derzeitigen PLO-Führung keineswegs abgeschworen hat.

### Die PLO vor der 13. Nationalratstagung

Die reale militärpolitische Schwächung der PLO im Libanonkrieg und der starke Druck vor allem der syrischen Übermacht im Libanon zwingen die Führung des palästinensischen Widerstandes gegenwärtig zu gewissen Konzessionen, allerdings ohne damit zwangsläufig das Ende der PLO als „einer gewichtigen politischen Kraft im Nahen Osten“ (Time) herbeizuführen. Sehr viel wird davon abhängen, ob es die Palästinensische Befreiungsbewegung – ausgenommen die von Georges Habbasch angeführte „Ablehnungsfront“ – zu verstehen vermag, durch eine realistische Sicht ihrer noch immer prekären Situation auf libanesischem Territorium zum einen die durch die im Nahostkonflikt eröffneten neuen Chancen auf eine Teilnahme in Genf und auf Eigenstaatlich-

keit voll zu nutzen. Zum anderen, ob es ihr gelingen wird, trotz des vehementen äußeren Drucks eine verhältnismäßig eigenständige Position auf antiimperialistischer Grundlage zu behaupten und ein klares gesellschaftspolitisches Programm für einen unabhängigen Palästinenserstaat zu entwerfen.

Die Ergebnisse der Mitte Dezember 1976 in Damaskus veranstalteten Tagung des 42 Mitglieder zählenden PLO-Zentralrates<sup>12</sup> lassen jedenfalls darauf schließen, daß die von Yasser Arafat geführte PLO mehrheitlich die neuentstandene Lage nüchtern einzuschätzen weiß. Der Zentralrat beschloß die Ansetzung der 13. Tagung des Palästinensischen Nationalrates noch vor Ende Februar 1977, also genau einen Monat vor dem von den Vereinten Nationen bestimmten Termin der Genfer Nahostkonferenz. Dem palästinensischen „Parlament“ wird in Kairo die Aufgabe zufallen, vor allem über folgende Vorschläge des PLO-Zentralrates zu entscheiden: die Forderung nach einem „selbständigen palästinensischen Staat“, dessen Territorium noch umstritten ist; die Bildung einer palästinensischen Exilregierung und die eigenständige

Teilnahme der PLO an den Genfer Verhandlungsrunden. Voraussichtlich soll die 13. Nationalratstagung auch über eine neue Nationalcharta der PLO beraten, die die Nationalcharta des Jahres 1968 ablösen soll.

#### Anmerkungen:

- 1) Zahlen nach: Afrique Asie, Paris, 29. 11. 1976; Süddeutsche Zeitung (SZ), 24.–26. 12. 1976; Le Monde, Paris, 19./20. 12. 1976
- 2) Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe (NZZ), 24. 11. 1976; Le Monde, 11. 12. 1976; SZ, 24. 12. 1976
- 3) Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1976
- 4) Wortlaut siehe Horizont, Berlin, Nr. 46/1976
- 5) So in einem Sadat-Interview in: Al Anwar, Beirut, 30. 12. 1976
- 6) Vgl. NZZ, 29. 10. 1976; International Herald Tribune, Paris, 23. 12. 1976
- 7) Le Monde, 11. 12. 1976; NZZ, 11. 12. und 14. 12. 1976
- 8) NZZ, 16. 11. 1976
- 9) Vgl. Time, New York, 27. 12. 1976
- 10) NZZ, 23. 10. 1976; Le Monde Diplomatique, Dezember 1976
- 11) nach: Afrique Asie, 13. 12. 1976; Al Anwar, 27. 12. 1976
- 12) Vgl. Le Monde, 17. 12. und 19./20. 12. 1976

## Chile

# Luis Corvalan Botschaft an die Landsleute



Ich habe die Freiheit erlangt dank der gewaltigen Solidarität, die die Welt mir entgegengebracht hat, die seit dem berühmten 11. September 1973 ständig das chilenische Volk begleitet und es in seinem Kampf ermutigt. Eine Solidarität, die gleichzeitig die Verbrechen der Junta verurteilt und noch Schlimmeres verhindert. So wie ich haben auch einige hundert andere Genossen die Freiheit erlangt. Pinochet weigert sich, die Tatsachen anzuerkennen. Jedesmal, wenn er einige freilassen muß, will er glauben machen, daß es sich um einen Plan der allmählichen Liberalisierung des Regimes handelt. Aber die Wahrheit ist: Jedesmal, wenn ein Gefangener der faschistischen Junta entrissen wurde, dann war es immer ein Sieg des chilenischen Volkes und der progressiven Kräfte der ganzen Welt und eine Niederlage Pinochets und seiner Leute. Deshalb sind die Erklärungen gegenüber dem „Mercurio“, Pinochets Sprachrohr, eine Widerspiegelung der Ignoranz der Diktatoren. Seine Absicht ist, die Führer der Unidad Popular im Kerker fertigzumachen. Es befindet sich in der Militärstaatsanwaltschaft von Valparaiso eine Akte gegen Corvalan und andere, in der man gegen mich nicht weniger als zweimal lebenslänglich – und zusätzlich 70 Jahre Gefängnis verlangt. Das hat man sich sonst wohin stecken müssen.

Das große Land Lenins, das soviel für meine Freilassung getan hat, hat mich in bewegender Weise empfangen. Ich erhielt Glückwünsche und Grüße aus fast allen Teilen der

Welt. Ich fasse sie als Zuneigung für unser Vaterland auf, als Unterstützung und Solidarität.

Der Sieg über den Faschismus, den meine Freilassung und die einiger hundert anderer bedeutet, ist und wird jetzt erst recht ein Auftrieb für die demokratischen Kräfte der Welt sein, die überall ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck bringen, bis es ihm gelingt, die Junta zu stürzen. Der Kampf für die Befreiung von Jorge Montes, Schnake, Lazo und all der anderen, die sich im Gefängnis befinden, und der Kampf darum, daß wir erfahren, wo Victor Diaz ist, Ponce, Munoz, Lagos, Zamorano, Lorca, Edgar Enriquez und alle anderen Entführten und daß sie freigelassen werden, dieser Kampf geht weiter und kommt voran. Daß die Gestapo Pinochets weiter verhaftet, zeigt mit aller Klarheit, daß der Diktator keinen Wandel anstrebt. Und daß der Kampf für die Wiederherstellung der Menschenrechte die wichtigste Aufgabe in Chile bleibt.

Ich verließ das Land in der festen Überzeugung, die übergroße Mehrheit der Chilenen, auch in den Streitkräften und in der Polizei, will, daß der Terror aufhört, daß es keine Gefangenen mehr gibt, keinen Ausnahmezustand, keine Verschleppungen, keine Folterungen. Ich verließ Chile in der Überzeugung: Das nächste Jahr wird ein Jahr sein, in dem der Kampf der Werktätigen neue Höhen erreichen wird, die antifaschistische Einheitsfront wird sich neue Wege erschließen und der Niedergang der Diktatur wird noch deutlicher. Außerdem glaube ich, daß man nicht die Möglichkeit ausschließen kann, daß das faschistische Regime noch brüchiger wird. Dies hängt von verschiedenen Faktoren ab: von der Einheit, vom Kampf der demokratischen Kräfte. Sie sind aufgerufen, Entscheidungen zu erzwingen.

Liebe Landsleute! Als Kommunist, Revolutionär, als Chilene werde ich alle meine Anstrengungen, all meine Energie darauf richten, vom Exil aus zusammen mit meiner Partei, mit allen Parteien der Unidad Popular und den übrigen demokratischen Kräften, getragen von der Solidarität, dafür zu kämpfen, daß die Freiheit und die Demokratie in unserem Land wieder herrschen, dem Land von O'Higgins, Recabarren, Neruda und Salvador Allende.

(Quelle: TASS, Moskau, 23. 12. 1976)

# Ivan Ljubetić Die Freilassung Corvalans

„Corvalan ist frei“. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht am 17. Dezember 1976 in aller Welt. Überall brach Freude aus, feierten die Völker die Befreiung des großen chilenischen Patrioten wie ihren eigenen Sieg. Und das mit vollem Recht. Denn die Befreiung von Luis Corvalan war zum einen das Ergebnis der internationalen Solidarität; zum anderen war sie Resultat des Kampfes des chilenischen Volkes.

Der Widerstand des chilenischen Volkes gegen den Faschismus hat verschiedene Phasen durchlaufen. Nach einer kurzen Zeit bewaffneten Widerstandes begann eine Periode der Neuorganisation der Volksparteien im Untergrund, die vom 11. September 1973 bis etwa zum 1. Mai 1974 dauerte. Während dieser Zeit traf die Repression immer wieder die Mitglieder der Unidad Popular (UP).

Vom 1. Mai 1974 bis zum 1. Mai 1975 kam es zu massiven propagandistischen Aktivitäten der oppositionellen Kräfte. Die Repression traf jetzt nicht nur die UP sondern auch den linken Flügel der Christdemokratischen Partei (PDC). Vom 1. Mai 1975 bis zum Dezember des gleichen Jahres erstarkten die Arbeit und der Widerstand innerhalb der Gewerkschaften. Der rechte Flügel der PDC und die bürgerliche Partei der Radikalen Linken (PIR) traten nun auch in Opposition zur Junta und es entstanden ernste Widersprüche zwischen der Katholischen Kirche und der Junta.

Mit Anbruch des Jahres 1976 beginnt, was man die „Dämmerung der Diktatur“ genannt hat. Diese Phase ist durch die totale Isolierung der Junta im Landesinnern charakterisiert. Alle Parteien außer der Nationalen Partei wenden sich gegen die Faschisten, zwischen der Katholischen Kirche und der Kamarilla Pinochets ist es zum Bruch gekommen. Die Repression trifft alle Mitglieder der Opposition, sogar Rechtsanwälte und Bischöfe der Kirche. Mindestens 80 % der Bevölkerung fordern die Achtung der Menschenrechte. Nur in dieser Phase des Widerstands, da sich die Junta total in die Enge getrieben fühlt, konnte die Befreiung Corvalans geschehen.

## Pinochet ging in die eigene Falle

Den entscheidenden Ausschlag dafür gab der Druck, der von den Völkern der Welt ausgeübt wurde, besonders von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

Die aktive Wachsamkeit der Völker hat verhindert, daß die Junta die Weltöffentlichkeit täuschen konnte. Deshalb kann auch ihr internationales Image, trotz der Anstrengungen, die die Faschisten und ihre Verbündeten unternahmen, nicht verbessert werden. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Abstimmung in der XXXI. Vollversammlung der UNO: 95 Länder verurteilten die Verbrechen der Junta und forderten die Achtung der Menschenrechte in Chile. Nur 12 Länder (darunter Chile und andere lateinamerikanische Diktaturen) unterstützen die Faschisten.

Im In- und Ausland isoliert, sah sich die Junta gezwungen, sich „liberaler“ zu geben, um ernstere Repressalien des Auslands zu verhindern. Daher machte sie einen Vorschlag für die Freilassung von Corvalan.

Tatsache ist indessen, daß die Faschisten Corvalan nicht freizulassen wünschten, sondern daß die internationale Solidarität ihn ihren blutigen Klauen entriß. Dies geschah gegen den Willen der Diktatur. Die Faschisten wollten Corvalan nicht freilassen, weil sie wissen, daß er ein aktiver und entscheidender Faktor im antifaschistischen Kampf ist. Deshalb schlugen sie einen Weg vor, bei dem sie sich sicher wähnten, daß er nicht angenommen werden würde. Aber die konsequente Haltung der Sowjetunion zwang sie, den ungewünschten Schritt zu tun. Sie gingen in ihre eigene Falle.

Die offenen oder versteckten Freunde von Pinochet ver-

suchen nun, die Freilassung von Corvalan als nichts anderes darzustellen als einen Austausch gegen den „Dissidenten“ Bukowski. Dieser Austausch fand zwar statt, er ist in diesem Fall aber von geringer Bedeutung. Das Wichtige ist, daß Corvalan den Klauen der Faschisten entrissen wurde, und das dank der Hilfe der Völker der Welt.

## Ein „unverantwortlicher Austausch“ der Sowjetunion?

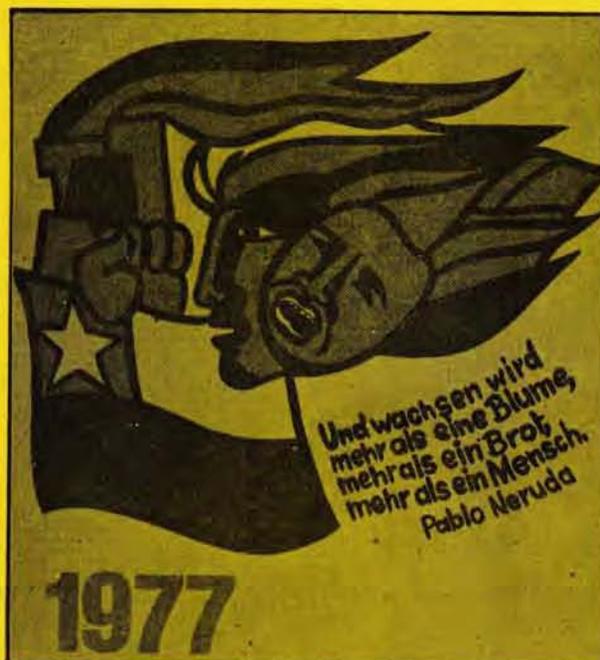
Der Austausch war die Folge des starken Drucks der auf die Junta ausgeübt wurde. Dieser Druck verwandelte den Generalsekretär der KP Chiles in eine brennende Kohle in den Händen der Junta, hatte sie doch auch keine stichhaltigen Gründe, um den so oft angekündigten Prozeß gegen ihn durchzuführen.

Der Vorschlag des Austauschs bedeutete somit für die Junta und ihre Verbündeten die Möglichkeit, Corvalan weiterhin in Haft, d. h. neutralisiert zu halten, gleichzeitig aber die Schuld dafür einem anderen, nämlich der Sowjetunion zuzuschreiben.

Es gibt Kreise, die die Handlungsweise der Sowjetunion kritisieren. In diesem Zusammenhang kann man sich fragen: Was hätten diese gleichen Kreise gesagt, wenn sich die UdSSR endgültig geweigert hätte, den Tausch zu vollziehen und Corvalan in den faschistischen Gefängnissen ermordet worden wäre? Wen hätten sie für seinen Tod verantwortlich gemacht? Nur diejenigen, die der Antisowjetismus blendet, können nicht die Richtigkeit und Würde der Handlungsweise der Sowjetunion anerkennen.

Corvalan ist heute frei. Die Losung „Rettet das Leben von Corvalan“, die überall auf der Welt zu hören war, hat sich erfüllt. Der große chilenische Patriot kann jetzt im Ausland seinen Kampf gegen die Faschisten fortsetzen. Im Gefängnis war seine Person zum Symbol des Widerstandes geworden. Von seiner Zelle aus klagte er die Verbrechen der Kamarilla um Pinochet an und wies darauf hin, daß die schlimmste der durch die DINA angewandten Methoden die des „Verschwindenlassens“ sei.

Heute, in Freiheit, wird er ein neuer Ansporn für die weltweite Solidaritätsbewegung sein, die sich nun besonders für das Leben der 2 500 Verschwundenen einsetzen muß.



Chile-Kalender des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK). Zu einem Solidaritätspreis von 8,- DM beim ASK, Eichwaldstr. 32, 6000 Frankfurt / M., zu beziehen.